



99. Sitzung

Düsseldorf, Freitag, 4. Dezember 2015

Mitteilungen der Präsidentin 10257

1 Aktueller Sachstand zu den Bundesländer-Finanzbeziehungen

Unterrichtung
durch die Landesregierung 10257

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft 10257
Armin Laschet (CDU) 10258
Norbert Römer (SPD) 10259
Christian Lindner (FDP) 10261
Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) 10263
Dietmar Schulz (PIRATEN) 10265
Minister Dr. Norbert Walter-Borjans 10266
Christian Lindner (FDP) 10269
Norbert Römer (SPD) 10269
Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) 10270
Armin Laschet (CDU) 10270

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/9300

Und:

Ergänzung
Drucksache 16/10150

Beschlussempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksachen 16/10500 bis 16/10507,
16/10509 bis 16/10516 und 16/10520

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/10388

zweite Lesung

Und:

Finanzplanung 2015 bis 2019 mit Finanzbericht 2016 des Landes Nordrhein-Westfalen

Drucksache 16/9301

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/10518

In Verbindung mit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2016 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2016 – GFG 2016) und zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/9302

Und:

Ergänzung
Drucksache 16/10150

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/10517

zweite Lesung 10271

**Einzelplan 02
Ministerpräsidentin und Staatskanzlei
(Ministerpräsidentin und Staatskanzlei, Landesplanung, Europa und Eine Welt, Medien)**

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) 10271
Marion Warden (SPD) 10272
Holger Ellerbrock (FDP) 10273
Stefan Engstfeld (GRÜNE) 10273

Michele Marsching (PIRATEN)	10275
Minister Franz-Josef Lersch-Mense	10275
Dr. Günther Bergmann (CDU)	10277
Rainer Christian Thiel (SPD)	10277
Holger Ellerbrock (FDP)	10278
Andrea Asch (GRÜNE)	10279
Lukas Lamla (PIRATEN)	10281
Minister Franz-Josef Lersch-Mense	10281
Ilka von Boeselager (CDU)	10282
Volker Münchow (SPD)	10283
Holger Ellerbrock (FDP)	10284
Nicolaus Kern (PIRATEN)	10285
Thorsten Schick (CDU)	10285
Alexander Vogt (SPD)	10286
Thomas Nüchel (FDP)	10287
Oliver Bayer (PIRATEN)	10288
Minister Franz-Josef Lersch-Mense	10289

Ergebnis
siehe nach Ergebnis zu Einzelplan 05..... 10290

Einzelplan 05
Ministerium für Schule und Weiterbildung

Petra Vogt (CDU)	10290
Renate Hendricks (SPD)	10292
Yvonne Gebauer (FDP)	10294
Sigrid Beer (GRÜNE)	10296
Monika Pieper (PIRATEN)	10297
Ministerin Sylvia Löhrmann	10299
Klaus Kaiser (CDU)	10301
Gudrun Zentis (GRÜNE)	10302

Ergebnis 10303

Ergebnis
zu Einzelplan 02..... 10303

Einzelplan 15
Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter

Oskar Burkert (CDU)	10303
Serdar Yüksel (SPD)	10304
Susanne Schneider (FDP)	10305
Arif Ünal (GRÜNE)	10306
Monika Pieper (PIRATEN)	10308
Ministerin Barbara Steffens	10309
Gerda Kieninger (SPD)	10311
Susanne Schneider (FDP)	10312
Josefine Paul (GRÜNE)	10313
Marc Olejak (PIRATEN)	10315
Ministerin Barbara Steffens	10315

Ergebnis 10316

Ergebnis
Einzelplan 20

und
Änderungsantrag Drucksache 16/10388 10316

Ergebnis
Gemeindefinanzierungsgesetz 2016
und
Gesetz zur Änderung
des Stärkungspaktgesetzes
Drucksachen 16/9302 und 16/10150..... 10316

Ergebnis
Haushaltsgesetz 2016
Drucksachen 16/9300 und 16/10150..... 10316

Ergebnis
Rücküberweisung
Haushaltsgesetz 2016
Drucksachen 16/9300 und 16/10150
und
Gemeindefinanzierungsgesetz 2016
Drucksachen 16/9302 und 16/10150..... 10317

3 Zweites Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/8458

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Wirtschaft, Energie, Industrie,
Mittelstand und Handwerk
Drucksache 16/10314

zweite Lesung..... 10317

Rainer Christian Thiel (SPD)	10317
Dr. Günther Bergmann (CDU)	10318
Herbert Franz Goldmann (GRÜNE)	10318
Holger Ellerbrock (FDP)	10320
Oliver Bayer (PIRATEN)	10320
Minister Franz-Josef Lersch-Mense	10321

Ergebnis..... 10321

4 Fünftes Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (5. AG-KJHG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/10309

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Familie, Kinder und Jugend
Drucksache 16/10315

zweite Lesung10321

Wolfgang Jörg (SPD).....10321

Ina Scharrenbach (CDU).....10322

Dagmar Hanses (GRÜNE).....10323

Marcel Hafke (FDP).....10324

Olaf Wegner (PIRATEN)10325

Ministerin Christina Kampmann10325

Ergebnis10327

Entschuldigt waren:

Minister Garrelt Duin
Minister Ralf Jäger

Andreas Becker (SPD)
Dr. Roland Adelman (SPD)
Bernhard von Grünberg (SPD)
Uli Hahnen (SPD)
Ingrid Hack (SPD)
Gabriele Hammelrath (SPD)
Helene Hammelrath (SPD)
Eva Lux (SPD)
Peter Münstermann (SPD)
Michael Scheffler (SPD)
Guntram Schneider (SPD)
Markus Töns (SPD)

Marie-Luise Fasse (CDU)
Wilfried Grunendahl (CDU)
Serap Güler (CDU)
Christian Haardt (CDU)
Werner Jostmeier (CDU)
Claudia Middendorf (CDU)
Theo Kruse (CDU)
Bernhard Tenhumberg (CDU)
Ulla Thönnissen (CDU)
Axel Wirtz (CDU)

Monika Düker (GRÜNE)
(ab 12 Uhr)

Karlheinz Busen (FDP)
Marc Lürbke (FDP)
Dirk Wedel (FDP)
(ab 13:30 Uhr)
Dr. Ingo Wolf (FDP)

Daniel Düngel (PIRATEN)
Birgit Rydlewski (PIRATEN)
Kai Schmalenbach (PIRATEN)
Torsten Sommer (PIRATEN)

Daniel Schwerd (fraktionslos)

Beginn: 10:03 Uhr

Präsidentin Carina Gödecke: Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie alle ganz herzlich zu unserer heutigen, der 99. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **31 Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Ich rufe auf:

1 Aktueller Sachstand zu den Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Unterrichtung
durch die Landesregierung

Der Chef der Staatskanzlei hat mit Schreiben vom 3. Dezember dieses Jahres mitgeteilt, dass die Landesregierung beabsichtigt, zu diesem Thema zu unterrichten.

Die Unterrichtung erfolgt durch Frau Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, der ich sehr gerne das Wort erteile.

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Als ich gestern diesem Hohen Hause fernbleiben musste, um zur Ministerpräsidentenkonferenz zu fahren, habe ich – das gestehe ich – nicht zu hoffen gewagt, dass es eine Einigung zum Länderfinanzausgleich geben würde. Aber es hat eine Einigung unter den Ländern gegeben. Ich kann sagen: Gestern war ein guter Tag für den Föderalismus in Deutschland; gestern war ein guter Tag für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und der Regierungsbank)

Wir haben einen großen und wichtigen Schritt hin zu einem Finanzausgleichssystem gemacht, das einfacher, fairer und transparenter ist als das bisherige System. Nach schwierigen und, wie alle wissen, langen Verhandlungen haben wir uns im Länderkreis geeinigt. Es ging für einige Länder um viel, um sehr viel. Darum ist auch nicht verwunderlich, dass die Verhandlungen hart und kontrovers waren.

Am Ende stand eine Einigung aller. Am Ende haben wir einen Durchbruch erzielt, der sich sehen lassen kann: einen fairen Kompromiss, bei dem sich jedes Land bei den eigenen Interessen ein Stück bewegt hat und mit dem alle Länder leben können. Dieses Ergebnis ist ein starkes Zeichen für die Handlungsfähigkeit des Föderalismus in unserem Land.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und der Regierungsbank)

Ich will nur auf die wesentlichen Punkte eingehen, damit es hier auch nicht zu lange dauert. Der Länderfinanzausgleich wird in seiner jetzigen Form abgeschafft. Damit entfällt der Umsatzsteuervorwegausgleich.

(Beifall von der SPD)

Für die Erfüllung dieser Forderung hat sich unser Finanzminister Norbert Walter-Borjans früh eingesetzt. Auch ich habe vehement für diese Lösung gekämpft. Es ist ein großer Erfolg, dass wir uns jetzt mit dieser Forderung durchgesetzt haben.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und der Regierungsbank)

Das ist ein großer Schritt zu mehr Transparenz im Finanzgeflecht von Ländern und Bund. Es wird deutlich, dass Nordrhein-Westfalen Zahlerland ist. Das bisherige System hat hier einen völlig falschen Eindruck erweckt. Wir sind ein starkes Land. Und ich habe immer gesagt: Wir wollen in Nordrhein-Westfalen mehr von dem behalten, was bei uns erwirtschaftet wird.

Durch die vorliegende Einigung werden die Länder in beträchtlichem Umfang finanziell entlastet. Dabei wird auch den Interessen der finanzschwachen Länder Rechnung getragen. Auch das haben wir im Vorfeld immer wieder betont: Wir bleiben solidarisch – solidarisch mit den finanzschwachen Bundesländern und auch mit den östlichen Bundesländern, bei denen wir sehen, dass es immer noch in einzelnen Bereichen Nachholbedarf gibt.

Die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen gilt ab 2020 unbefristet, wenn der Bund zustimmt. Allerdings werden die Auswirkungen des neuen Ausgleichssystems nach zehn Jahren, also 2030, überprüft. Eine Kündigung, um es so zu bezeichnen, wäre möglich, wenn drei Länder sie gemeinsam beantragen würden.

Meine Damen und Herren, der Bund muss sich jetzt positionieren. Die Länder haben sich geeinigt. Das Gesetzgebungsverfahren zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen – das ist unser Ziel – soll Anfang 2016 eingeleitet werden. Die gesetzgeberische Arbeit fängt also mit dem gestrigen Tag erst an.

Im Ergebnis bleibt für Nordrhein-Westfalen festzuhalten: Wir haben als größtes Land in diesen Verhandlungen eine besondere Rolle gespielt. Von Anfang an haben wir gefordert, das System einfacher, transparenter und gerechter zu machen. Zu Beginn des Prozesses – wir erinnern uns zurück – sind wir mit unserer Forderung nach Abschaffung des Umsatzsteuervorwegausgleichs auf Unverständnis und auf Widerstand gestoßen. Kaum einer hat geglaubt, dass wir uns damit durchsetzen können.

Nach und nach ist der Zuspruch – auch dank guter Argumentationslinien – gewachsen. So ist vonseiten der Wissenschaft klar darauf hingewiesen worden, welche Chancen auf mehr Transparenz im Finanzausgleichssystem sich dadurch bieten. Die Argumente waren so eindeutig, dass sich auch der Bundesfinanzminister unserer Forderung angeschlossen hat.

Ich habe mich darüber gefreut, dass wir uns hier im Landtag auch mit der CDU-Fraktion auf eine gemeinsame Linie verständigen konnten. Im Interesse unseres Landes war das ein wichtiges Signal. Dafür sage ich heute den Kolleginnen und Kollegen herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und der Regierungsbank)

Wir können jetzt sagen – zum langen Atem und zur Beharrlichkeit steht heute einiges in den Zeitungen –: Ja, das ist so. Ich habe beharrlich für die Interessen unseres Landes gekämpft. Aber es hat sich ausgezahlt.

(Zurufe von der CDU: Oh! – Gegenruf von Ministerin Barbara Steffens: Was soll denn das schon wieder?)

Nordrhein-Westfalen hat die wesentlichen Forderungen durchsetzen können. Das heißt: Der Umsatzsteuervorwegausgleich ist weg. Es wird ein transparentes System ab 2020 geben, bei dem wir zudem weniger bezahlen als bisher. Darum behalten wir in Nordrhein-Westfalen mehr von dem, was bei uns erwirtschaftet wird. Diese Forderung haben wir immer wieder in den Mittelpunkt gestellt.

Ich mache einmal den Vergleich zwischen der alten und der zukünftigen Regelung. Wären wir jetzt im Jahr 2020, läge unser Umsatzsteueranteil nach Einwohnern gemäß Grundgesetz gemessen an den Zahlen, die vorliegen, bei rund 24 Milliarden €. Dann gäbe es den Vorwegabzug. Wir würden rund 3,3 Milliarden € bezahlen. Dann käme der eigentliche Länderfinanzausgleich, über den die Zeitungen immer geschrieben haben. Da wären wir mit 1 Milliarde € Nehmerland gewesen. Wir würden sogar noch Bundesergänzungszuweisungen in Höhe von rund 500 Millionen € bekommen. Im Saldo hätten wir dann immer noch 1,7 Milliarden € abgegeben, würden aber als Nehmerland dastehen.

Das ist mit dieser Neuregelung weg. Es wird deutlich, dass Nordrhein-Westfalen Geberland ist und dass wir ein starkes Land sind.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und Ministerin Sylvia Löhrmann)

Das ist auch für diejenigen wichtig, die das hier alles erwirtschaften.

Wir gehen mit einer Besserstellung nach Hause. Das heißt: Wir bekommen nicht mehr Einnahmen, sondern wir zahlen weniger von dem, was wir sonst

hätten zahlen müssen. Diese Besserstellung liegt in einer Größenordnung von 1,5 Milliarden € – und das pro Jahr ab 2020.

Wir sind zugleich solidarisch geblieben mit den östlichen Bundesländern und mit den Bundesländern, die große Finanzprobleme haben. Alle haben sich ein Stückchen bewegt. Wir haben jetzt ein einheitliches System, bei dem die alte Unterscheidung zwischen Ost und West keine wesentliche Rolle mehr spielt.

Jetzt muss sich der Bund bewegen. Ich bin zuversichtlich, dass die Bundesregierung diese Einigung akzeptieren wird. Es ist eine gute Lösung. Ich würde mich aber freuen, wenn jetzt auch die CDU mithelfen würde, den Bundesfinanzminister davon zu überzeugen, dass dieses System so in Gang gesetzt werden muss.

Deshalb bleibe ich bei meiner Einschätzung: Ein guter Tag für den Föderalismus; ein guter Tag für Nordrhein-Westfalen! Dank an alle, die dabei mitgeholfen haben! – Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall von der SPD, den GRÜNEN und der Regierungsbank)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Laschet das Wort.

Armin Laschet (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war eine kurze Unterrichtung ohne viele konkrete Zahlen.

(Marc Herter [SPD]: Sie brauchen auch nicht viele Worte, Herr Kollege! – Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Ich denke aber, dass deutlich geworden ist: Das unübersichtliche, intransparente System des bisherigen Länderfinanzausgleichs mit unterschiedlichen Verrechnungsschlüsseln, über die wir viele Debatten in Deutschland geführt haben, die auch in Neid Diskussionen zwischen einigen Ländern gemündet sind, die dazu geführt haben, dass manche Länder sogar vor das Bundesverfassungsgericht ziehen wollten, ist gestern durch ein gutes Ergebnis beendet worden. Das kann man auch parteiübergreifend in diesem Landtag deutlich machen, denke ich.

(Beifall von der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben Ihre Position gestützt, dass die bisherige Berechnungsform der Umsatzsteuer korrigiert werden muss. Deshalb ist es gut, dass wir jetzt ein neues, transparentes System haben. – Punkt eins.

Punkt zwei: Es geht um die Frage der Höhe der Zuwendungen pro Einwohner. Frau Ministerpräsidentin, Sie haben auch hier immer deutlich gemacht: Wenn man die Umsatzsteuer herausnimmt, liegen wir bei den Zuwendungen aus dem System

pro Einwohner auf Platz fünf. Wenn der Länderfinanzausgleich alles verrechnet, liegen wir auf Platz 15. Das sei ungerecht, haben Sie gesagt.

(Zustimmung von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Nach dem System, das jetzt verabredet ist, liegen wir wieder auf Platz 15. Insofern muss man dazu sagen: In der Schlüsselung pro Einwohner, die Sie lange Zeit hier zum Thema gemacht haben, hat sich durch den Beschluss von gestern nichts verändert.

Als Drittes gibt es die folgende Zahl: Nordrhein-Westfalen bekommt ab 2020 auf der Berechnungsgrundlage von heute 1,5 Milliarden € mehr.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Erhält mehr, hat mehr.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Behält mehr! – Stefan Zimkeit [SPD]: Zahlt weniger, Herr Laschet!)

Sie haben die Zahl, die heute zum Teil in den Zeitungen kommuniziert worden ist, nicht genannt. Wahrscheinlich war es klug, dass Sie sie nicht genannt haben; denn man muss natürlich abrechnen.

Man muss den Bürgern auch sagen, welche Mittel wir danach durch Entflechtungsmittel und das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz bekommen haben – beispielsweise 107 Millionen € für die Hochschulen, 129 Millionen € für den kommunalen Straßenbau, 129 Millionen € für den öffentlichen Personennahverkehr, 97 Millionen € für den Wohnungsbau und 85 Millionen € nach GVFG. Rund 547 Millionen € werden demnächst nicht mehr gesondert gezahlt, sodass wir davon ausgehen können – die Details können Sie in den nächsten Tagen noch einmal nachlesen –, dass für NRW netto 1 Milliarde € mehr zur Verfügung steht. Das ist eine Größenordnung, über die man sich freuen kann.

Dritte These: Sie haben gesagt, jetzt seien wir endlich wieder Geberland.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Es wird deutlich, dass wir Geberland sind! Das ist korrekt!)

– Die Ministerpräsidentin korrigiert. Sie hat gesagt: Es wird deutlich, dass wir Geberland sind.

(Beifall von der SPD – Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Ja! – Zurufe von der SPD)

Das ist aber genau der Kern des Problems. Sie bemühen sich seit Tagen darum. Auch heute gab es den Versuch einer Unterrichtung, die erst auf 20 Minuten angelegt war, dann auf zehn Minuten verkürzt werden sollte und schließlich nach nur acht Minuten beendet war. Das ist PR! Das ist exakt ...

(Weitere Zurufe von der SPD)

– Das mag Ihnen nicht gefallen.

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

– Es kommt genau auf den Punkt an, der Sie am meisten bewegt. Das ist nämlich das Thema „PR“.

(Beifall von der CDU)

Der Finanzminister konzentriert sich vor allem auf PR und will darstellen, dass NRW Geberland ist.

(Eva Voigt-Küppers [SPD]: Das tut weh!)

Das wird hier sogar noch mittels Zwischenruf korrigiert, damit man bloß die richtige Diktion vorgibt.

Lieber Herr Finanzminister, lieber ehemaliger Regierungssprecher, das Problem ist aber, dass es den vorgeschalteten Umsatzsteuerfinanzausgleich seit 40 Jahren gab. Den gab es schon immer. Aber NRW ist im Länderfinanzausgleich 2010 Empfängerland gewesen, 2011 Geberland, 2012 ... Entschuldigung; 2005 ...

(Lachen von der SPD)

– Entspannen Sie sich! Es lohnt sich, bei dieser Frage korrekt zu sein. – NRW war 2005 Geberland, 2006 Geberland, 2007 Geberland, 2008 Nehmerland – 2008 war die Weltfinanzkrise; ich erinnere mich noch gut an die Sitzung im Landeskabinett, in der Helmut Linssen sagte: Wir werden in diesem Jahr 2008 absinken und erstmals zum Nehmerland werden; das werden wir mit großen Kraftanstrengungen korrigieren müssen –, 2009 wieder Geberland, 2010 Geberland und seit 2010 nur Nehmerland; 2011, 2012, 2013, 2014 nur Nehmerland.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Egal, wie Sie die Systeme rechnen: Das jetzige System ist hinsichtlich der Summe, die wir bekommen, besser. Aber an einer Kernfrage ändert jede Systemrechnung nichts: Wir müssen in der Wirtschafts- und Finanzkraft unseres Landes wieder stärker werden. Das ist die Krux; das ist das Problem.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie können jetzt eine fünfte Abteilungsleiterin für PR einstellen; Sie können sogar zehn Abteilungsleiter für PR in der Staatskanzlei einstellen: Wenn Sie an Ihrer Wirtschaftspolitik nichts ändern, ist unsere Steuerkraft zu schwach. Das zu ändern ist die Kernaufgabe, die Sie nach dem Länderfinanzausgleich zu bewältigen haben.

(Anhaltender Beifall von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Laschet. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Römer.

Norbert Römer (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kollegin-

nen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Laschet, Sie hatten eben die Gelegenheit, Größe und Statur zu zeigen. Sie hätten der Landesregierung einfach einmal zu ihrem großen Verhandlungserfolg für Nordrhein-Westfalen gratulieren können.

(Lachen von der CDU – Ralf Witzel [FDP]: Welcher Erfolg? – Zuruf von der CDU: Sie haben wohl die falsche Brille auf!)

Sie hätten sich damit keinen Zacken aus der Krone gebrochen. Sie hätten einfach nur zeigen können, dass wir uns trotz allem, was uns trennt, gemeinsam für die Interessen unseres Landes einsetzen und Erfolge erzielen.

Dazu hatten Sie gerade Gelegenheit. Sie hätten etwas mehr Staatsräson zeigen und Seriosität demonstrieren können. Diese Gelegenheit haben Sie verpasst, Herr Kollege Laschet. Sei es drum!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Frau Ministerpräsidentin, im Namen der SPD-Fraktion gratuliere ich Ihnen zu diesem großen Erfolg für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das sind wirklich gute Nachrichten für unser Land und vor allem für die Menschen in unserem Land. Nordrhein-Westfalen wird künftig besser und gerechter behandelt. Dass dieser Kompromiss unter den Ländern zustande gekommen ist, ist ein Erfolg dieser Landesregierung, ein Erfolg unserer Ministerpräsidentin, ein Erfolg unseres Finanzministers.

Dieser Erfolg – die Ministerpräsidentin hat darauf hingewiesen – ist nicht vom Himmel gefallen. Er musste hart erkämpft werden.

Wie war denn die Ausgangslage? Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und Finanzminister Norbert Walter-Borjans sind mit zwei klaren Forderungen in die Diskussion über Eckpunkte für einen neuen Länderfinanzausgleich gegangen:

Erstens. Nordrhein-Westfalen bleibt weiterhin solidarisch und hilft den finanzschwächeren Ländern. Aber wir wollen mehr von dem behalten, was hier von den Menschen in unserem Land erwirtschaftet wird.

Zweitens. Wir wollen zukünftig ein faires, ein transparentes Verteilsystem. Deswegen muss der sogenannte Umsatzsteuervorwegausgleich beseitigt werden. Er verschleiern die Stärke unseres Landes – Herr Kollege Laschet, Sie haben das offensichtlich immer noch nicht verstanden oder nicht verstehen wollen – und setzt uns in ein falsches Licht; denn wir bekommen von anderen nichts geschenkt, meine Damen und Herren. Wir sind und bleiben Geberland. Das wird jetzt deutlich.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wie lief die öffentliche Diskussion? Ich will noch einmal daran erinnern. Sie nahm im vergangenen Jahr Fahrt auf, als unsere Landesregierung ihre Forderungen öffentlich machte. Die Ausgangslage war nicht einfach; denn alle Bundesländer haben jeweils ihre eigenen Interessen. Für viele stand viel auf dem Spiel. Für manche ging es schlicht und einfach um ihre Existenz. Besonders in den ostdeutschen Bundesländern gab es Widerstand, aber auch anderswo. Es gab auch – ich gebe das offen zu – SPD-Ministerpräsidenten, die die Anforderung aus Düsseldorf nicht gerade mit Beifall begrüßt haben. Aber das war auch nicht zu erwarten. Schließlich profitieren sie in erheblichem Umfang von den Umsatzsteuerzahlungen aus Nordrhein-Westfalen. Ja, für uns gab es heftigen Gegenwind. Oft standen wir allein im Wind: 15 Länder gegen eins!

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Deshalb ist es nicht hoch genug einzuschätzen, dass unsere Ministerpräsidentin Hannelore Kraft mit dem Finanzminister bis zuletzt konsequent die nordrhein-westfälischen Interessen vertreten hat, die Interessen von fast 18 Millionen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes. Auch das muss hervorgehoben werden, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ja, ich will selbstverständlich betonen – die Ministerpräsidentin hat das auch gemacht –, dass mit dem gemeinsamen Beschluss der Regierungsfractionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu den Bund-Länder-Finanzbeziehungen, der zusammen mit der CDU im Haushalts- und Finanzausschuss am 2. Juni dieses Jahres gefasst wurde, die Notwendigkeit einer grundlegenden Reform unterstützt wurde. Es wäre aber selbstverständlich besser gewesen, meine Damen und Herren von der CDU, wenn Sie sich sofort an unsere Seite gestellt hätten, anstatt uns zunächst in den Rücken zu fallen. Das wäre in der Tat besser gewesen.

Der stellvertretende CDU-Landesvorsitzende und damalige Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Steffen Kampeter, sagte vor ziemlich genau einem Jahr – ich zitiere –, die Ministerpräsidentin von NRW leide unter Realitätsverlust.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Jetzt hat sich gezeigt, wer die Chancen unseres Landes realistisch einschätzen und durchsetzen kann, meine Damen und Herren. Jetzt hat sich das gezeigt, Herr Kollege Laschet.

Sie haben noch im Januar dieses Jahres behauptet, dass NRW beim Finanzausgleich lange Zeit Geberland gewesen sei, unter Rot-Grün aber wieder zum Nehmerland geworden sei, könne nicht am Verteilungssystem liegen.

(Armin Laschet [CDU]: So ist es!)

Das haben Sie behauptet. Aber ein halbes Jahr später, Herr Kollege Laschet, haben Sie dann mit Ihrer Fraktion den Haushalts- und Finanzausschuss benutzt, um gerade noch rechtzeitig die Kurve zu kriegen.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Sie haben damals gemerkt – das war auch der Grund, warum Sie eingelenkt haben, Herr Kollege Laschet –, dass sich der Wind bei der CDU im Bund, in Berlin, dreht. Dann haben Sie mit uns gemeinsam diesen Beschluss im Haushalts- und Finanzausschuss hinbekommen.

Hätten Sie nicht geahnt, dass Bundesfinanzminister Schäuble kurz darauf öffentlich klarmachen würde, dass die alte Praxis, den Umsatzsteuervorgang bei der Berechnung der Finanzkraft der Länder völlig außen vor zu lassen, nicht mehr haltbar ist, hätten Sie doch nicht die Kurve gekriegt, Herr Kollege Laschet.

Das war es dann aber auch mit Ihrer Unterstützung. Seitdem habe ich von Ihnen zu diesem zentral wichtigen landespolitischen Thema in Berlin nichts mehr gehört. Das spüren doch die Menschen in Nordrhein-Westfalen – im Übrigen auch die Mitglieder Ihrer Partei. Herr Kollege Laschet, bei landespolitischen wichtigen Themen sind Sie nicht erkennbar, nicht sichtbar. Sie tauchen ab; Sie lavieren; Sie drücken sich vor der Verantwortung.

Aber das ist Ihre Sache, Herr Kollege Laschet. Das müssen Sie den Bürgerinnen und Bürgern und auch Ihrer Partei erklären. Ich wende mich lieber wichtigeren Dingen zu.

(Zurufe von der CDU)

Was also wurde erreicht? Erreicht wurde eine grundlegende Reform, die für Nordrhein-Westfalen den ungerechten und benachteiligenden Umsatzsteuervorgang abschafft. Maßstab der künftigen Verteilung ist die Steuerkraft, die die Einwohner erwirtschaften.

Und das wollen wir. Wir wollen mehr von dem behalten, was in unserem Land erwirtschaftet wird. Die Finanzkraftunterschiede der Gemeinden werden auf Länderebene endlich angemessen berücksichtigt.

Besonders – ich sage das gerade mit Blick auf die CDU-Fraktion – freut mich folgende Feststellung im Beschluss mit der Zustimmung Bayerns: Nordrhein-Westfalen ist ein starkes und solidarisches Zahlerland. – Ja, meine Damen und Herren, auch das wollen wir feststellen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das Land wird ab dem Jahr 2020 Jahr für Jahr um 1,5 Milliarden € entlastet. Das ist eine gute Botschaft. Dies wird uns helfen, die Herausforderungen der Zukunft noch besser zu bewältigen und die notwendigen Maßnahmen noch sicherer zu finanzieren.

Die Herausforderungen sind klar. Es geht um noch mehr Investitionen in Bildung, in die Infrastruktur, in die Sozialpolitik und in die Integration der Menschen, die zu uns kommen, denen wir helfen und die wir auch brauchen.

Wichtig ist mir: Das alles haben wir bereits seit unserem Regierungsantritt 2010 auf den Weg gebracht. In allen Bereichen haben wir große Schritte nach vorne gemacht und sie auch sauber durchfinanziert.

Gleichzeitig haben wir den Pfad der Konsolidierung konsequent beschritten. Wir haben die schwarze Null für 2020 nicht nur im Blick, meine Damen und Herren; wir werden sie auch erreichen, ohne unsere Zukunftsaufgaben zu vernachlässigen.

(Ralf Witzel [FDP]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Das galt vor der Einigung zum Länderfinanzausgleich und gilt natürlich jetzt erst recht, meine Damen und Herren.

Aus einem zweiten Grund ist die Einigung unter den Ländern ein großer Erfolg. Es wird künftig ein faires und transparentes Verteilungssystem geben. Nordrhein-Westfalen – das wird deutlich werden; darauf hat die Ministerpräsidentin hingewiesen – ist das, was es immer war: Geberland, wirtschafts- und steuerstark und innerhalb der föderalen Gemeinschaft solidarisch.

Es ist das Land, das in den vergangenen Jahrzehnten Bayern mit Milliarden auf seinem Weg von einem Agrarstaat zu einem modernen Wirtschaftsstandort solidarisch unterstützt hat. Es ist das Land, das das jetzt mit den ostdeutschen Bundesländern weitermacht, meine Damen und Herren. Da brauchen wir keinen Nachhilfeunterricht. Die Ministerpräsidentin hat das vorhin noch einmal deutlich herausgestellt.

Mir ist wichtig, an diesem Tag zu sagen: Unser Land ist stark. Die Menschen in unserem Land sind leistungsstark und selbstbewusst. Wir sind solidarisch. Ja, meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen ist ein starkes Stück Deutschland. – Glück auf für unser Land!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Römer. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Lindner.

Christian Lindner (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir haben jetzt seit einigen Jahren von der Landesregierung und insbesondere von Ihnen, Frau Ministerpräsidentin, Klagen über den gegenwärtigen Länderfinanzausgleich und unsere bundesstaatliche Finanzverfassung gehört. Sie haben regelmäßig gefordert, dass das Sys-

tem einfacher, transparenter und fairer werden müsse und sich auch die Position Nordrhein-Westfalens in diesem System verändern müsse.

In diesem Haus herrschte Einigkeit: In der Tat, der Länderfinanzausgleich, wie wir ihn seit zehn Jahren, seit dem Jahr 2005, praktizieren, ist dringend korrekturbedürftig. Dieses System ist seinerzeit von Bundesfinanzminister Hans Eichel und dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Peer Steinbrück konzipiert worden. Insofern war die Klage nachvollziehbar, dass dieses System dringend anpassungsbedürftig sei.

Jetzt haben Sie hier Ergebnisse präsentiert, Frau Ministerpräsidentin, und zwar dahin gehend, dass Sie einen Durchbruch erzielt hätten, wie eben gesagt worden ist.

Schauen wir uns das einmal an: Ihre Klage am Länderfinanzausgleich hatte insbesondere zum Ziel, deutlich zu machen, dass Sie nach einer Korrektur Ihren Haushalt unter Kontrolle bekommen und dass Sie für zukünftige Aufgaben, für Zukunftsinvestitionen neue Spielräume gewinnen können. Das haben wir bei allen möglichen Debatten gehört: Wenn Sie so könnten, wie Sie wollten, dann ... Aber leider können Sie ja nicht – wegen des Bundes und weil Sie zu viel in den Topf des Länderfinanzausgleichs einzahlen. Seit Jahr und Tag hören wir das, schon in Ihrer Regierungserklärung.

Jetzt kommen Sie, nachdem Sie dieses zentrale Anliegen der Reform unseres Föderalismus umgesetzt haben, mit 1,5 Milliarden € in diesen Landtag zurück. Frau Ministerpräsidentin, wegen 1,5 Milliarden € haben wir uns dieses Lamento seit Jahren angehört!

Schauen wir uns einmal die Nettokreditaufnahme an, stellen wir fest: In diesem Jahr betrug sie 1,9 Milliarden €, im nächsten Jahr werden es 1,8 Milliarden € sein. Selbst mit dieser Einigung beim Länderfinanzausgleich wäre der Landeshaushalt Nordrhein-Westfalens nicht ausgeglichen.

Das zeigt vor allem eines: Sie haben kein Problem mit den Einnahmen, Sie haben nach wie vor ein Problem mit den Ausgaben aufgrund Ihrer Politik, Frau Ministerpräsidentin. Dabei hilft auch diese Einigung nicht.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir erinnern uns an Norbert Walter-Borjans Interviewäußerungen, er wolle jetzt mal so richtig „södern“. Das haben Sie gesagt, Herr Finanzminister. Jetzt wollten Sie so richtig „södern“ und der CSU und den Bayern beim Finanzausgleich einmal zeigen, was eine Harke ist. Das ist ein Wortlautzitat von Ihnen, nicht wahr?

Schauen wir uns jetzt einmal an, was das Ergebnis dieses „Söderns“ unserer Landesregierung ist: 1,5 Milliarden € von der jetzt in Rede stehenden Gesamtsumme. Das ist wiederum weniger als die

Summe, die uns nach dem Königsteiner Schlüssel bezogen auf unsere Bevölkerung zusteht. Das beklagen Sie hier doch immer regelmäßig in der Verkehrspolitik. Das kann jeder nachlesen. Sie sagen, Nordrhein-Westfalen sei in der Verkehrspolitik ungerechtfertigt benachteiligt, weil wir weniger hätten als nach dem Königsteiner Schlüssel. Jetzt, mit Ihrer großen Einigung, mit der Sie zu dieser Unterrichtung kommen, sind wir wieder schlechter gestellt als nach dem Königsteiner Schlüssel.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Marc Herter [SPD])

– Moment, es kommt noch besser: Der Bundeschnitt an Einnahmeverbesserung pro Einwohner beträgt 109 €.

(Marc Herter [SPD]: Viel Glück!)

Das heißt, der durchschnittliche zusätzliche Selbstbehalt der Länder im neuen System des Länderfinanzausgleichs wird 109 € pro Einwohner betragen. Bayern behält zusätzlich 105 € mehr, Nordrhein-Westfalen nur 87 € zusätzlich. Das heißt wiederum, Herr Finanzminister: Die Bayern haben gezeigt, dass sie besser „södern“ können als Sie. Ihr Ergebnis entspricht eben nicht den Interessen Nordrhein-Westfalens!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dafür, liebe Kolleginnen und Kollegen, gibt es auch eine sehr klare und transparente Erklärung. Sie haben sich nämlich, Frau Ministerpräsidentin, Herr Finanzminister, seit Jahr und Tag an einem technischen Detail festgeklammert, und zwar daran, den Umsatzsteuervorwegausgleich abzuschaffen. Das neue System können Sie gern einmal auf dem Marktplatz erklären, und dann wird sich zeigen, ob das so einfach, transparent und fair ist, wie Sie behaupten.

Herr Römer hat hier eben hervorgehoben, die Kommunen würden endlich angemessen in die Berechnung der Finanzkraft der Länder einbezogen. Vorher waren es 64 %, jetzt fließt die kommunale Finanzkraft zu 75 % ein. Dann erklären Sie doch einmal auf dem Marktplatz, Herr Finanzminister, welche Gründe in der Sache für die elf Prozentpunkte mehr gesprochen haben. – Es gibt keine, weil es ein Verschiebebahnhof ist, wie es bei den bundesstaatlichen Finanzbeziehungen immer der Fall gewesen ist.

Aber jetzt kommen wir auf Ihr technisches Detail des Umsatzsteuervorwegausgleichs zu sprechen. Herr Römer, die Umsatzsteuerverteilung war übrigens eine sozialdemokratische Idee. Dem Umsatzsteuervorwegausgleich ging die Idee voraus, dass man bei der Umsatzsteuer zuerst einen einheitlichen Verteilmaßstab hat, nämlich die gleiche Finanzkraft pro Einwohner. Das war die ursprüngliche sozialdemokratische Verteilungsidee.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Das ist ja auch nicht der Vorwegausgleich!)

– Doch, das ist genau der Vorwegausgleich, Frau Kraft. – Die Umverteilung hat Ihnen, Herr Römer, aber nicht gefallen, weil Sie dadurch danach im System des Länderfinanzausgleichs im engeren Sinne auf die Seite der Empfängerländer gekommen sind. Jetzt haben Sie Ihre ganze Verhandlungsführung darauf konzentriert, diesen Umsatzsteuervorwegausgleich aus dem System herauszuholen und zu einem einheitlichen System zu kommen.

Jetzt passen Sie auf, Frau Kraft, was aufmerksame Beobachter dazu schreiben. Die „Süddeutsche Zeitung“ vom heutigen Tag schreibt zum Wegfall des Umsatzsteuervorwegausgleichs – darum geht es; Zitat –:

„Mit diesem Trick ist vor allem Nordrhein-Westfalen gedient, das so nach langen Jahren wieder zum Zahlerland werden würde und sich nicht mehr von Bayern anhören müsste, auf seine Kosten zu leben.“

(Eva Voigt-Küppers [SPD]: Hört, hört!)

Frau Kraft, diesen technischen „Trick“, wie die „Süddeutsche Zeitung“ schreibt, haben Sie teuer erkaufte und damit dem Land Nordrhein-Westfalen einen Bärendienst erwiesen.

(Beifall von der FDP – Lachen und Widerspruch von Dietmar Bell [SPD])

16 Länder haben sich gestern Abend zulasten des Bundes geeinigt. Und das ist eine typische Strategie: Der Bund sitzt nicht dabei. Sie kommen nicht zu einer Einigung. Und was passiert dann? Na ja, man muss die Verteilmasse größer machen. Damit man zu einer Einigung kommt, muss der Bund jetzt stärker in die Mitfinanzierung einbezogen werden. Das ist eine relativ typische sozialdemokratische Lösung: Wenn man keine Idee hat, greift man auf anderer Leute Geld zu.

(Zurufe von der SPD)

Für die Bürgerinnen und Bürgern ändert sich dadurch aber nichts. Obwohl es Ihnen, Frau Kraft, gelungen ist, daran mitzuwirken, dass die Tischdecke quasi ein kleines bisschen näher in Richtung Nordrhein-Westfalens und der Länder gezerrt wird, ist es immer noch die gleiche Tischdecke.

(Zuruf von Marc Herter [SPD])

Denn das, was Sie und die Ländergesamtheit zusätzlich bekommen, wird woanders finanziert, nämlich beim Bund.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Christian Lindner (FDP): Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin.

Was ist aus Sicht der Bürger erreicht worden? Der Bund gibt Geld, das Sie zusätzlich ausgeben. Gesamtstaatlich ist das kein Vorteil. Keine Anreize für eine Pflege der Wirtschaftskraft! Keine Anreize für solide Staatsfinanzen! Keine Einnahmekompetenz für die Länder, um zu einem fairen Wettbewerb nach Schweizer Vorbild zu finden! Aus Sicht der Bürger ist nichts erreicht. Es ist kein großer Wurf, Frau Kraft, sondern sehr viel Klein-Klein, was Sie präsentiert haben.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Danke schön, Herr Lindner. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Herr Kollege Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eben hat hier der Bundesvorsitzende der FDP gesprochen. Also, wie Sie mit dieser Rede im Osten Deutschlands oder im Süden Deutschlands auch nur irgendjemanden auf Ihre Seite bekommen wollen, müssten Sie mir mal erklären, Herr Kollege Lindner.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich will Ihnen eines gleich dazusagen, weil hier direkt der Einwurf kam, wir seien im nordrhein-westfälischen Landtag. Ja, das sind wir. Aber wir sind ein solidarisches Land, liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

und nur wer Solidarität zeigt, kann im bundesstaatlichen Finanzausgleich überhaupt erfolgreich sein.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Sie sind doch mit folgender Attitüde hier gestartet: Wir holen uns möglichst viel Geld aus dem Sack heraus, verabschieden uns, laufen dann los und glauben, die anderen 15 Bundesländer würden zustimmen. – Das ist doch geradezu abenteuerlich, Herr Kollege Lindner.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Christian Lindner [FDP]: Das ist Ihre Attitüde!)

Zurück zur Sache; denn dazu haben Sie nicht gesprochen.

(Lachen von der FDP – Christian Lindner [FDP]: Was?)

Ich möchte der Ministerpräsidentin ausdrücklich danken, dass sie diesen wichtigen Kompromiss erreicht hat. Sie waren, Frau Ministerpräsidentin – das möchte ich ausdrücklich sagen –, auch ein Stück weit bockbeinig. Denn am Anfang hieß es: Die

Nordrhein-Westfalen spinnen komplett, niemand wird dem zustimmen. – Sie haben erreicht, dass der Umsatzsteuervorwegausgleich mit dem gestrigen Tage, zumindest wenn es nach den Bundesländern geht, abgeschafft ist.

Der Kollege Bouffier aus Hessen, nun wahrlich kein Freund der Politik, die hier in diesem Land offensichtlich gemacht wird, hat es als einen historischen Kompromiss bezeichnet, und der Kollege Kretschmann aus Baden-Württemberg, den Herrn Laschet so gerne als Kronzeugen anführt, sagt, es war wichtig, dass einerseits auf dem Verhandlungswege und nicht vor dem Bundesverfassungsgericht ein Ergebnis erzielt wurde und dass andererseits die Bundesländer Handlungsfähigkeit gezeigt haben. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind zwei ganz wichtige Punkte, die wir festhalten können.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich sage Ihnen auch eines: Wer sich etwas intensiver mit der Materie beschäftigt hat, wird erkennen, dass der Vorschlag, der jetzt auf dem Tisch liegt, sehr nah an dem ist, was A- und B-Ländern zwischenzeitlich vorschwebte, obwohl man sicherlich an der einen oder anderen Stelle darüber diskutieren kann, wer an welchem Tarif gedreht hat. Deswegen ist es gut, Frau Ministerpräsidentin, dass Sie diesem Kompromiss zugestimmt haben und dass Sie die Interessen aller Bundesländer im Auge gehabt haben, aber natürlich zuallererst das von Nordrhein-Westfalen. Insofern ist es ein guter Kompromiss, der geschlossen worden ist.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Und warum ist dieser Kompromiss zustande gekommen? Die Ausgangsbedingungen waren schließlich nicht besonders hervorragend. Es gab nämlich Länder im Osten, die auf dem Rücken von Nordrhein-Westfalen Politik machen wollten. Ich kann mich noch an die guten Ratschläge aus Sachsen erinnern. Ausgerechnet Sachsen, jenes Land, das 5,8 Milliarden € aus dem Finanzausgleich bekommt! Das entspricht fast einem Viertel der Gesamteinnahmen Sachsens überhaupt, und dabei zahlt Nordrhein-Westfalen 1,7 Milliarden € netto ein.

Die Ministerpräsidentin hat es deutlich gemacht: Nordrhein-Westfalen ist Geberland. Nordrhein-Westfalen zahlt jetzt 2,4 Milliarden € Umsatzsteuer ein. Das heißt, vor dem Vorwegausgleich liegen wir pro Einwohner rund 1.000 € vor Sachsen und nach dem Vorwegausgleich 500 € dahinter. Das ist schlicht ungerecht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Jetzt komme ich zum Zerrbild des Kollegen Lindner. Selbst wenn wir den Kommunalisierungsgrad einrechnen, sind wir immer noch jenes Bundesland, das mit 5.300 € pro Kopf die sechsniedrigsten Ausgaben hat, und das, obwohl wir viele verstädterte

Regionen wie das Ruhrgebiet und andere haben, in denen die Kosten höher sind. Genau deswegen gibt es auch die Einwohnerveredelung im bundesstaatlichen Finanzausgleich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit anderen Worten: Es gibt zehn Bundesländer, die pro Kopf mehr Geld ausgeben als wir. Es ist eine absolute Bilanzfrisererei, mit der Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von FDP und CDU, hier in der Haushaltspolitik agieren.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich will Ihnen noch etwas sagen, Herr Kollege Laschet: Sie haben lange gezögert, diesem Kompromiss zuzustimmen. Dann, nach einiger Überzeugungsarbeit im Finanzausschuss, haben wir zugestimmt, dass wir uns zusammensetzen, und der Kollege Optendrenk hat dann einen Kompromiss mit uns erarbeitet, der genau das widerspiegelt, was heute auf dem Tisch liegt:

Erstens. Es sollte mehr Transparenz ins System kommen. Der Umsatzsteuervorwegausgleich sollte abgeschafft werden. – Das ist geschafft worden.

Zweitens. Es sollte mehr Geld von dem, was in Nordrhein-Westfalen erwirtschaftet wird, hier in diesem Bundesland bleiben. – Auch das ist geschafft worden.

Drittens. Nordrhein-Westfalen bleibt natürlich solidarisch mit den anderen Bundesländern. – Auch das ist erreicht worden. Dafür herzlichen Dank an die Landesregierung und herzlichen Dank für diesen Kompromiss, der hier auf dem Tisch liegt!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Und weil Sie das angesprochen haben: Ja, deswegen hat Nordrhein-Westfalen auch einigen Punkten zugestimmt, die, wenn man mit dem Rechenschieber darangehen würde, nicht zugunsten des Landes ausfallen.

Die höhere Einbeziehung der Finanzkraft der Kommunen – ein weiteres Zeichen für die Stärke unseres Landes – führt natürlich zu Verschlechterungen für Nordrhein-Westfalen. Auch unsere Zustimmung dazu, dass Bremen und das Saarland zusätzliche Gelder bekommen, war notwendig, um a) die Solidarität zu zeigen und weil b) damit erst die Existenzfähigkeit dieser beiden Bundesländer auf Dauer sichergestellt ist. Zur Wahrheit gehört auch, dass das in dem Kompromiss verankert worden ist.

Ich habe noch weitere Punkte, die mir politisch wichtig sind. Einen haben Sie schlicht falsch dargestellt, Herr Kollege Laschet. Das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz ist ausdrücklich nicht in dem Beschluss enthalten – das können Sie sich in der Liste ansehen –, dort soll es eine separate Lösung geben. Diese 107 Millionen € können Sie schon mal von Ihrer Rechnung abziehen.

Auch bei zwei anderen Punkten bin ich anderer Auffassung:

Erstens. Zur Frage der Kreditfinanzierung der Bundesländer über die Bonität des Bundes – das hat die Ministerpräsidentin jetzt nicht ausgeführt, aber es war in den Beschlusspunkten enthalten – gibt es, wie ich finde, einen sehr guten Beschluss. Das kann genutzt werden. Früher war das in Bezug auf Eurobonds und andere Debatten nicht möglich. Jetzt wird gezeigt: Der finanzpolitisch kluge Schritt, die Bonität des Bundes auch den Bundesländern zu ermöglichen, führt dazu, dass die Bundesländer billiger finanzieren können und der Bund keinen Schaden hat. Das haben wir immer vorgetragen. Gott sei Dank ist das jetzt in dem Beschluss drin.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Einen zweiten Punkt will ich ansprechen, weil darüber auch noch zu entscheiden ist: Thema „Eingliederungshilfe“. Ich bitte alle Kolleginnen und Kollegen, dabei mitzuhelfen, dass keine Standardabsenkung auf dem Rücken der Menschen mit Behinderung stattfindet. Das hielte ich für einen völlig falschen Schritt. Wir sollten Druck auf den Bund ausüben, damit es keine schmutzigen Deals zulasten der Menschen mit Behinderung gibt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich will zusammenfassen: Es ist ein guter Kompromiss erzielt worden. Die Ministerpräsidentin ist standhaft geblieben. Jetzt ist es unsere Aufgabe – aller, die hier Verantwortung tragen, gerade auch der Kolleginnen und Kollegen der CDU –, auf Bundesebene für diesen Kompromiss zu werben. Es muss schnell ein Reformkonzept auf den Tisch gelegt werden. Dabei sollten wir alle mithelfen.

Wir machen das ja nicht aus Chuzpe oder einfach nur, weil es uns gefällt, sondern wir müssen die Basis dafür legen, dass Hochschulen und Schulen in diesem Land finanziert werden können, dass wir mehr Kitaplätze schaffen und dass wir die schwere Aufgabe und große Herausforderung der Unterbringung von Flüchtlingen meistern können. Deswegen müssen wir uns den wichtigen Dingen zuwenden und dieses Reformpaket abschließen. Ich glaube, dafür ist ein guter Ansatzpunkt gesetzt worden. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Für die Piraten spricht der Kollege Schulz.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer im Saal und daheim! Ich weiß gar nicht, wo ich angesichts des Abfeierns seitens Rot-Grün zuerst anfangen soll.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Am besten gar nicht!)

Beginnen wir einmal mit den rudimentären Dingen, dem Verständnis dessen, worum es uns – dem Land Nordrhein-Westfalen, den anderen Bundesländern – hier und heute in Anbetracht der Unterbringung von Frau Ministerpräsidentin Kraft geht.

Der Länderfinanzausgleich ist ein gesetzlich vorgeschriebenes Verfahren, das den angemessenen Ausgleich der unterschiedlichen Finanzkraft der Bundesländer untereinander regelt. Stark vereinfacht gesagt: Reichere Länder zahlen an ärmere Länder – so viel zur Solidarität –, ein Verfahren, das aber an Komplexität kaum zu überbieten ist. Umso begrüßenswerter ist es, dass sich die Bundesländer jetzt auf ein vereinfachtes Verfahren geeinigt haben, so wie Sie es heute in Ihrer Unterrichtung skizziert haben, Frau Kraft. Sie hatten ausgeführt: Es ist einfacher, es ist fairer, es ist transparenter. – Insoweit stimme ich Ihnen zu, und zwar vollumfänglich.

Was den Verhandlungserfolg und auch die Beendigung des Streits zwischen den Bundesländern über den Länderfinanzausgleich angeht, verdienen Sie durchaus – das sage ich hier mit allem Respekt – Anerkennung. – Und ich wünsche Ihnen Glück für die Zukunft.

(Zuruf von der CDU: Und frohe Weihnachten!)

Denn eins steht fest: Die Einigung ist zwar da, aber sie greift noch nicht, weil der Bundesfinanzminister, weil die Bundesregierung, die Große Koalition in Berlin, dem erst noch zustimmen muss. Dieses Glück werden Sie brauchen.

Dann würde ich natürlich gerne wissen, Frau Ministerpräsidentin und Herr Finanzminister, was der Preis dafür sein wird, dass die Bundesregierung, dass Schäuble dieser Einigung der Länder zustimmt, wo er doch unter dem Strich in seiner eigenen Kasse am Ende 9,7 Milliarden € weniger haben wird. Dafür muss ja nun irgendetwas her. In vergangener Zeit war einmal die Rede davon, der Preis könnte sein, dass der ebenfalls 2019 auslaufende Solidaritätszuschlag mit Zustimmung aller Bundesländer erhalten bleibt. Das könnte also der Preis sein; ich weiß es nicht. Vielleicht können Sie uns das sagen, Frau Ministerpräsidentin.

(Christian Lindner [FDP]: Natürlich ist das der Fall! – Zuruf von den GRÜNEN)

Wie auch immer: Ein allein über die Umsatzsteuer geregeltes Ausgleichsverfahren erscheint im Geiste länderübergreifender Solidarität gerecht. Dreh- und Angelpunkt ist allerdings, dass – ich sagte es bereits – Finanzminister Schäuble zustimmt.

Natürlich braucht Nordrhein-Westfalen zusätzliche Einnahmen bzw. Geld für Schulen, Polizisten, Zukunftsinvestitionen. Es mag sein, dass es NRW über die neue Umsatzsteuerverteilung ein Stück besser geht, dass etwas mehr von dem, was in un-

serem Lande erwirtschaftet wird, erhalten bleibt. Jedes Bundesland bekommt ja entsprechend seiner Einwohnerzahl einen Anteil am Umsatzsteueraufkommen. Zu- und Abschläge gleichen besondere Bedarfe aus. Außerdem soll es Extrahilfen geben.

(Christian Lindner [FDP]: Dasselbe in Grün!)

Vorteil dieser Einigung – so wird es in verschiedenen Veröffentlichungen jetzt dargestellt – ist erstens: Die bisherigen Zahlerländer Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Hamburg werden entlastet.

Vorteil Nummer zwei der Einigung ist: Nordrhein-Westfalen wird erkennbar Zahlerland.

Gehen wir mal von 2014 aus. Eingebracht hat NRW 2014 in den Verbund über den Umsatzsteuervorgewegausgleich 2,27 Milliarden €. Erhalten aus dem dann folgenden Länderfinanzausgleich hat NRW rund 900 Millionen €. Es ist richtig, wenn immer wieder gesagt wurde, dass aufgrund dieses Umstands NRW nicht als Geberland dasteht, sondern als Nehmerland. Und das ist in der Tat nicht gut.

Essenziell ist also, dass NRW wieder dem Zahler-Club angehört, und zwar erkennbar, und auch, dass die Beschwerden von Bayern beispielsweise wegfallen werden. Die Einnahmen werden allerdings nicht so hoch ausfallen, wie es hier skizziert worden ist. Da folge ich durchaus der Darstellung sowohl vom Herrn Kollegen Lindner als teilweise auch derjenigen vom Herrn Kollegen Laschet. 1,5 Milliarden €, von denen hier die Rede ist, sind natürlich weiß Gott nicht nach dem Königsteiner Schlüssel über 20 % von 9,7 Milliarden €. Das muss man einfach mal sehen.

Wenn man noch berücksichtigt, dass – wie Herr Kollege Laschet eben ausführte – die 547 Millionen € demnächst wegfallen, die dann nämlich nicht mehr gezahlt werden, liegen wir in etwa bei demselben Ergebnis wie jetzt. Es wird also keine wesentliche Verbesserung eintreten.

Dann kommt noch etwas ganz Wichtiges hinzu. Herr Kollege Mostofizadeh hat sich ja dazu hinreißen lassen, hier auch gewisse Haushaltsaspekte und diejenigen Aspekte der Planungen der Landesregierung für NRW anzusprechen. Dazu haben wir in den Haushaltsdebatten bereits vieles gehört, sowohl in erster Lesung als auch in zweiter Lesung wie aber auch in den Haushalten der Vorjahre. Angesichts der Visionslosigkeit der Landesregierung in Bezug auf die Anforderungen der insbesondere digitalen Zukunft des Landes stellt sich die Frage, wie mit einem wie auch immer gestalteten und der Höhe nach bemessenen Mehrbehalt Nordrhein-Westfalens künftig umgegangen wird.

Angesichts der laufenden Beratung zum Haushalt haben wir vonseiten der Opposition insgesamt in diesem Hause die allergrößten Bedenken. Das gilt insbesondere hinsichtlich der mangelnden Umset-

zung Ihrer, Frau Ministerpräsidentin, Agenda „NRW 4.0“ wie auch hinsichtlich des Füllhorns an vorgezogenen Wahlgewinnen an Ihre Klientel, wie wir sie jetzt im Haushalt 2016 gemäß Plan, aber auch bezüglich der Änderungsanträge von Rot-Grün feststellen müssen.

Hierhinter steht aus unserer Sicht kein Masterplan, außer dass Sie Ihre Ausgabenpolitik als planvolles Handeln mit der Entschuldigung „Flüchtlinge“ zu apostrophieren wissen. Hierhinter – auch das hat die bisherige Debatte um den Landeshaushalt ergeben – steht das Weiteren der Versuch, den Menschen in diesem Lande zu verkaufen, Sie hätten diesen einen Plan, und der sei nicht auf Treibsand, sondern auf weitsichtige Planung hinsichtlich der gesellschaftlichen Anforderungen im Zeitalter des digitalen Wandels bzw. der digitalen Revolution gebaut.

Wenn Sie also jetzt hier diese Einigung zwischen den Bundesländern als die Zukunftsinitiative ansehen, könnten wir vonseiten der Piratenfraktion dem nicht folgen. Selbst wenn sich am Ende ein Mehrbehalt Nordrhein-Westfalens aus dieser Einigung ergeben sollte, machen Sie bitte – das ist nur eine Bitte – nicht den Fehler und verplanen bereits jetzt angesichts des hier und heute debattierten angeblichen Segens für NRW die Zukunft. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schulz. – Für die Landesregierung spricht jetzt der Finanzminister.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wissen Sie, was sicheres Auftreten bei völliger Ahnungslosigkeit ist?

(Lachen von der CDU und der FDP – Heiterkeit und vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich weiß das. Das ist Christian Lindner, der sich hier in der Großmannspose hinstellt und keine Ahnung hat, was der Umsatzsteuervorgewegausgleich ist.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Herr Lindner, ich lese Ihnen jetzt einmal vor, was im Grundgesetz in Art. 107 steht.

(Christian Lindner [FDP]: Kenne ich auch!)

– Dann hätten Sie es hier nicht so falsch darstellen dürfen.

(Zurufe)

Im Grundgesetz steht, was Sie sozusagen als sozialdemokratische Errungenschaft beschreiben, in Art. 107:

„Der Länderanteil am Aufkommen der Umsatzsteuer steht den einzelnen Ländern nach Maßgabe ihrer Einwohnerzahl zu;“

Wenn das so wäre und dabei bliebe, wäre das hervorragend. Das hat nur mit dem Umsatzsteuervorgewegausgleich überhaupt nichts zu tun.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Denn mit dem Umsatzsteuervorgewegausgleich hat der nächste Satzteil zu tun, der heißt:

„für einen Teil, höchstens jedoch für ein Viertel dieses Länderanteils, können durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, Ergänzungsanteile für die Länder vorgesehen werden, deren Einnahmen aus den Landessteuern ... unter dem Durchschnitt der Länder liegen;“

Genau das ist es.

(Christian Lindner [FDP]: Ja!)

Schon der pro Kopf gleiche Anteil ist eine Umverteilung, weil natürlich die Kaufkraft in Nordrhein-Westfalen höher ist als etwa in Ostdeutschland. Aber die Umverteilung steht im Grundgesetz, und die wollen wir, die wollten wir immer, die haben wir auch nie infrage gestellt. Nur, davon wird ein großer Teil weggenommen, der dann umverteilt wird. Das ist diese Umverteilung, und die kostet 2,5 Milliarden € gemessen an dem, was das Land bekäme, wenn der Einwohneranteil gleich wäre, den Sie für die Umverteilung halten.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Das ist der Punkt. Sie sind von völlig falschen Voraussetzungen ausgegangen. Ich kann Ihnen auch sagen, warum. Denn das Erste, was Sie sich überlegt haben – das war bei Ihnen beiden erkennbar, bei Herrn Laschet und bei Ihnen –, war: Sie haben zwei etwas kompliziert formulierende finanzpolitische Sprecher, die Ihnen offenbar etwas aufgeschrieben haben,

(Lachen von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

was bei Herrn Laschet beim Vorlesen sogar erhebliche Probleme gemacht hat. Es ist nicht ganz so einfach.

(Beifall von der SPD)

Ich will sagen, was Sie gemeinsam hatten. Herr Laschet hat sozusagen den Einflug noch besser hinkommen und hat gesagt: Es ist ein tolles Ergebnis für das Land, und es ist auch toll, dass wir jetzt eine Übersicht haben.

(Armin Laschet [CDU]: Genau!)

Aber bei Ihnen, Herr Lindner, war die erbärmliche Kleinredelei dessen, was für das Land erreicht wird, so stark im Vordergrund, dass Sie nicht in der Lage

waren, richtig zu interpretieren, was überhaupt die einzelnen Bestandteile sind.

(Beifall von der SPD – Christian Lindner [FDP]: Sie reden groß, ich rede klein!)

Ich kann Ihnen auch sagen: Ja, die Einbeziehung der kommunalen Finanzkraft kann ich auf dem Marktplatz erklären. Das Schlimme ist ja, dass ich Ihnen hier im Landtag erst mal was erklären muss.

(Heiterkeit – Christian Lindner [FDP]: So ist das im Parlament!)

Auf dem Marktplatz kann ich auch erklären, warum es richtig ist, dass die kommunale Finanzkraft mit einem höheren Gewicht einfließt, von mir aus gern mit 100 %. Natürlich! Aber fragen Sie doch einmal andere, die damit dann allerdings erhebliche Schwierigkeiten gehabt hätten!

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Für Nordrhein-Westfalen ist das für das Ergebnis ziemlich unerheblich. Wir könnten als Nordrhein-Westfalen damit leben, ob es 50, 75 oder 100 sind. Es sitzen andere auf der Wippe, die bei unterschiedlicher Einbeziehung hoch und runter gehen. Bei uns ist das in etwa der gleiche Wert. Deswegen kann ich nur feststellen: Der Kompromiss hierzu ist mir ziemlich egal, obwohl ich die Länder sehr gut verstehen kann, die sagen, auf der Grundlage der Finanzsituation unserer Gemeinden wäre eine höhere Einbeziehung richtiger gewesen. Aber mit diesem Punkt müssen sich andere auseinandersetzen.

Herr Lindner, Sie haben Ihre Kritik auf einer vollkommen falschen Grundlage aufgebaut.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

– Bei der ist es schon augenfällig geworden. Es kann jeder nachlesen, dass Sie schlicht und ergreifend gar nicht wussten, was der Umsatzsteuervorgewegausgleich ist.

(Beifall von der SPD – Widerspruch von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Wenn das heute dazu beiträgt, dass Sie es künftig wissen, dann sind wir schon ein ganzes Stück weiter.

(Lachen von der SPD und den GRÜNEN)

Es sind 1,5 Milliarden € weniger, die das Land anderen zur Verfügung stellt, und mehr für Dinge hat, die im Land zu regeln sind. Das ist ein enorm wichtiger Beitrag. Sie wissen, Herr Lindner, das ist nicht zu vergleichen mit der heutigen Situation, sondern zu vergleichen damit, dass die Länder im Jahr 2020 die Nullgrenze einzuhalten haben und dass von dann an 1,5 Milliarden € mehr eine erhebliche Sicherung einer nachhaltigen Einhaltung der Schuldenbremse bedeuten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es ist anders, als Sie das sehen mit dieser ewigen Aussage: Es gibt kein Einnahmeproblem, sondern nur ein Ausgabenproblem. – Denn auch nach 2020 werden eine Menge Aufgaben auf dieses Land zukommen, die notwendige Ausgaben mit sich bringen. Wenn Sie dann an dieser Stelle nicht gezwungen sind, einen so erheblichen Anteil aus dem nach Einwohnern gleichverteilten Umsatzsteueraufkommen an andere abzugeben, dann ist das eine ganz erhebliche Leistung.

Es ist übrigens eine Größenordnung, die immer in all den Modellen der letzten Monate, die wir gerne durchgesetzt hätten und am Ende auch mit durchgesetzt haben, zugrunde lag. Sie können, wenn Sie nach dem Königsteiner Schlüssel rechnen, sagen: „Ja, es gibt nach Einwohneranteilen Länder, die besser dastehen“, aber das ist nun einmal ein ureigener Teil eines Umverteilungsverfahrens. Wenn Sie Mittel nach dem Königsteiner Schlüssel umverteilen, dann brauchen Sie eigentlich gar nicht umzuverteilen. Dann sagen Sie doch einfach: „Wir nehmen es so, wie es die Umsatzsteuer gibt“, dann ist die Sache erledigt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es ist ja jetzt eines passiert, und zwar, dass Nordrhein-Westfalen mehr für sich behalten kann, weil es vorher zu Unrecht über die Umverteilung gezwungen war, quasi Ergänzungsleistungen des Landes für den Aufbau in Ostdeutschland zu zahlen, sodass die Mittel hier nicht zur Verfügung gestanden haben. Das wird jetzt korrigiert.

Es muss dann jemanden geben, der das, was die Länder des Ostens nicht mehr von Nordrhein-Westfalen, von Hessen und Bayern bekommen, auffängt. Das ist auch richtig so, denn es ist überhaupt nicht einzusehen, wieso gerade allen voran Nordrhein-Westfalen mit einem Drittel dieses Umverteilungsvolumens diesen Teil übernehmen soll, der die Gemeinschaft angeht.

Das wird jetzt vom Bund übernommen. Jetzt kann man darüber streiten, ob der Bund diese Kompensation bei den ostdeutschen Ländern kleiner oder größer hätte machen können. Die Kompensation fällt hoch aus. Damit sind die ostdeutschen Länder meines Erachtens sehr gut bedient.

Aber es ist keine Kompensation mehr, die am Ende aus dem nordrhein-westfälischen Landeshaushalt mit Verzicht zu bezahlen ist. Das ist doch eine entscheidende Größe.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN, Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und Ministerin Sylvia Löhrmann)

Deswegen ist es doch so, was ich häufiger angesprochen habe, dass Nordrhein-Westfalen als ein Land, das ein Fünftel der Wirtschafts- und Finanzkraft hat, in vielen Bereichen den Durchschnitt sehr prägt. Das heißt, dass das, was bei den anderen

verändert wird und zu einem Auf und Ab führt, bei uns ziemlich in der Mitte liegt. Das haben wir hier jetzt auch wieder. Deswegen waren auch diese einzelnen Berechnungen immer in der Größenordnung von 1,5 Milliarden.

Die Frage ist: Was ist jetzt bei den anderen? Wie bewerten sie, ob sie gut oder schlecht abgeschnitten haben?

Dass wir jetzt wirklich eine einzügige Berechnung haben, dass es nur noch einen Wert gibt, der zeigt, wir geben auch noch ab, aber deutlich weniger als in dem versteckten, nicht sichtbaren Teil vorher, ist schon in der Tat, Herr Laschet, auch PR-mäßig ein ganz wichtiger Punkt. PR – Standortmarketing für Nordrhein-Westfalen – ist eine verdammt wichtige Angelegenheit, denn ob das wirtschaftlich stärkste Land der Bundesrepublik in der Öffentlichkeit dargestellt wird, als wenn es am Tropf hängen würde, aber in Wirklichkeit zahlt, ist, finde ich, für jemanden, der mit Unternehmen über Ansiedlungen redet, ganz wichtig.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Allein die Tatsache, dass wir jetzt ungefähr 2,3 Milliarden € über den Umsatzsteuervorgangsgleich nach der Berechnung nach Köpfen, der dann abgezogen wird, zahlen und dass es 2019 schon 3,3 Milliarden € geworden wären, zeigt, dass diese Rechnung schief ist. Der Länderfinanzausgleich in der Korrekturstufe, der uns immer zur Last gelegt wird, wuchs und wuchs, gleichzeitig wuchs aber auch der Anteil der Umsatzsteuer, den wir abgegeben haben. Das war in der Öffentlichkeit natürlich ein schlechtes Bild.

Und auch das, Herr Laschet, was Sie angesprochen haben, dass sich die Zahlen über die Jahre verändert haben, ist nicht erst in der Regierungszeit dieser Koalition so, sondern das war vorher auch schon der Fall. Auch das große Minus dieser zweiten Korrekturstufe, das abgeführt wurde, wurde immer kleiner. Das war auch schon zu Ihrer Zeit so. Der Trend ist nicht umgekehrt worden, sondern er hat irgendwann die Nulllinie überschritten.

An diesem Punkt muss man arbeiten. Ich bin der Erste, der sagt: Ja, ich habe ein Interesse daran, dass wir noch viel genauer untersuchen müssen, in welchen Regionen dieses Land mindestens so stark ist wie Baden-Württemberg und Bayern. Wir müssen uns fragen, wie wir das weiter fördern können und was dort zu tun ist, wo die Daten schlechter aussehen. Da haben wir eine Menge Analysemöglichkeiten und Bedarf. Ich stehe dabei vollkommen an Ihrer Seite; das ist überhaupt keine Frage.

Aber das hat nichts damit zu tun, dass durch die Politik dieser Landesregierung irgendein Trend umgekehrt worden wäre. Dieses System hatte vielmehr eine Schiefelage, dieses System hätte uns, so wie es bisher ist, immer weiter an den Pranger gestellt, wir seien Empfängerland mit immer größeren Beträgen,

obwohl wir immer mehr in den dunklen Teil dieses Systems hätten abführen müssen. Jetzt stehen wir da und zahlen 250 Millionen am Anfang des nächsten Jahrzehnts, und das ist die einzige Größe, und die ist transparent. Das stellt eine erhebliche Verbesserung für das Land Nordrhein-Westfalen und seine Möglichkeiten der Finanzierung dar. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Ich möchte darauf hinweisen, dass die Landesregierung ihre Redezeit um 48 Sekunden überzogen hat.

Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Lindner das Wort. – Herr Kollege, bitte schön.

Christian Lindner (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Finanzminister, ich hätte mich in der ersten Runde gezügelt, wenn ich hätte ahnen können, wie dünnhäutig Sie auf Kritik an Ihrem Verhandlungsergebnis reagieren würden.

(Lachen und Zurufe von der SPD – Beifall von der FDP)

Ich wäre nachsichtiger gewesen. Man muss sich einmal überlegen, mit welchem „Megaerfolg“ Sie in den Landtag gekommen sind, und ein Redner der FDP-Opposition reicht aus, dass Sie so aus dem Leim gehen. So viel Selbstbewusstsein haben Sie durch den Kompromiss, den Sie erzielt haben, offensichtlich nicht gewonnen, Herr Finanzminister.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Vielleicht können Sie einmal über den Inhalt reden! Das wäre etwas Neues!)

Mit so viel Überzeugung haben Sie das hier offensichtlich nicht vertreten können.

(Beifall von der FDP)

Jetzt wollen wir eines festhalten, ohne dabei alles zu kommentieren, was Sie gesagt haben: Sie haben bei der Einbeziehung der kommunalen Finanzkraft – 64 % auf 75 % – eingeräumt, dass das ein Verhandlungsergebnis war. Sie sprachen von einer „Wippe“. Genau das werfe ich Ihnen vor. Das ist doch der Punkt.

(Zurufe von der SPD)

Die erste Stufe des Länderfinanzausgleichs, also der Teil, in dem das Aufkommen aus der Umsatzsteuer umverteilt wird, um 95 % der durchschnittlichen Finanzkraft aller Länder zu erzielen – auch wir machen unsere Hausaufgaben, Herr Finanzminister –, haben Sie kritisiert, weil sie nicht zum Finanzausgleich im engeren Sinne zählt, sprich: weil NRW in den Augen der Öffentlichkeit wie ein Empfängerland aussieht.

Genau da liegt der Punkt. Sie haben gesagt, Sie wollten nicht am Pranger stehen. Sie wollten nicht im dunklen Teil des Finanzausgleichs stehen, haben Sie hier gesagt.

(Minister Dr. Norbert Walter-Borjans: Nein!)

– Doch, das haben Sie hier eben gesagt. Das kann jeder nachlesen. – Ihnen ging es also um eine Prestigefrage. Ihnen ging es nicht um eine Veränderung des Systems, und damit haben Sie dem Land einen Bärendienst erwiesen.

(Beifall von der FDP – Achim Tüttenberg [SPD]: Wie wäre es mal mit Inhalt! – Weitere Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, Ihre Redezeit.

Christian Lindner (FDP): Ich komme zum Ende.

(Zurufe von der SPD)

Ich sage es ein zweites Mal: Sie haben diese Einigung zulasten des Bundes erzielt, und Sie haben sich mit dem Bund und den Ländern in ihrer Gesamtheit darauf verständigt, das Erheben des Solidaritätszuschlags über das Jahr 2019 hinaus zu verlängern. Am Ende zahlen die Bürgerinnen und Bürger für dieses kleine Mäuslein, das der Berg geboren hat, nachdem er gekreißt hatte.

(Beifall von der FDP – Achim Tüttenberg [SPD]: Vollkommen inhaltsleer! – Weitere Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die SPD-Fraktion hat sich der Kollege Römer zu Wort gemeldet.

Norbert Römer (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Lindner, Sie können auch mit einem solchen Ablenkungsmanöver nicht vertuschen, dass Sie von dieser Sache wirklich keine Ahnung haben.

(Beifall von der SPD)

Das hat der Finanzminister Ihnen in aller Deutlichkeit gesagt. Wenn Sie ein bisschen fair wären und ein bisschen Verständnis dafür hätten, dass man so etwas auch sportlich nehmen kann, dann hätten Sie sich für diesen Nachhilfeunterricht bedankt, Herr Kollege Lindner.

(Lachen von der FDP – Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Das, was Sie hier gerade abgeliefert haben, nämlich 1,9 Milliarden € Schulden bis zum Geht-nicht-Mehr aufzublasen und eine Ersparnis von 1,5 Milliarden € kleinzureden,

(Christian Lindner [FDP]: Schulden aufblasen machen Sie selbst!)

zeigt doch, worauf es Ihnen ankommt: zu täuschen, zu tricksen und die Leute hinter das Licht zu führen.

(Zurufe von der FDP: Oh!)

Herr Kollege Lindner, ich gebe Ihnen einen kostenlosen Rat: Nehmen Sie den ersten Teil Ihrer Rede und halten Sie ihn in Ostdeutschland vor Ihren Parteikolleginnen und -kollegen. Ich nehme an, Sie werden einen Riesenbeifall bekommen. Hier verfängt das nicht, Herr Kollege Lindner. Lassen Sie das sein. Wir lassen uns von Ihnen nicht beeindrucken. – Danke schön.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank. – Als Nächster hat sich noch der Kollege Mostofizadeh gemeldet, Fraktion der Grünen.

(Christian Lindner [FDP]: Schild und Schwert der Landesregierung!)

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann nahtlos an das anschließen, was Herr Römer gesagt hat. Sie brauchen mir gar nicht zuzuhören. Ich empfehle allen, einfach diese Sequenz zu nehmen – sie ist mit Sicherheit gleich auf YouTube oder im Landtagsfernsehen – und sich anzusehen, wie Herr Kollege Lindner den Umsatzsteuervorgang erklärt hat. Sehen Sie sich es an, machen Sie sich selbst ein Bild davon.

Der zweite Hinweis, den ich geben möchte: Herr Kollege Römer hat auf den Vergleich zwischen den 1,9 Milliarden € massiven Schulden – dem Untergang des Abendlandes im Landeshaushalt – und dem Mäuschen von 1,5 Milliarden €, das dieser Kompromiss jetzt bringt, hingewiesen. Es hätte nur noch gefehlt, dass er das geflügelte Wort von den „Peanuts“ in den Mund genommen hätte. Herzlichen Glückwunsch, Herr Lindner!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Für die CDU-Fraktion hat sich der Kollege Laschet gemeldet.

Armin Laschet (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Wortbeiträge des SPD-Fraktionsvorsitzenden und der Koalitionsredner haben zwischen Huldigung, Weihrauch und dem Beschimpfen der Opposition geschwankt, also so, wie Sie das immer machen.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

– Nein, Herr Römer, das ist der Sache nicht angemessen. Ihr Problem war mein Kritikpunkt, den der Finanzminister in seinem Wortbeitrag aufgegriffen hat, indem er gesagt hat: An der Frage müssen wir in der Tat weiterarbeiten. – Wir müssen nämlich daran arbeiten, dass im engeren Finanzausgleich die Zahlen zurückgegangen sind. Sie haben das jetzt so interpretiert, als ob das eine längere Kette wäre und nichts mit der Regierung zu tun hätte. Ich habe gesagt, es war in der Regierungszeit Rüttgers/Linssen anders und ist seit 2010 schlechter geworden. Das ist eine Frage, über die man diskutieren kann.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

– Herr Börschel, Sie können nicht darüber diskutieren, weil Sie als ehemaliger finanzpolitischer Sprecher sowieso glauben, alles besser zu wissen. – Dass wir in der Finanz- und Steuerkraft des Landes besser werden müssen und dass sich das nicht ändert, egal mit welchem Verteilssystem Sie am Ende rechnen, ist der Kern der Botschaft gewesen.

(Beifall von der CDU)

Deshalb kann ich mich doch hier hinstellen als jemand, der unsere gemeinsame Resolution mitgetragen hat, und sagen: Gut, dass das mit dem Umsatzsteuervorgang jetzt anders geregelt ist, gut, dass Nordrhein-Westfalen 1 Milliarde € mehr ab 2020 zur Verfügung haben wird.

So geht das aber in allen 16 Ländern. Alle 16 Ministerpräsidenten kehren zurück und sagen: grandioses Ergebnis. Es ist vielleicht Kern des Problems, das jetzt ein Bundesfinanzminister bei dem noch mitspielen muss, auf was sich die 16 geeinigt haben. Da werden wir auch gerne mithelfen, dass er das tut, soweit wir das als Oppositionsfraktion können.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Michele Marsching [PIRATEN]: Ein ganz kleines Problem!)

Verhandeln tut ja die Ministerpräsidentin. Wir werden das tun. Ungeachtet all dieser guten Ergebnisse von gestern, muss es doch unsere aller Aufgabe sein, zu sehen: Wo liegen wir in der Wirtschaftskraft hinten? Was machen wir an Gesetzen in der Landespolitik falsch, dass bei uns im Vergleich zum Durchschnitt der Länder das Wirtschaftswachstum geringer ist? Und wie kommen wir dazu, dass wir die Arbeitslosigkeit, die eine Folge mangelnder Arbeitsplätze ist, in Nordrhein-Westfalen bekämpfen? Das werden Sie in Zukunft auch an Indikatoren messen können. Diese Aufgabe wird über den gestrigen Tag hinaus bestehen bleiben.

Das ist der Kern unserer Botschaft zu dem, was gestern beschlossen worden ist. Wenn wir da einig wären, eine Menge Gesetze wegzubringen, die Wirtschaftskraft behindern, um zu mehr Steuerkraft

im Land zu kommen, dann wären wir in diesem Land einen großen Schritt weiter.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Laschet. – Nun liegen mir zum Tagesordnungspunkt 1 keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich schließe hiermit diese Debatte.

Wir kommen zu:

2 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/9300

Und:

Ergänzung
Drucksache 16/10150

Beschlussempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksachen 16/10500 bis 16/10507,
16/10509 bis 16/10516 und 16/10520

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/10388

zweite Lesung

Und:

Finanzplanung 2015 bis 2019 mit Finanzbericht 2016 des Landes Nordrhein-Westfalen

Drucksache 16/9301

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/10518

In Verbindung mit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2016 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2016 – GFG 2016) und zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/9302

Und:

Ergänzung
Drucksache 16/10150

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/10517

zweite Lesung

Die Veränderungen durch die im Haushalts- und Finanzausschuss gefassten Beschlüsse sind auch in den Veränderungsnachweisen entsprechend dargestellt.

Zur Erinnerung einige weitere Hinweise zum Ablauf der Beratungen: Das im Ältestenrat vereinbarte Beratungsverfahren mit der Reihenfolge der zu beratenden Einzelpläne und den vorgeschlagenen Redezeiten können Sie der Tagesordnung entnehmen.

Nach Beendigung der Aussprache über den Einzelplan erfolgt die Abstimmung über diesen Einzelplan, wie wir das auch gestern gemacht haben. Liegt ein Änderungsantrag zu einem Einzelplan vor, wird zunächst über diesen abgestimmt.

Heute nachzuholen ist noch die Einzelabstimmung über den Einzelplan 20. Heute ist auch noch über das Haushaltsgesetz zum Abschluss der zweiten von insgesamt drei Lesungen abzustimmen und auch zu entscheiden über die Rücküberweisung des Haushaltsgesetzes und des Gemeindefinanzierungsgesetzes.

Ein weiterer Hinweis: Zwischen 12:30 Uhr und 14 Uhr finden keine Abstimmungen statt.

Ich rufe auf:

Einzelplan 02

Ministerpräsidentin und Staatskanzlei

(Ministerpräsidentin und Staatskanzlei, Landesplanung, Europa und Eine Welt, Medien)

Ich verweise auf die **Beschlussempfehlung** und den **Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/10502**.

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Dr. Optendrenk das Wort.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich vertrete den erkrankten Kollegen Werner Jostmeier, von dem ich herzliche Grüße ausrichte, und möchte mit Blick auf die Situation im Einzelplan der Ministerpräsidentin drei Punkte aufgreifen.

Der erste Punkt hat zu tun mit dem, was wir eben auch gehört haben, nämlich mit der Frage: Geht es um die Substanz des Landes Nordrhein-Westfalen, oder geht es um Kaschieren? Sie haben die Diskussion um eine weitere Abteilungsleiterstelle im Landeshaushalt an der Stelle mit-

bekommen. 16 Monate vor der Landtagswahl lassen Sie jetzt die politische Katze aus dem Sack und greifen, wie man das aus früheren Zeiten von Ihnen kennt, wieder in die politische Trickkiste. Offensichtlich geht es hier darum, die politische Außendarstellung zu optimieren und möglichst rechtzeitig vor dem Wahljahr die Regierungs-PR-Maschine entsprechend in Gang zu setzen.

(Beifall von der CDU)

Die SPD hat eine lange Tradition in dieser Art von Regierungs-PR. Früher war das auch so üblich. Wir haben heute gesehen, dass man mit einer exzellenten Ausbildung als Regierungs-PR-Mensch auch heute noch als Finanzminister, als fröhlicher Fassadenpinsler tätig werden kann.

(Beifall von der CDU)

Wenn ich mir anschau, was dann im Gegenzug gemacht wird, dass gesagt wird, ja, wir wollen einfach nicht am Pranger stehen, dann hat man, glaube ich, das gesamte Denken damit gut erfasst. Offensichtlich geht es nicht um die Inhalte, um die Zukunft des Landes, um die Bürgerinnen und Bürger, sondern es geht um PR, um Außendarstellung. Es geht einfach nicht darum, was Ihre Aufgabe als Regierung wäre, nämlich Regieren im Sinne der Menschen in Nordrhein-Westfalen. Kümmern Sie sich doch einmal darum!

(Beifall von der CDU)

Die Koalition der Einladung, die wir ehemals hatten, die ja auch nur ein PR-Gag war, hat sich dann entschieden,

(Martin Börschel [SPD]: Na, na!)

lieber eine Koalition des Verschweigens und des Verkleisterns zu werden. Das sehen wir dann in der Art und Weise, wie Sie mit dem Thema der Ministergehälter umgegangen sind. Das ist schon ein dicker Bock, den Sie da geschossen haben.

(Beifall von der CDU)

Sie haben uns monatelang darüber im Unklaren gelassen, ob Sie den Mechanismus, der im Ministergesetz als Ankopplung an das Besoldungsgesetz des Landes besteht, nutzen wollen oder nicht. Als der Landtag dann das Besoldungsgesetz beschlossen hat, nachdem Sie meine Kleine Anfrage drei Wochen zu spät beantwortet haben, nachdem Sie keine Überlastungsanzeige gemacht haben, weil Sie keine Zeit hatten, sich mit dieser Kleinen Anfrage zu beschäftigen, unterschreibt der Innenminister am Abend, nachdem das Gesetz verabschiedet wurde: Ja, wir wollen es weitermachen. Wir nehmen uns mit 5,2 % einen schönen Schluck aus der Pulle. Das ist unredlich!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Und das wissen Sie ganz genau. Das, was der Finanzminister eben zum Thema „Kommunikation“

dargestellt hat, ist genau die gleiche Machart. Sie passt auch zu dem dritten Thema, nämlich zu den TatKraft-Tagen.

Wir wissen aus dem Berichterstattergespräch zum Einzelplan 02, an dem ich als Berichterstatter selbst teilgenommen habe, wie auch aus dem Hauptausschuss, dass es im nächsten Jahr wohl sechs TatKraft-Tage geben soll. Besonders geärgert hat mich, dass in diesem Jahr 78.000 € alleine dafür ausgegeben werden, wobei über 70.000 € nicht dazu dienen, dass die Ministerpräsidentin ein Praktikum macht, was ihr unbenommen ist und was ich vernünftig finde, dass sie sich vor Ort Dinge anschaut, sondern um Filmchen zu machen und um Leute zum Abendessen einzuladen und dafür die Einladungen zu verschicken. Das ist kein sorgsamer Umgang mit Steuergeld.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Da schließt sich der Kreis: Das ist die Fassadenpflege, die Sie im gesamten Haushalt finden. Sie versündigen sich an der Zukunft des Landes, indem Sie nur PR machen.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Optendrenk. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Warden.

Marion Warden (SPD): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Dr. Optendrenk, ich finde es schon beeindruckend, was Sie aus dem Einzelplan 02 ableiten, was die Politik der Landesregierung angeht, und welche Rückschlüsse Sie auf den Gesamthaushalt ziehen. Ich würde sagen: Wenn man über die Zukunft von NRW spricht, darf man sich nicht nur den Einzelplan 02 ansehen, sondern man muss sich das Gesamtwerk des Haushaltsplans ansehen. Das, meine ich, kann sich sehen lassen.

Wenn wir uns heute in der Einzelberatung mit dem Einzelplan 02 befassen, dann kann ich feststellen, dass es hier eigentlich nur einige wenige Veränderungen zum Vorjahr gibt, zum Beispiel bei den Kosten für eine Planstelle für einen IT-Beauftragten, und das ist Grundlage eines Staatsvertrages. Es gibt auch eine Veränderung bei der Aufgabenverlagerung. Eine Aufgabe, die bislang extern wahrgenommen wird, wird zurückgeführt als Ergebnis einer internen Organisationsuntersuchung, wonach sich die Kosten dadurch deutlich reduzieren würden.

Wichtig ist auch, dass die Zuschüsse an die Kirchen und die jüdischen Kultusgemeinden erhöht wurden. Als ein sehr wichtiges Signal an die Kirchen im Lande empfinde ich, dass sich im Haushaltsplan der Ministerpräsidentin die Verpflichtungsermächtigungen befinden für die Zuweisungen zur Durchführung

des Deutschen Katholikentages in Münster im Jahre 2018 von 1,6 Millionen € und zur Durchführung des Deutschen Evangelischen Kirchentages 2019 in Dortmund. Das sind Beträge und Aufwendungen, die ein wichtiges Signal geben an die Jugend in unserem Land, denn diese Katholikentage richten sich ganz besonders an junge Menschen und finden – nebenbei bemerkt – bundesweiten Zulauf. Gerade in schwierigen Tagen und Zeiten helfen sie, Menschen gleich welchen Alters Orientierung und Perspektive zu bieten.

Wir begrüßen – da sind wir anders aufgestellt als Sie – ausdrücklich die Fortführung der sogenannten TatKraft-Veranstaltungen durch unsere Ministerpräsidentin. Es ist nicht richtig, was Sie in der Presse verlauten ließen, dass es im kommenden Jahr eine Erhöhung auf sechs TatKraft-Tage geben wird, sondern die sind schon seit vielen Jahren genau in dieser Anzahl im Haushalt enthalten.

(Ralf Witzel [FDP]: Wie viele haben denn in den letzten Jahren tatsächlich stattgefunden?)

Sie sind aber aus verschiedenen Gründen in den letzten Jahren nicht durchgeführt worden, weil wir eine Haushaltssperre hatten und weil es eine sehr dichte Terminlage der Ministerpräsidentin gab. Das ist die Diskussion, die wir im Hauptausschuss intensiv geführt haben und die auch Gegenstand der Beantwortung der Landesregierung der Kleinen Anfrage der CDU-Fraktion ist.

(Ralf Witzel [FDP]: Zwei bis drei haben Sie bislang durchgeführt!)

– Aber veranschlagt waren immer sechs. Das ist so. Der Ansatz ist so vorgesehen. Ob der Ansatz dann ausgeschöpft wird, ist eine andere Sache. Es ist immer ein Unterschied: Was planen Sie, und was führen Sie am Ende aus?

Wir sind der Meinung, dass die Menschen wissen müssen, wofür die Landesregierung und wofür die Ministerpräsidentin steht. Dafür ist es wichtig, vor Ort zu sein und den Menschen zu zeigen, mit welchem Profil man arbeitet. Wenn sich die Ministerpräsidentin die Mühe macht, die Einrichtungen für Asylbewerber aufzusuchen, zum Beispiel in Bielefeld, um dort ein Praktikum zu machen, dann ist es auch wichtig, hinterher die Ergebnisse, die aus einem solchen Tag gewonnen werden, darzustellen.

Wichtig ist aber auch – das ist in Ihrer Darstellung, Dr. Optendrenk, gar nicht vorgekommen –, dass wir die KlimaExpo im Haushaltsplan der Ministerpräsidentin finden. Im Energieland Nummer eins setzen wir hier auf ein herausragendes Projekt. Unter dem Dach der KlimaExpo findet sich das gesamte Leistungsspektrum zum Klimaschutz. NRW setzt damit ein Zeichen als Fortschrittsmotor.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

So wurden zum Beispiel auf der Jahresveranstaltung im Juni letzten Jahres die besten technologischen und gesellschaftlichen Projekte öffentlich ausgezeichnet. Das ist ein ganz, ganz wichtiges Signal für den Klimaschutz.

Zusammenfassend möchte ich sagen, dass der Einzelplan 02 etwas höhere Ausgabenansätze aufweist, aber ansonsten mit 0,6 % eine nur sehr geringfügige Steigerung beinhaltet. Von daher können wir diesem Haushaltsplan und diesem Einzelplan zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Warden. – Für die FDP-Fraktion spricht der Kollege Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist jetzt nach den Vorreden nicht mehr die Zeit, im Klein-Klein nachzuhaken, zum Beispiel warum Gutachten mit 500.000 € angesetzt sind, obwohl nur 20 % davon ausgeschöpft werden, und warum es diese Einzelveranstaltungen gibt.

Meine Damen und Herren, die Rede meines Fraktionsvorsitzenden hat deutlich gemacht, worum es geht, nämlich um die Stärkung der Wirtschaftskraft, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und die haushalterische Konsolidierung. Er hat deutlich gemacht, dass die Schuldenbremse ab 2020 greift und dass wir hier etwas machen müssen.

Das spiegelt sich alles in diesem Haushalt nicht wider. Deswegen werden wir ihn bei aller Differenzierung hinsichtlich der Teile Medien, Europa und Landesplanung insgesamt ablehnen. – Danke schön.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Kollege Engstfeld.

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich einige Bemerkungen zu den Bereichen Ministerpräsidentin, Staatskanzlei, Europa und Medien mache, möchte ich doch gerne ein paar Worte an den Kollegen Optendrenk richten.

Der Kollege Optendrenk hat ja in seiner Rede drei Punkte kritisiert. Meine Vorrednerin Frau Warden hat schon einiges zu den TatKraft-Tagen gesagt. Ich möchte gerne etwas zur Steigerung der Gehälter im Kabinett sagen. Herr Optendrenk, ich mache es relativ kurz, aber ich sage Ihnen: Diese Ministerpräsidentin – und das gilt auch für die stellvertretende Ministerpräsidentin und für jedes Regierungsglied hier – ist jeden Euro wert. Jeden!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU und der FDP: Oh!)

Weil das so gut ankommt, gehe ich noch einen Schritt weiter und sage: Diese Landesregierung ist unbezahlbar.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Lachen bei der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Optendrenk zulassen?

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Nein. – Und es würde mich freuen, Herr Kollege Optendrenk, wenn Sie Ihr Echauffierungspotenzial vielleicht einmal an einer anderen Stelle einsetzen, wenn wir nämlich zum Beispiel über die Gehälter von Sparkassenchefs reden,

(Beifall von den GRÜNEN)

wenn Sie mit Ihren kommunalen Mandatsträgern einmal dorthin sehen würden. Die Gehälter einiger Chefs großer Sparkassen – ich denke an Köln und Düsseldorf – gehen mittlerweile stramm Richtung einer Million Euro pro Jahr. Damit verdienen diese Sparkassenchefs weitaus mehr als jeder Oberbürgermeister in diesem Land, weitaus mehr als die Ministerpräsidentin und auch weitaus mehr als die Bundeskanzlerin. Da muss man sich schon fragen – auch bei den Versorgungsansprüchen, die dahinter stehen –, ob das noch alles im richtigen Rahmen ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, würden Sie nun eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Optendrenk zulassen?

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Bitte.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Herr Kollege, herzlichen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Wären Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich im Kern kritisiert habe, dass es um Heimlichtuerei ging und dass ich nicht über die Höhe mit Ihnen diskutieren wollte?

(Beifall von der CDU)

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Das nehme ich gerne zur Kenntnis, bleibe aber bei meiner Aussage: Diese Landesregierung ist unbezahlbar, Herr Optendrenk.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich möchte gern noch etwas zum Einzelplan 02, zum Etat der Ministerpräsidentin sagen. Der Einzelplan 02 ist im Ganzen auf gleichem Niveau fortge-

schrieben worden wie in den vergangenen Jahren auch. Er ist wie auch im letzten Jahr, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Beispiel solider Haushaltspolitik.

Die Ministerpräsidentin und die Staatskanzlei sind sparsam unterwegs. Der Einzelplan spiegelt den verantwortungsvollen Umgang mit den finanziellen Ressourcen wieder und fügt sich so nahtlos ein in eine Linie, die den gesamten Haushalt kennzeichnet.

Im Einzelplan der Ministerpräsidentin wird erkennbar, dass die Landesregierung insbesondere den 70. Landesgeburtstag in den Blick genommen hat. Wir alle haben nächstes Jahr deswegen kräftig etwas zu feiern. Es ist nicht nur das Land, das 70. Geburtstag feiert, sondern – das darf ich, glaube ich, als lokaler Abgeordneter sagen – auch Düsseldorf feiert 70 Jahre Landeshauptstadt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich freue mich schon jetzt sehr auf das dreitägige Bürgerfest, das für den August angedacht ist. Ich denke, dass dabei Land und Stadt Hand in Hand gehen. Das wird bestimmt wunderbar.

Ich möchte kurz etwas zu Europa sagen. Da gibt es nichts zu feiern. Europa, genauer: die Europäische Union muss derzeit fünf Krisen bewältigen: die Ukraine-Krise, die Terrorkrise, die Situation der Flüchtlinge, die Situation in Griechenland und den Brexit, die Abstimmung in Großbritannien über die Europäische Union. Aller Voraussicht nach wird das nächste Jahr in Europa genauso schwierig sein wie dieses Jahr, wenn nicht sogar noch etwas schwieriger, wenn ich an diese Grexit-Debatte denke.

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist Europa derzeit eigentlich in einer Ausnahmesituation. Nordrhein-Westfalen, eine Region, die viel von der europäischen Integration profitiert hat, muss und wird sich 2016 in die europäischen Diskussions- und Entscheidungsprozesse positiv einbringen. Wir werden Anstöße zur Lösung der Probleme geben und Entwicklungen konstruktiv auf allen Ebenen begleiten, sei es durch unsere Landesvertretung in Brüssel, sei es durch die Landesvertretung in Berlin, sei es durch das Ministerium und die Staatskanzlei selber, sei es im Ausschuss der Regionen, wo der Kollege Töns und ich vertreten sind, oder sei es im Bundesrat oder in den unzähligen Gesprächen, die wir führen.

Ein Ziel steht dabei immer im Zentrum, nämlich die Schaffung einer immer enger werdenden politischen Union. Wir werden eine andere wichtige Aufgabe auch mit aller Kraft vorantreiben, nämlich wir werden weiterhin das Thema Europa ins Land hineintragen. Wir haben dazu gute Instrumente, zum Beispiel das Leitprogramm „Europaaktive Kommunen“, wo wir mittlerweile zum dritten Mal die Auszeichnung „Europaaktive Kommune“ vergeben haben, oder das Netzwerktreffen der europapolitischen Ak-

teure, die Europaschulen, die Europawoche oder auch viele andere Gespräche – auch regelmäßige Gespräche – mit den kommunalen Europabeauftragten oder mit den kommunalen Spitzenverbänden.

Alles in allem wird im Einzelplan 02 überrollt und fortgeschrieben. Ich denke, es ist richtig, dass wir in den heutigen Zeiten gerade den Dialog mit den Menschen vor Ort suchen und die Instrumente hierfür bereitstellen.

Meine Damen und Herren, auch im Bereich der Medienpolitik setzen wir im nächsten Jahr haushaltspolitisch die Schwerpunkte auf Medienbildung und Teilhabe. So fördern wir Freifunkprojekte mit rund 100.000 € für entsprechende Pilotprojekte, damit wir eine zukunftsfähige technische IT-Infrastruktur mit gewährleisten.

Digitale Bildung ist ein Megathema. Potenziale von Serious Games müssen stärker erschlossen werden. Wir wollen Formate wie das Netzpolitikcamp weiterführen, damit Austausch und Wissensvernetzung vorankommen.

Wir sichern mit der Erhöhung des Zuschusses für das Grimme-Institut, die bundesweit maßgebliche Einrichtung für Medienqualitätsbewertung und Medienbildung. Auch hier stellt die Digitalisierung neue Herausforderungen an die Arbeit dieses ältesten Medieninstitutes unserer Republik. Auch bei dieser Aufgabe stellt sich Nordrhein-Westfalen seiner medienpolitischen Verantwortung.

Dass von den erhöhten Einnahmen beim Rundfunkbeitrag auch unsere erfolgreiche Film- und Medienstiftung künftig weiter profitiert, unterstreicht die weitreichende Bedeutung dieses von uns auch im nächsten Jahr mit rund 10 Millionen € geförderten größten Filmförderinstituts.

NRW bleibt so auch 2016 mit rund 320.000 Arbeitsplätzen im Medien- und Kreativbereich einer der stärksten Medienstandorte in Europa.

Abschließend: Es ist in diesem Einzelplan wie im gesamten Haushalt gelungen, den Dreiklang aus Konsolidierung, besserer Ausstattung und Investitionen in unsere Zukunftsfelder abzusichern. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Engstfeld. – Für die Fraktion der Piraten spricht der Kollege Marsching.

Michele Marsching (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren auf der Tribüne und zu Hause! Zum Einzelplan 02 zu reden, ist immer schwierig. Da gibt es ja diese Dreiteilung zwischen Europa,

Medien und Staatskanzlei. Aber wir kriegen das irgendwie hin.

Ich möchte ganz kurz auf die Themen eingehen, die gerade schon angesprochen wurden. Hauptsächlich möchte ich auf zwei Punkte eingehen.

Erstens: die „TatKraft“-Tage. Wie Sie wissen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, wir treiben die Sau jetzt wirklich zum x-ten Mal durchs Dorf. Ich möchte gar nicht mit gewissen Tagungen in Steigenberger Hotels kommen, sondern ich möchte Ihnen nur sagen: Jedes Mal, wenn Sie diese „TatKraft“-Tage hier aufrufen – jedes Mal –, geht es um eine relativ geringe Summe, mit der Sie nichts gegenfinanzieren können. Damit schaffen Sie es auch nicht, die Ministerpräsidentin bloßzustellen. Das soll kein großes Lob für die „TatKraft“-Tage der Ministerpräsidentin sein, sondern darauf hinweisen, dass es andere Punkte gibt, an denen man besser Kritik üben könnte.

(Zuruf von der CDU: Mach mal!)

– Ja, mach ich! – Ich greife einen Punkt heraus. Das wird schwierig für Sie.

(Lachen von der CDU)

Denn die Zuweisungen von insgesamt über 5 Millionen € für die Kirchentage sehen wir als Piratenfraktion kritisch.

(Zuruf von der CDU)

Ich habe nachgefragt, wie es mit der Kostenquote aussieht. Was gibt das Land dafür aus, und wie ist der Zusammenhang zwischen den Zuweisungen des Landes und dem, was die Städte – namentlich Münster für 2018, Dortmund für 2019 – für die Kirchentage bezahlen? – Da werden wir auf jeden Fall dranbleiben und noch mal nachfragen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Da geht es um ungefähr zwanzigmal so viel Geld.

Man kann verschiedene Schwerpunkte setzen. Wir haben diesen Schwerpunkt ausgewählt und werden beim nächsten Einzelplan 02 darauf gucken, wie wir das auch bei dem Einzelplan 02 für 2016 getan haben. Bei diesem Punkt muss man tatsächlich den Finger in die Wunde legen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Marsching. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Lersch-Mense.

Franz-Josef Lersch-Mense, Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Es war schon interessant, dass die Redner der Opposition so gut wie gar nichts zum Einzelplan 02 und seinen Schwerpunkten gesagt haben. Statt-

dessen sind wieder allgemeinpolitische Angriffe formuliert worden: in einer pauschalen Form – Herr Dr. Optendrenk, nehmen Sie es mir nicht übel –, die nur schwer nachvollziehbar ist.

Wenn Sie der Landesregierung Heimlichtuerei bei den Ministergehältern vorwerfen, wundert mich das bei einem haushaltspolitischen Sprecher einer großen Fraktion. Denn jedes Ministergehalt ist bis auf die letzte Stelle hinter dem Komma im Einzelplan 20 nachzulesen. Insofern hätten Sie jede Gelegenheit gehabt, genau zu sehen, wie viel Minister verdienen. Sie kritisieren ja, wie Sie sagen, nicht die Höhe, sondern die Heimlichtuerei. Aber wo die Heimlichtuerei liegen soll, wenn die Ministergehälter im Einzelplan 20 auf Punkt und Komma ausgewiesen sind, müssen Sie erst einmal erklären.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie wissen auch, dass im Ministergesetz eine Koppelung der Ministerbezüge an die Besoldungsgruppe B 11 der Beamtenbesoldung steht. Wenn Sie das kritisieren wollen, sollten Sie aufstehen und sagen, Sie wollen das Ministergesetz ändern, oder einen entsprechenden Antrag stellen. Aber der ist von Ihrer Seite bisher nicht gestellt worden, sodass mir nicht ganz klar ist, worauf sich Ihre Kritik bezieht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, dass so wenig zum Einzelplan gesagt wurde, liegt wohl auch daran, dass dieser Einzelplan grundsollide finanziert ist. Wir haben eine Steigerungsrate von 0,6 %. Man könnte annehmen, das ist in etwa die Inflationsrate. Wir haben aber keineswegs alle Ansätze entsprechend erhöht, sondern, wie Sie wissen, die Tarif- und Besoldungserhöhung ist schon so erheblich und mit einem Drittel des Ausgabevolumens unseres Einzelplans auch relevant für den Einzelplan, dass die Erhöhung des Gesamteinzelplans nahezu ausschließlich auf die Tarif- und Besoldungserhöhung zurückgeht.

Auch was die Personalausgaben und die Neuorganisation unseres Hauses angeht, darf ich Ihnen, Herr Dr. Optendrenk, den Hinweis geben: Alle Neuorganisationsmaßnahmen in der Staatskanzlei einschließlich der neuen Abteilungsleitung im LPA erfolgen stellenneutral, also ohne Haushaltsmehrbelastung. Insofern geht Ihre Kritik ins Leere.

Wenn Sie nun behaupten, das sei ein weiteres Indiz dafür, dass es in diesem Einzelplan ausschließlich, wie Sie es formuliert haben, um PR geht, erlaube ich mir folgenden Hinweis: Schauen Sie sich bitte einmal an, wie sich die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit, für Repräsentationen und Veranstaltungen in den letzten Jahren entwickelt haben! Im Jahre 2009, also in einem vergleichbaren Vorwahlkampfjahr, waren in Ihrer Regierungszeit in diesem Haushaltstitel zuletzt 4,3 Millionen veranschlagt. 2016 beträgt der Ansatz 3,2 Millionen, also 1 Million weniger als zu Ihrer Regierungszeit oder 25 % we-

niger – trotz Preissteigerung. Ich glaube, das ist eine vorbildlich zurückhaltende Öffentlichkeitsarbeit. Deshalb geht auch Ihr Vorwurf „nur PR“ völlig ins Leere.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie haben zum wiederholten Male die „TatKraft“-Veranstaltungen angesprochen. Sie haben den Sachzusammenhang auch hier falsch dargestellt. In allen Haushaltsjahren der Vergangenheit sind immer sechs Veranstaltungen zugrunde gelegt worden. In diesem Jahr haben unter anderem wegen der drängenden Probleme im Bereich der Flüchtlingsentwicklung weniger „TatKraft“-Veranstaltungen stattgefunden. Das war der Terminlage geschuldet. Ich will nicht ausschließen, dass das im nächsten Jahr wieder der Fall sein könnte. Aber der entsprechende Haushaltstitel dient ja – darauf ist schon hingewiesen worden – nicht nur der Finanzierung von „TatKraft“-Veranstaltungen, sondern auch von vielen repräsentativen Veranstaltungen. Deshalb ist es gut, dass er auskömmlich ausgestattet ist.

Meine Damen und Herren, ich will noch kurz auf einige politische Schwerpunkte des Einzelplans eingehen. Lassen Sie mich an erster Stelle den Bereich „Klimaschutz und Energiewende“ erwähnen. Wir haben mit der Jahresveranstaltung zur Klima-Expo am 19. Juni in Köln ein deutliches Zeichen gesetzt, dass die Landesregierung den Klimaschutz ernst nimmt und konkrete Projekte in diesem Bereich auszeichnet. In den vier Themenwelten „Energie neu denken“, „Ressourcen schonen“, „Mobilität gestalten“, „Quartiere entwickeln“ sind die besten Projekte in Nordrhein-Westfalen ausgezeichnet worden.

Wir wollen das auch weiterhin machen sowie breites und bürgerschaftliches Engagement für den Klimaschutz würdigen.

Meine Damen und Herren, mehr als ein Viertel der Mittel unseres Einzelplans entfällt auf die Leistungen an Kirchen und Religionsgemeinschaften. Dieses Kapitel enthält – Herr Marsching hat es kritisiert – zwei neue Ausgabetitel: Verpflichtungsermächtigungen für Zuschüsse an die katholische und evangelische Kirche, um in 2018 und 2019 den Katholikentag in Münster und den Evangelischen Kirchentag in Dortmund unterstützen zu können.

Ich will ausdrücklich sagen: Ich bin den Fraktionen, die diesen Ansatz unterstützen, ausgesprochen dankbar für diese Unterstützung, freue mich, dass wir als Landesregierung wie schon in der Vergangenheit diese bedeutenden Großveranstaltungen der großen christlichen Kirchen unterstützen können und danke, dass wir dafür eine große Mehrheit in diesem Landtag haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN –
Vereinzelt Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich auf einen Punkt hinweisen, weil er im Zusammenhang mit der Diskussion um den Standort Bonn und das Berlin/Bonn-Gesetz von Bedeutung ist: Wir wollen mit diesem Haushalt unterstreichen, dass wir den internationalen Standort Bonn weiterhin unterstützen.

Wir haben vorgeschlagen – ich freue mich, dass auch das mitgetragen wird –, dass wir die Verhandlungen zur Veräußerung unserer ehemaligen Landesvertretungsliegenschaft in Bonn auch dadurch unterstützen können, dass ermöglicht wird, dies ohne öffentliches Ausschreibungsverfahren auf der Basis eines entsprechenden Wertgutachtens tun zu können. Dazu bedarf es einer Ermächtigung durch den Haushaltsgesetzgeber. Das ist im Haushaltsentwurf so vorgesehen. Auch dafür danken wir.

Wir glauben, dass dies ein wichtiges Element sein wird, den internationalen Standort, den UN-Campus in Bonn zu stärken und damit unseren internationalen Verpflichtungen in diesem Bereich nachzukommen. Ich bin optimistisch, dass das auch andere, insbesondere die zuständigen Bundesressorts und die Bundesregierung weiterhin tun werden.

Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren, für die Aufmerksamkeit und freue mich auf die weitere Debatte. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister Lersch-Mense. – Nun hat für die CDU-Fraktion zu einem anderen Abschnitt dieses Einzelplans der Abgeordnete Dr. Bergmann das Wort.

Dr. Günther Bergmann (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Der Einzelplan 02 umfasst auch die Landesplanung. Dass ein zweiter Entwurf nicht unbedingt ein großer Wurf sein muss, beweist der zweite Entwurf des LEP.

Die vielen Einwände der Beteiligten wurden aus Sicht der CDU unzureichend gehört und berücksichtigt. Das, finde ich, ist noch nett formuliert, denn man könnte sagen: Sie wollen wohl die Leute in Teilen veräppeln. Da wird laut getönt, der umstrittene Klimaschutzplan sei im Interesse der Wirtschaft aus dem LEP gestrichen worden. Dabei wird aber vergessen zu erwähnen, dass die Ziele nur auf die Regionalebenen weggedrückt wurden, also der Wirtschaft in jedem Fall das Leben erschweren werden.

Auch der restriktive Ansatz bei der Fläche steht wegen der landeseinheitlichen Berechnungsmethode weiter in der Kritik. Die Herunterstufung des Fünf-Hektar-Ziels zum Grundsatz bleibt also reine redaktionelle Kosmetik.

Sie schaffen starre Grundlagen, die nicht nur, aber auch angesichts der aktuellen Lage auf dem Wohnungsmarkt weder Kommunen noch Bezirken noch

dem Land helfen werden, da jetzt schnelles flexibles Handeln angesagt ist und nicht dogmatische Starre.

(Beifall von der CDU)

Und – Premiere –: Inzwischen hat auch die Unlogik in den zweiten LEP-Entwurf Einzug gehalten. Ein Beispiel dafür: Da streichen Sie die gerade zur Aktualisierung anstehende und von Herrn Minister Groschek zu bearbeitende und für die Erweiterungsplanung so wichtige Hafen- und Logistikkonzeption, während Sie das völlig veraltete Luftverkehrskonzept schön als Bezug im LEP belassen.

Dabei basiert das Konzept auf fast 20 Jahre alten Daten mit der Folge: Beim drittgrößten Passagierflughafen in Nordrhein-Westfalen – das ist der Flughafen Weeze/Laarbruch – handelt es sich bei Ihnen somit weiter um ein Konversionsprojekt. Der häufig im Ausschuss erfolgte Hinweis auf die Regionalbedeutsamkeit des Flughafens und dass sich daran nichts ändern werde, stimmt so nicht, da Weeze beim letzten LEP „nur“ Konversionsprojekt war und nun durch Einbau des veralteten Konzeptes auch bliebe. – Das ist völlig an den Fakten, den Realitäten und am Heute vorbei.

Ich erneuere überdies meine Kritik, dass Euregios und Entwicklungen entlang der nordrhein-westfälischen/niederländischen Grenze im LEP nicht gespiegelt werden. Das Wort „Euregio“ kommt gar nicht vor, obwohl diese Regionen viele Chancen für Nordrhein-Westfalen eröffnen.

(Beifall von der CDU und Dietmar Brockes [FDP])

Wann nehmen Sie endlich diese Realitäten zur Kenntnis? Wir meinen, dass eine Generalüberholung nötig ist, um aus dem LEP nicht wie befürchtet einen Verhinderungsplan, sondern doch noch einen Entwicklungsplan zu machen. Schade, dass unnötigerweise viel Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen aufs Spiel gesetzt wird.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die Haushaltsansätze für den LEP summieren sich 2013 auf inzwischen mehr als 3 Millionen €. Wir meinen: Für so viel Geld muss endlich auch mal etwas Ordentliches geliefert werden.

Wir von der CDU sind gespannt, wie sich die weiteren Beratungen dazu im Ausschuss darstellen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und Dietmar Brockes [FDP])

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Dr. Bergmann. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Thiel.

Rainer Christian Thiel (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kol-

legen! Herr Dr. Bergmann, wer sich wie Sie hierhin stellt und sagt: „Es ist doch völlig egal, ob etwas ein Ziel oder ein Grundsatz ist“,

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Habe ich nicht gesagt!)

macht deutlich, dass er die Grundprinzipien der Landesplanung nicht verstanden hat.

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Wann habe ich das denn gesagt?)

– Das haben Sie eben gesagt.

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Stimmt nicht!)

Ob es ein Grundsatz oder ein Ziel ist, sei banal, wir würden damit nur etwas wegwischen. – Es ist nicht banal! Es gehört zum Wesen der Landesplanung, zwischen Zielen und Grundsätzen zu unterscheiden und damit Bedeutungen festzulegen. Das ist eben nicht, wie Sie sagen, banal. Sie machen damit nur deutlich, dass Sie das innere Wirken des Landesentwicklungsplanes nicht verstehen oder nicht verstehen wollen, was letztlich aufs Gleiche hinausläuft und deswegen auch egal ist.

(Thorsten Schick [CDU]: Sie haben ein Grundsätzlichkeitsproblem!)

Landesplanung ist eine wichtige Aufgabe der Landesregierung. Daher ist sie zu Recht bei der Staatskanzlei angesiedelt. Ich meine, sie befindet sich bei der Staatskanzlei auch in guten Händen.

Schwarz-Gelb hat seinerzeit keinen Landesentwicklungsplan zustande gebracht. Die jetzige Landesregierung hat – 2013 war der Kabinettsbeschluss – bereits einen LEP auf den Weg gebracht. Er hat ein umfangreiches Beteiligungsverfahren hinter sich und wurde dabei nicht – wie Sie sagten – zerrissen, sondern das Beteiligungsverfahren hat gute Anregungen gebracht, die eingearbeitet wurden. Das ist nun einmal der Sinn und Zweck von Beteiligungsverfahren. So arbeitet diese Landesregierung; sie nimmt Vernünftiges auf.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Zum Vernünftigen gehört auch, dass das 5-Hektar-Ziel Grundsatz geworden ist, weil man damit einen ausgewogenen Weg zur bedarfsgerechten Versorgung mit Flächen für Siedlung und Wirtschaft erreichen kann. Das wird auch aufgezeigt.

Die Verbindung zum Klimaschutzplan NRW ist zu Recht herausgenommen worden. Gerade Sie haben das immer kritisiert. Jetzt sagen Sie, dass sei banal. Ich kann das nicht nachvollziehen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Aber „banal“ hat keiner gesagt, Herr Thiel!)

Der LEP ist in geänderter Fassung in ein zweites Beteiligungsverfahren gegangen. Bis zum 15. Januar 2016 erfolgen Stellungnahmen.

Aktuell wird zum LEP oft die Frage gestellt, ob er den Herausforderungen der Flüchtlingssituation gerecht werden könne. Man kann schon jetzt sagen, dass auch der überarbeitete Entwurf des LEP in der Grundkonstruktion robust ist und auf die veränderte Bevölkerungsentwicklung reagiert. Es geht um bedarfsgerechte Wohnbauflächen und Wirtschaftsflächen.

In NRW gibt es erhebliche Wohnbauflächenpotenziale. Diese gilt es nun zu realisieren. Das Land unterstützt dabei unsere Kommunen zum Beispiel durch den Grundstücksgipfel, den Wohnungsbauminister Groschek bereits initiiert hat. Zusammen mit den Kommunen sucht er jetzt Wege, das Bauland zum Zwecke des Wohnungsbau und des Siedlungsbaus zu mobilisieren.

Da sind wir auf einem guten Weg. Der LEP hilft uns dabei. Er ist so angelegt, dass er den Gelegenheiten, Gegebenheit und Herausforderungen der Region Nordrhein-Westfalen bei der aktuellen Flüchtlingssituation, bei den Klimaschutz- und Klimafolgeanpassungen und bei der Entwicklung unserer Metropolregion gerecht wird. Zur Entwicklung unserer Metropolregionen haben Sie gar nichts gesagt. Der LEP hat bedeutende Rahmenbedingungen ermöglicht, damit sich die Metropolregion Rhein-Ruhr entwickeln kann; das war Ihnen und auch uns immer ein großes Anliegen.

Auch das Rheinland macht sie auf den Weg und entwickelt seine Metropolstrukturen. Auch bei der Sicherung der regionalen Vielfalt und Identität bietet der LEP hervorragende Rahmenbedingungen.

Es geht also um ein starkes und zukunftsorientiertes Nordrhein-Westfalen. Es geht um einen guten LEP. Es geht um die gute Arbeit der Staatskanzlei. – Wir empfehlen Zustimmung.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Thiel. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kollege Thiel, ich habe den Kollegen Herrn Dr. Bergmann hinsichtlich der Grundsätze und Ziele – darauf achte ich auch immer sehr – anders verstanden als Sie.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Richtig in Ihrer Darstellung, die Sie eben vorgenommen haben, ist, dass Sie das Umweltministerium zum Thema „LEP und Flüchtlingsproblematik“ richtig zitiert haben. Das ist in Ordnung.

(Vereinzelt Lachen von der CDU)

Meine Damen und Herren, Landesplanung ist zusammenfassend, übergreifend und übergemeind-

lich. Sie muss langfristig orientiert sein. Deswegen gilt es, Flexibilität einzuführen und zu verstärken.

Herr Lersch-Mense, Verwaltung und Politik haben eines gemeinsam: Wir sind nicht nur dafür verantwortlich, dass das, was wir sagen, richtig ist. Wir müssen auch sicherstellen, dass es vor Ort richtig aufgefasst und umgesetzt wird. Damit haben wir beim vorliegenden LEP ein zentrales Problem.

Genug graswurzelsuchende Ideologen mit missionarischem Tunnelblick missverstehen den LEP bewusst als Verhinderungsinstrument. Das ist uns bekannt. Darauf muss die Landesregierung in ihrem Entwurf auch reagieren. Das muss klargestellt werden.

Wir haben die Flächenmonstranz. Präsident Uhlenberg hat damals als Umweltminister zusammen mit uns eine Allianz für die Fläche in NRW gegründet. Wir haben versucht, bewusst zu machen: Vorsicht beim Flächenverbrauch und bei der Flächennutzung!

Deswegen ist es für mich vom Grundsatz her nachvollziehbar, dass sich die Allianz für die Fläche in NRW unter einem anderen Titel im LEP widerfindet. Damit kann ich leben.

Aber zum 5-Hektar-Ziel müssen wir sagen: Was bedeutet Versiegelung? Ich mach es immer an einem Beispiel fest. Ein Grundstück ist 1.000 m² groß. Die Grundfläche eines Hauses darauf soll 100 m² betragen. Daraus folgt, dass hier 1.000 m² berechnet werden, obwohl nur 100 m² versiegelt werden.

(Beifall von der FDP und der CDU – Rainer Christian Thiel [SPD]: Grundsätzlich!)

Das ist eine Monstranz. So wird man in Wirklichkeit verfahren.

Wer über Flächen redet, muss sich auch über Folgendes klarwerden: Belasten die Siedlungsflächen den ländlichen Raum, die Flächen für die landwirtschaftliche Produktion? Es gibt auch noch andere Flächennutzungen: Ausgleichs- und Ersatzflächen. Es gibt Flächen, auf denen nachwachsende Rohstoffe angebaut werden. Ich nenne hierzu nur die Stichworte Mais und Biogas. Das treibt doch die Pachtpreise in die Höhe. Das führt doch zu Problemen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das alles müssen wir deutlicher machen.

Es ist schlimm, wenn der vorliegende Landesentwicklungsplan, der möglichst konsensual erstellt werden sollte, vor Ort bewusst missinterpretiert wird.

Mein Architekt muss sechs Wochen lang mit einer unteren Landschaftsbehörde diskutieren, warum die Familie Ellerbrock ein Haus mit einer Grundfläche von 140 m² bauen will. Der Landesentwicklungsplan habe doch das Ziel der Flächeneinsparung; die Fa-

milie Ellerbrock komme doch auch mit einer Grundfläche von 100 m² aus.

(Beifall von der FDP)

Das steht nicht im Landesentwicklungsplan, Herr Lersch-Mense, aber so wird dieser interpretiert. Dem müssen wir klar entgegenwirken.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, die Finanzmittel sind fortgeschrieben worden; wer die Damen und Herren der Landesplanung, die daran arbeiten, kennt, der weiß, dass sie es vernünftig machen. Sie arbeiten kostenbewusst. Daran, wie die Titel dargestellt sind, habe ich nichts zu meckern. – Danke schön.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir erleben in diesen Tagen, dass die Welt immer enger zusammenrückt. Täglich suchen viele Menschen bei uns Schutz. Auch daran wird überdeutlich, wie eng wir im globalen Dorf miteinander verbunden sind. Wir wissen, dass unser Lebensstil in den reichen Ländern und unsere wirtschafts- und außenpolitischen Entscheidungen einen starken Einfluss auf die Lebenssituation in anderen Ländern haben. Umgekehrt ist es so, dass die Entwicklungen vor allem in den armen Ländern und den Schwellenländern Rückwirkungen auf uns haben. Wir sehen das im Moment besonders deutlich an den Flüchtlingszahlen.

Die Ursachen für Migration und Flucht liegen in Krieg und Verfolgung, aber auch in den enormen Einkommensunterschieden zwischen reichen und armen Ländern. Dazu kommt, dass weltweit schätzungsweise 40 Millionen Menschen allein aufgrund des Klimawandels auf der Flucht sind, weil dieser ihnen ihre Lebensgrundlagen entzieht.

Meine Damen und Herren, NRW nimmt angesichts dieser Situation bzw. dieser globalen Verflochtenheit seine globale Verantwortung wahr. Das zeigt sich sehr deutlich an unserer Haushaltsgestaltung. Wir werden in diesem Bereich auch weiterhin über die Zuwendungen an die GIZ Projekte in Entwicklungs- und Schwellenländern direkt fördern. Um nur ein Beispiel herauszugreifen: Die GIZ fördert eine Universität in Kumasi. Dort soll das Kompetenzzentrum für erneuerbare Energien und Ressourcenschutz ausgebaut werden. Damit fördern wir unmittelbar die Entwicklung vor Ort.

Wir werden weiterhin in Projekte von NRW-Nichtregierungsorganisationen investieren, die wir in Kooperation mit anderen NGOs in unseren Partnerländern haben. Diese Investitionen werden, orien-

tiert an unserer Eine-Welt-Strategie, vor allen Dingen in die Bereiche Bildung, Umwelt, Ressourcenschutz, Gesundheit und Frauenförderung gehen.

Meine Damen und Herren, Aufgabe der Bundesländer in diesem Bereich ist vor allen Dingen die entwicklungspolitische Bildungs- und Vernetzungsarbeit. Das tun wir hier in Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit dem Eine Welt Netz NRW – und natürlich vor allen Dingen mit dem NRW-Promotorinnenprogramm. Dieses Programm hat bundesweit einen hervorragenden Ruf. Wir können stolz darauf sein, dass es als Blaupause bzw. Vorbild für die Einführung eines bundesweiten Promotorinnenprogramms dient. Weil das so ist und weil die Promotorinnen so gut und segensreich arbeiten, wollen wir dieses Programm auch weiter stärken.

Wir haben als rot-grüne Koalition einen Antrag vorgelegt, den jetzt mit 1 Million € im Haushalt festgeschriebenen Ansatz um weitere 120.000 € zu erhöhen, damit nicht nur die Weiterführung des Programms möglich ist, sondern auch seine Erweiterung auf den Weg gebracht werden kann.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Zum Beispiel soll damit eine neue Regionalstelle für die Region Bonn finanziert werden. Diese Erhöhung soll ferner dazu dienen, faire Löhne für gute Arbeit der Promotorinnen zu gewährleisten.

Insgesamt bedeutet das eine Stärkung der entwicklungspolitischen Zivilgesellschaft mit ihren vielen Tausend ehrenamtlich Engagierten. Diese Ehrenamtlichen wollen wir qualitativ und quantitativ noch besser unterstützen. Genau das leistet der Ausbau des Promotorinnenprogramms.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wichtige Säulen entwicklungspolitischer Arbeit sind auch Forschung und Beratung. Wir können stolz darauf sein, dass wir hier in Nordrhein-Westfalen, nämlich in Bonn, das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik haben. Aus meiner Sicht ist es einer der besten Thinktanks in diesem Bereich. Wir finanzieren das diesmal nicht aus Mitteln dieses Haushaltsplans, sondern aus Mitteln des Einzelplans 06. Da ist es als wissenschaftliches Institut auch besser eingeordnet. Das ist aber eine für unsere Eine-Welt-Arbeit notwendige und sehr vernünftige Investition.

(Beifall von den GRÜNEN)

Last, but not least haben wir im Juni dieses Jahres insgesamt für die Landesregierung die Implementierung der globalen Nachhaltigkeitsziele durch die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen. Ich glaube, damit sind wir gemeinsam mit der Landesregierung auf einem sehr guten Weg; denn die Eine-Welt-Politik wird dann wirksam, wenn sie als Querschnittsaufgabe in allen Ressorts umgesetzt wird. Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung sind gerade die Bereiche Klima-, Wirtschafts- und Energiepolitik relevant.

Damit komme ich, liebe Kolleginnen und Kollegen, zu einem anderen Haushaltsabschnitt, nämlich dem Landesentwicklungsplan. Das Wichtigste vorab – wir haben das schon gehört –: Der Haushaltsansatz in unserem Einzelplan 02 bleibt für den Bereich Landesplanung gegenüber 2015 unverändert. Die momentan stattfindende zweite Phase der Träger- und Öffentlichkeitsbeteiligung läuft noch bis Mitte Januar 2016. Anschließend wird die Staatskanzlei die Auswertung vorlegen. Wir werden diese Auswertung dann hier, wenn alles gut läuft, bis zur Sommerpause 2016 bewerten. Dann kann der LEP als Rechtsverordnung von diesem Haus beschlossen werden.

Ich freue mich gemeinsam mit meiner Fraktion über einige markante Änderungen gegenüber der Ursprungsversion. So wurde ein eigenes Unterkapitel „Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung ermöglichen“ eingefügt. Damit wurde die Bedeutung der räumlichen Entwicklung für einen attraktiven Wirtschaftsstandort hervorgehoben.

Ebenso erfreulich ist, dass wir als Nordrhein-Westfalen – übrigens als erstes Bundesland – Fracking ausschließen. Diese unverantwortliche Technologie wollen wir hier in Nordrhein-Westfalen nicht.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das haben wir im LEP jetzt auch so festgelegt. Dieses Ziel wurde übrigens in ganz vielen Kommunen fraktionsübergreifend durch Ratsbeschlüsse eingefordert. Damit haben wir auch die Unterstützung für kein Fracking in Nordrhein-Westfalen aus dem kommunalen Raum.

Ein wichtiger Punkt ist auch, dass der Nationalpark Senne dort nun festgeschrieben ist. Darüber freuen wir uns sehr.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das wird ein ganz wichtiger Impuls für die Region sein. Ich glaube, dies ist ein wichtiger Schritt nach vorne, um die Region dort weiterzuentwickeln und in diesem Bereich Naturschutz und nachhaltige Bildung zu gewährleisten.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Entwurf des LEP eine qualifizierte Fortschreibung der räumlichen Zielsetzung ermöglicht und den Kommunen im Rahmen ihrer Planungshoheit größere Spielräume gewährt.

Meine Damen und Herren, das Prinzip „Global denken, lokal handeln – Verantwortung für die Eine Welt übernehmen“ zeigt sich in diesem Haushalt. Das tun wir hier in Nordrhein-Westfalen. Das ist gut für die Menschen in Nordrhein-Westfalen und für die Menschen in den Entwicklungs- und Schwellenländern. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Asch. – Für die Piratenfraktion spricht jetzt Herr Lamla.

Lukas Lamla¹⁾ (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Zuschauer hier und zu Hause! Der Medienhaushalt macht mit seinen insgesamt ca. 20 Millionen € auch weiterhin einen verschwindend geringen Anteil am Gesamthaushalt aus. Nach wie vor geht das meiste aus diesem Topf an die Film- und Medienstiftung NRW und an das Grimme-Institut, nämlich insgesamt mehr als drei Viertel der veranschlagten 20 Millionen €.

Viel bleibt also auch im kommenden Jahr nicht für die Landesregierung übrig, um die dringend notwendigen und im Übrigen auch selbst gesteckten Ziele zu verfolgen und die entsprechenden Entwicklungen voranzubringen. Daher möchte ich mich an dieser Stelle weniger auf den größten Teil der 20 Millionen € beziehen, die direkt an andere Institutionen fließen, und vielmehr ansprechen, was mit den restlichen knapp 25 % der Summe geschieht.

Sie erinnern sich sicherlich noch alle an die Regierungserklärung der Ministerpräsidentin Anfang dieses Jahres. Sie sprach dort von ihrer Vision eines NRW 4.0, das ihr eine Herzensangelegenheit sei. Sie sprach außerdem davon, dass es nicht nur Veränderungen im wirtschaftlichen Sektor und der Arbeitswelt geben solle, sondern dass die Digitalisierung auch die kulturelle und gesellschaftliche Grundlage verändern werde. Sie wollte, dass die Veränderungen kein Selbstzweck sind, sondern in den Dienst der Menschen gestellt werden und somit letztlich für ein besseres NRW stehen.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal die Ministerpräsidentin zitieren. Sie sagte:

„Der digitale Wandel verändert viel, aber er verändert – ich sage das ganz bewusst – Gott sei Dank nicht alles. Geborgenheit in der Familie, Wertevermittlung, gute Bildung, Betreuung, Erziehung zu Hause, in Kita und Schule – da geht es immer um enge, direkte menschliche Beziehungen. Das alles soll und darf Digitalisierung nicht ersetzen. Aber sie kann Teil dieser Welt werden.“

Genau darum geht es. Damit hat die Ministerpräsidentin tatsächlich recht. Das Problem ist nur, dass dies nicht nur dann erreicht werden kann, wenn die entsprechenden Maßnahmen getroffen werden, sondern wir dafür auch Geld in die Hand nehmen müssen und entsprechende Maßnahmen viel stärker fördern müssen, als wir es bisher getan haben.

Wir Piraten sind für die Digitalisierung in allen ihren unterschiedlichen Facetten unseres Alltagslebens. Wir müssen die vielen Möglichkeiten einfach viel offener zulassen und uns damit arrangieren, dass die

schon angestregten Entwicklungen nicht mehr rückgängig gemacht werden können.

Allerdings bedarf es einer gewissen Kompetenz, um dieses Ziel zu erreichen. Ganz konkret bedeutet dies, dass etwas dafür getan werden muss, die Medienkompetenz der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zu stärken. Anfangen muss man da bereits bei den Kindern und Jugendlichen, die heute nahezu wie selbstverständlich mit den neuen Medien, mit Handys und dem Internet aufwachsen – und oftmals leider auch sehr arglos und unbedacht damit umgehen. Das ist aber auch kein Wunder. Denn von wem sollen sie es gelernt haben?

Um diese Schieflage auszugleichen und die Menschen genauso adäquat auf das digitale Leben vorzubereiten, wie man es auch in anderen Bereichen tut, bedarf es mehr als einer punktuellen Veranstaltung wie zum Beispiel einem Medienkompetenztag oder Ähnlichem. Es müssen vielmehr Programme aufgesetzt werden, die kontinuierlich über eine längere Zeit hinweg eine qualitativ hochwertige Ausbildung der entsprechenden Kompetenzen gewährleisten.

Wir sind der Meinung, dass dies im Haushaltsentwurf mit den veranschlagten Geldern schlicht und ergreifend zu wenig berücksichtigt wird. Das reicht nicht aus. An dieser Stelle muss eindeutig mehr geschehen, und es muss mit mehr Weitsicht gehandelt werden, als das jetzt im Haushaltsentwurf abgebildet ist.

(Beifall von den PIRATEN)

Dieser Haushalt lässt zumindest in dieser Form nichts von einer Herzensangelegenheit „NRW 4.0“ erkennen. Vielmehr fühle ich mich abermals an den Anfang dieses Jahres und die Regierungserklärung zurückversetzt. Von damals ist mir allerdings eher das Bild der Ministerpräsidentin in Erinnerung geblieben, als sie ein künstliches Herz in der Hand hielt und präsentierte. Ein wahres Herz für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes würde sie jedenfalls beweisen, wenn sie entsprechende Maßnahmen ergreifen würde, die die Digitalisierung zu einem Teil des normalen Alltags werden ließen, statt sie letztlich doch nur als etwas Künstliches und Fremdes darzustellen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Lamla. – Nun spricht für die Landesregierung Herr Minister Lersch-Mense.

Franz-Josef Lersch-Mense, Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Nach den Debattenbeiträgen zur Landesplanung kann ich mich auf wenige Anmerkungen beschränken.

In der Tat ist der Landesentwicklungsplan das große Projekt der Landesplanung. Wir sind froh, dass er nun mit dem zweiten Beteiligungsverfahren auf einem guten Weg ist. Wir haben ja – wir hatten schon mehrfach die Gelegenheit, miteinander darüber zu sprechen – eine Reihe nicht marginaler Veränderungen vorgenommen. Deshalb befinden wir uns jetzt in dem zweiten Beteiligungsverfahren.

Herr Ellerbrock, ich bin Ihnen dankbar für die Klarstellung – Sie verstehen etwas von Landesplanung; das will ich Ihnen gerne zugestehen –, dass man die Haushaltsansätze der letzten Jahre nicht einfach aufaddieren kann, weil sich durch die Verzögerung Verschiebungen und Verlagerungen von Haushaltsmitteln ergeben haben. Ich bin Ihnen auch dankbar dafür, dass Sie von Missverständnissen gesprochen haben, die es im Zusammenhang mit dem LEP zu vermeiden gilt, und gesagt haben, dass möglicherweise auch von interessierter Seite bewusst Regelungen des LEP missverstanden werden.

Dann habe ich aber eine Bitte an Sie: Tragen Sie selbst dazu bei, dass diese Missverständnisse nicht entstehen. Ich hatte eben ein wenig den Eindruck, dass Sie hier diese Missverständnisse zitieren und sie damit verstärken, anstatt dazu beizutragen, sie auszuräumen.

Ich will dies auch gerne an einem Beispiel belegen. Sie haben immer wieder vom Flächensparziel 5 ha gesprochen. Sie wissen aber ganz genau, dass wir vom ersten Entwurf des Landesentwicklungsplans zum zweiten Entwurf hin genau dieses Ziel des maximalen Flächenverbrauchs von 5 ha pro Tag in einen Grundsatz umgewandelt haben. Sie wissen, dass ein Grundsatz für eine weitere Abwägung mit anderen Zielen und Grundsätzen offen ist und damit wesentlich flexibler zu handhaben ist. Wir haben das getan, weil wir natürlich auch das Problem sehen, genau zu definieren, was denn – in Anführungszeichen – „Flächenverbrauch“ ist und ob jede Flächenausweisung unmittelbar einen Verbrauch von Fläche darstellt.

Deshalb lautet meine Bitte, das richtig darzustellen. Es handelt sich nur noch um einen Grundsatz. Damit ist ein Teil der Kritik, die an diesem Ziel und seiner Umsetzbarkeit im Bereich der Regionalplanung zu Recht geübt worden ist, nicht mehr aktuell und somit hinfällig geworden.

(Beifall von Georg Fortmeier [SPD])

Ich würde Ihre Ausführungen auch gerne so verstehen, Herr Ellerbrock, dass Sie andeuten, dass wir es vielleicht doch hinkriegen können, nach dem Abschluss des zweiten Beteiligungsverfahrens hier zu einer breiten parlamentarischen Mehrheit für den Landesentwicklungsplan zu kommen. Mich würde das jedenfalls freuen; denn Landesentwicklungspläne haben Laufzeiten, die über Legislaturperioden hinausreichen. Deshalb wäre es ein gutes Zeichen

für unser Land und für dieses Parlament, wenn wir hier Einvernehmen erzielen und eine breite Mehrheit für einen neuen Landesentwicklungsplan erreichen könnten.

Zu den Ausführungen von Herrn Lamla nur einige kurze Anmerkungen: In der Tat ist es richtig, dass uns die Digitalisierung gerade im Medienbereich vor massive Herausforderungen stellt, was sowohl die Veränderungen in der Produktion von Content oder Inhalt im Medienbereich als auch das veränderte Nutzer- oder Rezipientenverhalten angeht.

Nicht richtig ist Ihre Einschätzung, dass die Landesregierung dem nicht auch durch ausreichende Mittelgewährung Rechnung tragen würde. Die Mittel, die Sie zitiert haben, die an die Film- und Medienstiftung NRW oder an das Grimme-Institut gehen, sind ja keine Mittel, die nur für traditionelle Medienproduktionen zur Verfügung stehen. Vielmehr stehen diese Mittel gerade auch für Projekte im Bereich der Digitalisierung und für Fragen der Digitalisierung im Medienbereich zur Verfügung.

Lassen Sie uns also gemeinsam daran arbeiten, den in der Tat gewaltigen Herausforderungen, die in diesem Bereich bestehen, zu begegnen. Schließlich wollen wir den starken Medienstandort NRW auch weiterhin stark erhalten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Lersch-Mense. – Als nächste Rednerin für die CDU-Fraktion steht Freifrau von Boeselager auf der Rednerliste.

Ilka von Boeselager (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen heute über den Haushalt für den Teilbereich „Europa und Eine Welt“. Ich muss feststellen – Herr Minister Lersch-Mense, Sie sind ja neu in diesem Amt –, dass er Jahr für Jahr überrollt wird. Es ist nichts wesentlich Neues zu erkennen.

Herr Staatssekretär Dr. Eumann hat uns zwar in der Sitzung des Europaausschusses mitgeteilt, dass sich Europa in einer Ausnahmesituation befindet und vor einer Zerreißprobe und riesigen Aufgaben steht. Aber ich kann nicht erkennen, dass sich das irgendwo im Haushalt widerspiegelt. Es ist eher der Haushalt eines Biedermanns. Nun muss das ja nicht schlecht sein. Aber wir sind das bevölkerungsreichste Land innerhalb Europas. Insofern haben wir auch eine besondere Verpflichtung, auf dieses Europa einzuwirken und zuzugehen.

Was sich im Haushalt bewährt hat, wollen wir natürlich nicht infrage stellen, ob das die Europaschulen sind oder das Weimarer Dreieck ist. Aber mir fehlt etwas Neues, was für die Bewältigung der Zukunftsaufgaben wichtig wäre.

(Marc Herter [SPD]: Dann stellen Sie doch einen Antrag!)

Mir fehlen Impulse, welche emotionalen Themen wir auch innerhalb der EUREGIO aufgreifen sollten. Hier könnte man neue Schwerpunkte setzen.

Was die Eine-Welt-Politik angeht, so finden wir das Promotorenmodell sehr wichtig. Es geht darum, dass wir die vielen Ehrenamtlichen bündeln. Das ist für unser großes Land Nordrhein-Westfalen auch für die Zukunft in der Tat eine wichtige emotionale Aufgabe.

In der Eine-Welt-Politik hat es aber auch gestockt. In Bezug auf Mpumalanga oder Ghana sind wir in der Entwicklung nicht weitergekommen.

Momentan stehen wir in Europa vor riesigen Flüchtlingsproblematiken. Hier könnte man neue Perspektiven liefern. Beispielsweise könnte man sich die Frage stellen: Wie kann das Land Nordrhein-Westfalen dazu beitragen, dass es weniger Fluchtursachen gibt? Ich denke, dass wir da generell einer Meinung sind. Wir sollten uns aber fragen, wie wir als Land Nordrhein-Westfalen noch stärker dazu beitragen können.

Nächstes Jahr feiern wir 25 Jahre der guten nachbarschaftlichen Beziehungen zu Polen. Wir haben ein großes Jugendprogramm mit Polen, das auch für 2016 positive Zeichen setzen wird, denke ich. Ich bin allerdings der Meinung – diese Aufgabe möchte ich Ihnen mit auf den Weg geben –, dass Sie in der Staatskanzlei selbst darüber nachdenken, welche neuen Perspektiven Sie für Europa und die Eine Welt liefern könnten. Wir würden Sie gerne dabei unterstützen; denn das ist ein wichtiges Ziel. Wir sind uns einig, dass es sich nicht lohnt, darüber über Parteigrenzen hinweg zu streiten. Vielmehr wollen wir uns kreativ mit einbringen.

Zum Abschluss möchte ich noch Folgendes betonen: Es ist wichtig – Sie haben es dankenswerterweise angesprochen –, klare Zielvorstellungen für die Zukunft von Bonn/Berlin zu haben. Wir freuen uns, dass wir Sie auf unserer Seite haben; denn es ist für den UN-Standort Bonn und seine Internationalität sehr wichtig, weiterhin Ministerien in Bonn zu behalten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Freifrau von Boeselager. – Als nächster Redner spricht für die SPD-Fraktion Herr Kollege Münchow.

Volker Münchow (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich direkt dem Appell von Frau von Boeselager anschließen. Wenn wir es in Deutschland und in anderen westlichen Ländern endlich schaffen würden, das 0,7%-Entwicklungshilfeziel umzusetzen, dann wären viel-

leicht viele Probleme in den Ländern gelöst, aus denen die Flüchtlinge hierher kommen. Ich kann nur noch einmal an alle appellieren – Nordrhein-Westfalen ist da leider nicht in der Verantwortung, sondern andere –: Wir müssen alle gemeinsam daran arbeiten, dass dieses Ziel endlich umgesetzt wird. Das ist von ganz zentraler Bedeutung.

NRW ist in Europa fest verankert und hat als dessen größte Region ein vehementes Interesse an Europa – wirtschaftlich, politisch und kulturell. Brüssel liegt näher an Düsseldorf als Berlin. Unser Land hat schon immer einen regen Austausch mit den Beneluxländern gepflegt, aber vor allen Dingen auch mit Frankreich.

Als größtes deutsches Bundesland pflegen wir auch Kontakte in die ganze Welt. Die Ministerpräsidentin und der Wirtschaftsminister sind gerade aus Südamerika zurückgekommen, wo sie für unser Bundesland geworben haben. Mit Ghana und Mpumalanga haben wir Kontakte in andere Regionen der Welt. Die Erhöhung der Mittel im Promotorenprogramm stärkt das zivilgesellschaftliche Engagement. Dafür sind wir dankbar.

In Europa hat NRW enge Beziehungen zu Schlesien und Nord-Pas de Calais. Frankreich ist unser enger Partner und wurde jetzt von abscheulichen Terroranschlägen getroffen. Der Opfer haben wir alle gemeinsam am Mittwoch in diesem Hohen Haus gedacht.

Was gerade in Polen passiert und ganz aktuell in Dänemark – Sie konnten es heute in der Zeitung lesen; dort werden Dinge abgelehnt, die ein weiteres Zusammengehen von Europa betreffen –, macht mich aber genauso unruhig wie der Terror. Die Nichtaufnahme von Kriegsflüchtlingen aus angeblicher Angst vor Terror ist schändlich und Europas Werten nicht angemessen.

(Beifall von der SPD, den PIRATEN und Reiner Priggen [GRÜNE])

Nach Ungarn zieht sich womöglich ein zweites Land Osteuropas aus dem gemeinsamen Wertekanon Europas zurück. Das müssen wir gemeinsam verhindern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde mir ein Europa der Zukunft wünschen, in dem wir keinen Platz mehr für nationale Ausfälle haben. Europa muss ein Kontinent unserer Werte – Freiheit, Selbstbestimmung und Solidarität – sein. Vielleicht müssen wir deshalb in Zukunft auch über andere Wege in diesem Europa nachdenken. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und Reiner Priggen [GRÜNE])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Münchow. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bevor ich zu Europa komme, noch ein paar Anmerkungen zu Ihnen, Herr Lersch-Mense: Herr Minister, wenn es gilt, den Landesentwicklungsplan auf möglichst breiter Basis zu verabschieden, dann bitte ich darum – das habe ich mehrfach für meine Fraktion erklärt –, dass wir daran mitarbeiten können.

Das setzt natürlich auch eine inhaltliche Auseinandersetzung voraus. Wir haben einen Antrag gestellt, von dem selbst der Kollege Eiskirch damals sagte, das sei eine Grundlage, wie wir weiter zusammenarbeiten könnten. Die Signale zur Zusammenarbeit aus Ihrem Hause sind zumindest so, dass ich sie nicht verstanden habe. In manchen Bereichen kann sogar ich feinfühlig sein, beim Hören zum Beispiel. Das hätte ich, glaube ich, gehört.

Zweitens. Natürlich haben Sie recht, wenn Sie vom Grundsatz des 5-Hektar-Ziels sprechen. Das ist aber etwas für Fachleute. Draußen wird das nicht verstanden. Dass es draußen nicht verstanden wird, kann ich nachvollziehen; denn auf Seite 15 des jetzigen Entwurfs steht:

„Ca. 15 % der Landesfläche sind als Kernflächen eines alle Landesteile übergreifenden Biotopverbundes erfasst ...“

Wir haben diese 15 % in der Biodiversitätsstrategie verankert. Sie stehen auch im Entwurf des Landesnaturschutzgesetzes. Wenn Sie auf der einen Seite solche Forderungen stellen und auf der anderen Seite erklären: „Aber das 5-Hektar-Ziel meinen wir ja nur als Grundsatz“, passt das nicht zusammen.

Ihre Aufgabe ist es – das ist der Ärger, der Ihnen als Chef der Staatskanzlei dienstgradmäßig zusteht –, das zusammenzufassen und damit dem Kollegen Remmel, der ja auch nicht – das muss ich auch einmal sagen – in allen Dingen beratungsresistent ist ...

(Zuruf von Minister Franz-Josef Lersch-Mense)

– Ja, da haben wir eine ganz andere Wahrnehmung. – Das ist der Ärger, den Sie auflösen müssen. Gucken Sie einmal; meine Kollegin kriegt schon fast Schnappatmung, weil ich das sage. Ich meine es aber so.

(Beifall von der FDP)

Frau Kollegin Asch, bevor ich zu Europa komme: Ich habe eine ganz andere Wahrnehmung der Probleme in der Energiepolitik. Es ist für mich abenteuerlich, sich dergestalt festzulegen, dass man noch nicht einmal einen Erkenntniszugewinn haben möchte, wo man in Nordrhein-Westfalen Gas gegebenenfalls auch mit unkonventioneller Förderung gewinnen will. Warten wir einmal ab, bis Gazprom für drei Monate eine Revision der Gasleitungen vornimmt, die ersten Kühltruhen ein bisschen auftauen

und es anfängt zu riechen, von den industriellen Problemen ganz abgesehen! Ich glaube, dann werden wir ein ganz anderes Verständnis der Probleme haben.

Frau Asch und auch Frau von Boeselager, ich bin gerne bereit, Ihre Ausführungen in weiten Teilen mitzutragen; damit haben wir keine Probleme. Aber mit dem Promotorenprogramm hatten Sie doch in Solingen selbst gewisse Probleme, die Sie im Ausschuss dargestellt haben. Die Finanzierung des Promotorenprogramms verstehen vorzugsweise diejenigen, die selbst begünstigt sind. Alle anderen haben Schwierigkeiten mit der Sinnfälligkeit dieser Finanzierung. Das lehnen wir ab. Das ist überhaupt nicht in Ordnung.

(Beifall von der FDP – Stefan Engstfeld
[GRÜNE]: Das ist Unsinn!)

Meine Damen und Herren, was entwicklungspolitische Bildung und Zusammenarbeit angeht, sagen wir Nein dazu. Das müssen wir nicht finanzieren. Wir machen keine Nebenaußenpolitik in Nordrhein-Westfalen. Das soll nicht sein.

Die kommunale Entwicklungszusammenarbeit ist auch so ein Schmankerl. Da wird Geld ohne Verbindlichkeit von A nach B geschoben. Wenn ich eine Verbindlichkeit, was mit dem Geld geschieht, erreichen will, muss ich letztendlich auch einem Schiedsgericht zustimmen, dem man sich dann unterwirft. Das ist aber nicht gewollt. Hängt das damit zusammen, dass TTIP im Raume steht und man das da nicht haben will? Ich sage: Entwicklungszusammenarbeit ohne Verbindlichkeit ist ein Blindflug, das wollen wir so nicht haben.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, den Bereich Entwicklungszusammenarbeit lehnen wir ab.

Lassen Sie mich zwei Worte zu Europa finden. Ich bin überzeugt, nicht nur nach den Ereignissen in Paris: Wir brauchen mehr Europa und nicht weniger Europa. Heute Morgen fand das parlamentarische Frühstück der Deutschen Kriegsgräberfürsorge statt. Wenn ich Europakritiker habe, die ich nicht überzeugen kann – ich sage das hier so deutlich –, versuche ich, eine Fahrt nach Ysselsteyn oder zu einem großen Kriegsgräberfriedhof durchzuführen. Wer über einen Kriegsgräberfriedhof läuft, der weiß, was 70 Jahre Frieden bedeuten, der weiß die Bedeutung Europas ganz anders darzustellen, der weiß, was uns Europa wert sein muss.

(Beifall von der FDP)

Wir brauchen mehr Europa, nicht weniger Europa. Ja zum Haushaltsansatz Europa von uns. – Danke schön.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Ellerbrock. – Für die Piratenfraktion spricht Herr Kern.

Nicolaus Kern (PIRATEN): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer hier im Saal und zu Hause! Zunächst einmal möchte ich eine kurze Entschuldigung vorwegschicken. Die Zuschauer, die sich hier im Mittelblock befinden, haben es besonders verfolgen können. Wir haben hier über die verschiedensten Themen aus dem Einzelplan 02 gesprochen: Staatskanzlei, Medien, Europa und Eine Welt. Ich glaube, es ist generell schon nicht ganz einfach, eine Landtagsdebatte zu verfolgen. Es ist ja nicht unbedingt alles vergnügungssteuerepflichtig, wenn man nicht unbedingt im Thema ist. Aber es ist besonders schwierig, wenn dann die unterschiedlichen Redner von unterschiedlichen Fraktionen auch noch jeweils unterschiedliche Themen ansprechen, ohne direkt aufeinander einzugehen.

Das finde ich an der Stelle nicht geglückt. Ich hoffe, dass wir das in Zukunft wieder in dem geordneten Verfahren machen, wie wir das auch kennen. Ich kann mich an der Stelle nur für mich entschuldigen; für die anderen Fraktionen habe ich kein Mandat. Das nur vorweggeschickt.

Natürlich ist es richtig, wie die Kollegen Münchow und Ellerbrock es gemacht haben, dass man, wenn man jetzt wie ich zum Thema „Europa und Eine Welt“ sprechen möchte, natürlich nicht nur auf den Haushalt, sondern auch auf die Europäische Union an sich eingeht. Da lassen die letzten Monate doch erhebliche Zweifel an der inneren Verfasstheit der Europäischen Union aufkommen und größer werden.

Die Farce um die Aufnahme von Schutzsuchenden, die in unseren europäischen Meeren ertrinken und gegen europäische Grenzzäune gedrückt werden, spiegelt die aktuelle Verlogenheit der Europäischen Union wider. Freiheit, Vielfalt, Toleranz und Solidarität – die Worte werden von Europas Politikern zwar gern in den Mund genommen, doch sie haben anscheinend immer weniger Bedeutung.

Ich finde – das sage ich auch in meiner Rolle als Vorsitzender des Ausschusses für Europa und Eine Welt –, man kann auch einen Landeshaushalt im Bereich Europa und Eine Welt nicht unabhängig von diesen allgemeinen Entwicklungen betrachten.

Ich komme jetzt aber zum Haushalt. Das Engagement der Landesregierung in der Europapolitik ist weiterhin zu begrüßen. Den Haushaltsansatz im Bereich Europa halten wir, wie in den Vorjahren, für insgesamt gelungen. NRW genießt als europapolitischer Akteur weiter einen guten Ruf, Herr Minister. Das muss und soll so bleiben.

Das heißt nicht, dass hier alles uneingeschränkt gut ist. Zum Beispiel sollte die Arbeit des Ausschusses

der Regionen transparenter gestaltet und stärker in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt werden. Da leisten unsere Kollegen, Herr Töns von der SPD, aber auch Herr Engstfeld von den Grünen, gute Arbeit für das Land NRW. Es ist in unser aller Interesse, wenn das auch entsprechend gewürdigt und dargestellt wird. Ich denke, da sind wir uns hier einig.

Im Bereich Internationale Angelegenheiten und Eine Welt sieht die Bilanz allerdings etwas anders aus. Denn wenn man sich den Anspruch auf wirkungsvolle Entwicklungszusammenarbeit in den Koalitionsvertrag schreibt – das unterstützen wir Piraten ja grundsätzlich –, dann muss man auch liefern.

Im Sinne der Haushaltstransparenz ist es vonnöten, eigene Haushaltsmittel oder Kapitel für die Aktivitäten im Rahmen der offiziellen Partnerschaften zu schaffen. Mittel für Ghana und ehemals Mpumalanga sind heute auch vier, fünf Haushaltstitel verteilt. Das ist intransparent. Hier will sich die Landesregierung wohl nicht so ganz in die Karten schauen lassen. Was wir brauchen, sind nachvollziehbare Mittelverwendungen und auch eine breite Akzeptanz für diese entwicklungspolitischen Vorgaben.

Meine Damen und Herren, die NRW-Landesregierung brüstet sich damit, engagierter Entwicklungsakteur zu sein, verheddert sich dabei aber in allzu vielen kleinteiligen Projekten weltweit. Eine Fokussierung der Entwicklungszusammenarbeit ist notwendig, die auch parlamentarisch erarbeitet werden sollte.

Eine-Welt-Politik kann eben nicht bedeuten, dass man in jedem Teil der Welt genau einmal aktiv wird. Diesem Anspruch wird der Haushalt nicht gerecht. Wir werden ihn daher ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Das war Herr Kern von der Piratenfraktion. – Nur spricht für die CDU-Fraktion Herr Schick.

Thorsten Schick¹⁾ (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Für viele Unternehmen der Medienbranche ist das tägliche Geschäft schwieriger geworden. Zeitungen verlieren an Auflage, Radiosender kämpfen ums wirtschaftliche Überleben, und Mitarbeiter von Fernsehsendern haben nicht selten Sorgenfalten auf der Stirn, weil auch hier der Spardruck spürbar ist.

(Zuruf von Stefan Engstfeld [GRÜNE])

Traditionelle Geschäftsmodelle geraten unter Druck, weil durch die Digitalisierung neue Konkurrenten auftreten. Dieser Trend ist global. Wichtig ist allerdings, dass wir hier vor Ort unsere Hausaufgaben machen und für gerechtere Spielregeln sorgen wie bei den Bestrebungen zur konvergenten Medienordnung.

Außerdem muss die Medienpolitik Chancen erkennen und Zeichen setzen – Zeichen, die erkennen lassen, dass Nordrhein-Westfalen der beste Standort für Kreative in Deutschland ist. Das letzte kreative Zeichen dieser Art war der Wechsel der gamescom nach Nordrhein-Westfalen. 2009 war es Medienminister Krautscheid, der zur Zeit der schwarz-gelben Regierung diese weltweit größte Messe für Unterhaltungselektronik und Computerspiele nach Köln holte. Unter Rot-Grün wartet man auf kreative Impulse dieser Qualität vergebens.

Im Gegenteil, auch der diesjährige Haushalt wird im Wesentlichen fortgeschrieben, was schon in den vergangenen Jahren so gemacht worden ist. Frau von Boeselager sprach von einem Biedermeier-Haushalt. Ein Biedermeier-Haushalt in der Kreativwirtschaft – da merkt man schon, dass das nicht passt.

Kleine Verschiebungen hat es allerdings gegeben. Die Liebe von Rot-Grün zur Filmstiftung scheint etwas erloschen zu sein. Dagegen darf sich das Grimme-Institut über etwas höhere Zuwendungen freuen. Wichtiger wäre, dass es mehr Druck in Richtung der Gewinnung weiterer Gesellschafter und Auftraggeber geben würde.

Ansonsten ist die Landesregierung sehr kleinteilig und dirigistisch in der Medienpolitik unterwegs. Die Veränderungen im WDR-Gesetz sind dafür ein deutlicher Beleg. Die Akribie hätte ich mir bei einer anderen Initiative gewünscht, gemeint ist das Projekt „ZeitungsZeit“. Bei der letzten Zeitung im Jahr 2013, das ist schon fast zwei Jahre her, wurde diese Initiative von den Ministern Duin, Löhrmann und Schwall-Düren noch umfänglich gelobt. Doch mittlerweile scheint das Projekt in der Ablage verschwunden zu sein.

Dabei – ich denke, da müssten wir uns eigentlich einig sein – ist diese Initiative wichtiger denn je. Oder finden Sie es nicht wichtig, dass mit Schulklassen Zeitungen im Unterricht gelesen werden? Als ich gestern auf die Internetseite dieser Initiative geschaut habe, war sie offline – offline, wie die Medienpolitik der Landesregierung in weiten Teilen ist.

Wir werden den Haushalt ablehnen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Schick. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Herr Kollege Vogt.

Alexander Vogt^{*)} (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Schick, es war ja zu erwarten, dass Sie die Situation des Medienmarktes in Nordrhein-Westfalen schwarzmalen. Von daher lassen Sie uns einen Blick auf die Realität, lassen

Sie uns einen Blick auf das Medienland Nummer eins in Deutschland werfen.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen 25.000 Unternehmen in der Medien- und Kommunikationsindustrie. Wir haben über 400.000 Beschäftigte in diesen Bereichen. Wenn wir uns die einzelnen Branchen ansehen, haben wir im TV-Bereich mit dem WDR und RTL zwei herausragende Sender.

Auch die Produzentenlandschaft für den Kinobereich kann sich sehen lassen. NRW unterstützt die Filmszene durch die Film- und Medienstiftung. Diese ist mit einem Etat von 33 Millionen € die finanzstärkste Länderförderung. Wir haben in diesem Haushalt eine Kürzung um 750.000 €. Wir sind damit immer noch bei 9,6 Millionen € im Förderhaushalt dieser Stiftung. Es gibt eine Kompensation, die durch die Änderung der Rundfunkgebühren auf das Beitragsmodell zustande gekommen ist. Dort rechnet man mit einer Mehrförderung im Etat der Film- und Medienstiftung in Höhe von 1,4 Millionen €.

Schauen wir auf die Radiolandschaft. Im Radiobereich haben wir hier in Nordrhein-Westfalen ein einmaliges System. Wir haben 45 Lokalradios, wir haben radio NRW, das ein Mantelprogramm dazu liefert. Die Lokalradios haben insgesamt über 1.000 Beschäftigte hier in Nordrhein-Westfalen. Auf der anderen Seite haben wir den WDR mit seinen Radiosendern, die ein vielfältiges Themenspektrum abbilden.

Einen weiteren journalistischen Bereich haben Sie angesprochen: die Situation der Zeitungen. Drei der fünf großen Zeitungsgruppen sitzen hier in NRW, doch die Lokalzeitungen schwächeln. Das ist ein Bereich, um den sich Politik mit Rahmenbedingungen kümmern muss. Auf das Projekt „ZeitungsZeit“ sind Sie kurz eingegangen. Wir haben aber andere Initiativen der Landesregierung. Wenn wir an die Stiftung für Vielfalt und Partizipation denken, die darauf ausgerichtet ist, Journalismus vor Ort zu stärken, ist das mittlerweile eine Sache, die auch Ihrerseits akzeptiert wird. Sie hatten sie erst groß kritisiert, mittlerweile erkennen Sie sie aber als Stärkungsinstrument an.

Neben journalistischer Vielfalt sind uns die vielfältigen Unternehmen in NRW wichtig, vom Telekommunikationskonzern bis hin zum Internet-Start-up. Im Bereich der Kreativwirtschaft ist NRW ein starker Standort. Neben der Musikindustrie sind hierbei die Unternehmen zu betrachten, die im Bereich der digitalen Spiele und Games tätig sind. Hier fördert auch die Film- und Medienstiftung des Landes, gerade im Bereich der Games-Förderung. Mit der gamescom, die Sie angesprochen haben, die auch seit Jahren hier in Nordrhein-Westfalen gehalten wird, sind wir ein Standort, der auch international Beachtung findet.

Wir haben neben dieser Ausstrahlungskraft der gamescom eine Reihe weiterer Veranstaltungen in

Nordrhein-Westfalen: das Medienforum gemeinsam mit der ANGA COM, die INTERACTIVE COLOGNE, die dmexco und weitere machen deutlich, dass hier auf diesem Gebiet eine ganze Menge passiert.

Ja, der Ausdruck dieser gut aufgestellten Medienlandschaft zeugt natürlich von einer guten Medien- und Standortpolitik. Wir haben herausragende Hochschulen, wir haben die internationale filmschule köln, die eine gute Grundlage legt. Wir haben das Mediengründerzentrum, und wir haben auch mit der Landesanstalt für Medien, was den Bereich Medienkompetenz angeht, einen wichtigen Partner.

Meine Damen und Herren, die fortschreitende Digitalisierung ist ein zentrales Thema hier in NRW. Die Ministerpräsidentin hat Anfang des Jahres zu diesem Bereich eine Regierungserklärung abgegeben. Seit dieser Zeit ist eine ganze Reihe von Aktivitäten entwickelt worden. Ich denke an den Digitalisierungsbeauftragten für die Wirtschaft, Prof. Kollmann. Ich denke an das Breitbandausbauprogramm von Wirtschaftsminister Duin, das wir hier schon mehrfach besprochen haben. Wir reden von Barcamps, die durch die Landesregierung veranstaltet wurden.

Rot-Grün setzt genau in diesem Themenbereich Schwerpunkte in diesem Haushalt. Wir wollen das Grimme-Institut stärken. Dieses soll vermehrt die Auswirkungen der Digitalisierung in den Blick nehmen. Wir haben den Bereich Medienkompetenz mit mehr finanziellen Mitteln ausgestattet.

Ein Thema, das uns am Herzen liegt, wird auch durch diesen Haushalt unterstützt: Das sind die Zugänge zu offenem WLAN und zu Freifunk. Auch das ist ein Teil, der durch diesen Haushalt gestärkt wird.

Meine Damen und Herren, der Medienhaushalt trägt der starken Bedeutung dieser Branche Rechnung.

(Zuruf von den PIRATEN: Er trägt ihr keine Rechnung!)

Wir haben insgesamt einen guten Haushalt vorgelegt. Er trägt auch dazu bei, dass Nordrhein-Westfalen Medienland Nummer eins bleiben wird. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Vogt. – Jetzt wollen wir hören, wie es die FDP-Fraktion sieht. Das sagt uns Herr Nückel.

(Zuruf von der Regierungsbank)

Thomas Nückel (FDP): – Das ist schön. Danke für das Kompliment. Ich werde jetzt trotzdem böse.

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Medienhaushalt – ich finde, Herr Vogt hat das eben gut beschrieben – ist eigent-

lich ein mehr oder weniger kraftvolles Dokument des Nichtseins: wenig Eigenes, wenig Neues, keine Impulse.

Aber ich muss ein Versprechen an Staatssekretär Eumann einlösen: Er wollte unbedingt, dass ich etwas Positives zum Landeshaushalt sage. Okay: Der Medienteil des Haushaltsentwurfs ist eine gute Zen-Übung. Bei diesem Medienhaushalt kann man von Überfülle und Leere zugleich sprechen: Überfülle in Worten, Leere in Taten.

(Beifall von der FDP)

Eine Überfülle an Worten gab es bei der Einbringung im Ausschuss, als von neuen Entwicklungen, Digitalisierung usw. gesprochen wurde. Allerdings findet sich im Haushalt wenig dazu wieder. Ich würde sagen: strukturelle Verstetigung auf niedrigem Niveau.

In NRW ist kein Zukunftsplan zu finden. Bei der konsequenten Einstellung auf den digitalen Markt wird mehr gestammelt. Es bewegt sich nämlich nichts. Und die Konzeptionslosigkeit legt sich wie Mehltau über die Blätter der salbungsvollen Beschlüsse der Mehrheitsfraktionen.

Zum Beispiel beim Hörfunk: Da gab es in Sachen Werbefreiheit im Herbst des letzten und im Juni dieses Jahres schöne Beschlüsse. Man hatte die Werbefreiheit in den öffentlich-rechtlichen Programmen zum Ziel. Nur spiegelt sich im aktuellen Entwurf des WDR-Gesetzes nichts davon wider. So bleibt man auch an diesem Punkt – in der Diskussion über die Zukunft des Hörfunks – stecken:

(Beifall von der FDP)

viel Aktionismus, ein paar Events für die Galerie. Aber Antworten auf die Frage, wie es jetzt weitergeht und wie die Zukunft der Sender verbessert werden kann – Fehlanzeige.

Ich finde überhaupt, dass die Gesetzesvorhaben in diesem Land dauern und dann auch noch oft fehlerhaft sind. Die wievielte Korrektur des Landesmediengesetzes nehmen wir jetzt vor? – Ich glaube, wir haben bald mehr Korrekturgesetze als Paragraphen im LMG.

(Beifall von der FDP)

Die Kürzungen bei der Film- und Medienstiftung schaden dem Standort. Die Kritik der Betroffenen ist groß. Um 750.000 € wird im Landeshaushalt gekürzt: zusammen mit den 250.000 € aus dem Jahr 2015 sind das schon eine Million. Bayern erhöht die Mittel just in dem Monat noch einmal um eine Million.

Nach außen gibt NRW da leider ein miserables Bild ab. Wenn man sagt, man will das über die Rundfunkgebühren kompensieren, kann ich nur feststellen: Die Zweckentfremdung von Rundfunkbeiträgen zum Stopfen von Haushaltslöchern und zum

Kompensieren von Haushaltskürzungen halten wir nicht für zulässig.

(Beifall von der FDP)

Bedenklich ist das auch bei der Filmschule. Auch dort ernährt man sich sozusagen von Gebührengeldern. Ich weiß nicht, ob die dortigen Studiengänge nicht eher ein Fall für den Wissenschaftsetat sind. Wir haben also eine Abwälzung vom Steuerzahler auf den Gebührenzahler. So entledigt sich die Landesregierung zum Teil der Kosten.

Grimme-Institut: Da gibt es in der Tat schon in der Urfassung des Haushaltsentwurfs kleinere Erhöhungen. Jetzt wird per Änderungsantrag noch einmal etwas draufgesattelt. Um die Gegenfinanzierung schert man sich allerdings wieder einmal nicht.

Ein Punkt in dem Grimme-Etat finde ich sehr interessant: 200.000 € sind für das Forschungskolleg vorgesehen. Was macht man im Kolleg mit dem Geld? – Es ist so ruhig. Meine Frage ist: Fließt das Geld eigentlich zurück, wenn es dort nicht verbraucht wird?

Die Ruhe, die dort zurzeit herrscht, hat vielleicht etwas mit dem Phänomen bei Grimme zu tun, das der Medienkritiker Fritz Wolf, selbst seit vielen Jahren Mitglied der Grimme-Preis-Jury, in seinem Blog vor einiger Zeit beschrieben hat. Er schreibt:

„Seit eineinhalb Jahren wird das Haus neu geführt und seither scheint es hinter den sieben Bergen in Marl abgetaucht zu sein.“

Wie sieht es mit den Medienkompetenzprojekten in den Schulen aus? – Nicht mehr so gut, weil die Lehrer durch die Inklusion und natürlich auch durch die Betreuung vieler nichtdeutschsprachiger Kinder mit anderen Aufgaben bereits mehr als überlastet sind. Aber auch an der Ausstattung hapert es oft, wie ich bei meinen Besuchen feststellen kann, die ich nicht nur um den Tag der Medienkompetenz herumgruppiere.

Der Kollege Schick hat es gerade genannt: Projekt „ZeitungsZeit NRW“. Sein Ableben muss man bedauern. Die Initiative gibt es nicht mehr. Auf der Onlineseite ist nichts mehr zu finden. Im Vergleich dazu herrscht aber auf der Onlineseite des Medienforums hektische Betriebsamkeit. Jetzt guckt selbst der Staatssekretär völlig überrascht, weil er das gar nicht wusste. Aber keine Sorge: Es gibt keinen Inhalt, kein Programm, kein Datum ohne Ihren Segen. Wo denken Sie hin?

Aber es gibt ein Lebenszeichen: Man sucht von März bis Juni einen Praktikanten. Das wird allerdings den Bedeutungstod des Medienforums auch nicht mehr aufhalten.

(Beifall von der FDP – Zuruf von den PIRATEN: Wohl wahr!)

Ein aktuelles Thema: Die Bund-Länder-Kommission „Neue Medienordnung“ sollte gestern den Minister-

präsidenten einen Zwischenbericht vorlegen. Ich hoffe, es war ausreichend Zeit dafür. Ich bin gespannt, ob man darüber gesprochen hat; vielleicht hat man aber auch nur weitergeleitet und durchgewinkt: die Themen Netzneutralität, Plattformregulierung, AVMD, Intermediäres. Ich fürchte, passiert ist nicht viel. Ich frage mich, wo der Schwung bleibt.

Ach ja, der Jugendmedienstaatsvertrag: Der wurde wohl gut eingepackt in diverse andere Ziele, die den Ministerpräsidenten erstrebenswert scheinen. Da hat man also verschiedene Dinge für den 19. Rundfunkstaatsvertrag schön zusammengekoppelt. Das ist wohl die besondere Taktik, denn möchte ein Land den Jugendmedienstaatsvertrag ablehnen, lehnt es vielleicht auch das andere ab: Gebührenkorrekturen, Befreiungen. Oh weh, und dann auch noch das Jugendangebot, das ebenfalls drangehackert wurde!

Aber vielleicht wäre es gerade deshalb ratsam, den 19. Rundfunkänderungsstaatsvertrag – wenn er noch vorliegt –, abzulehnen, ebenso wie den Medienetat dieses Landes. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Nückel. – Für die Piratenfraktion spricht nun Herr Kollege Bayer.

Oliver Bayer (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Besucher! Die Besucher in der Mitte, die den Anfang der Debatte mitbekommen haben, sind schon wieder weg. Ich wollte jetzt das Ganze rund machen und dann noch einmal auf den Landesentwicklungsplan aus Sicht der Piraten eingehen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, darf ich Sie einmal unterbrechen?

Oliver Bayer (PIRATEN): Ja.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön. Ich würde jetzt gerne eine generelle Bemerkung machen. Wir sprechen hier in diesem Parlament nicht mit den Zuschauern. Das ist im Parlamentarismus ganz klar so geregelt.

(Zuruf von den PIRATEN)

Das hat damit zu tun, dass wir aus Weimar gelernt haben. Ich will es einmal ganz deutlich sagen: Es ist nett, wenn Sie die Leute begrüßen, obwohl es falsch ist; es entspricht nicht dem parlamentarischen Brauch. Wir wenden uns hier an die gewählten Abgeordneten – das ist die repräsentative parlamentarische Demokratie.

Ich würde sehr darum bitten, dass wir es dabei auch belassen und uns hier miteinander unterhalten über das, was wir für die Menschen draußen zu entscheiden haben.

Die Zuschauerinnen und Zuschauer sind angehalten, weder Beifall noch Missfallen zu äußern. Wenn Sie sie einbeziehen, zwingen Sie sie in eine Situation,

(Lukas Lamla [PIRATEN]: Trotzdem werden sie von uns begrüßt.)

wobei Sie, aus meiner Sicht jedenfalls, Ihre Kompetenz als Abgeordnete an dem Punkt überschreiten. Ich bitte Sie, halten Sie sich dran! Hier ist das Parlament.

(Zuruf von den PIRATEN: Wir klären das mit den anderen Abgeordneten!)

Sprechen Sie mit Ihren Kolleginnen und Kollegen! Wir verhandeln das hier. Die Leute sind gerne da, hören gerne zu und kriegen auch mit, was hier gesprochen wird. Davon können Sie ausgehen. Unterschätzen Sie die Menschen nicht, die uns zuhören! – Danke schön.

(Beifall von der SPD, der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Oliver Bayer (PIRATEN): Was natürlich schwierig wird, wenn man die Debatte von Anfang an nicht mitbekommen hat.

Aber dann richte ich mich an Sie, verehrte Abgeordnete. Auch Sie haben teilweise leider den Raum wieder gewechselt. Nicht alle haben den Anfang mitbekommen. Wir haben mit dem Landesentwicklungsplan begonnen. Ich möchte auch aus Sicht der Piraten noch einmal auf den Landesentwicklungsplan zurückkommen und die Sache rund machen.

Der Landesentwicklungsplan fällt – deshalb haben wir nicht damit begonnen – im Haushalt nicht besonders auf. Er ist aber inhaltlich wichtig für die Staatskanzlei. Er ist in der Staatskanzlei aus unserer Sicht auch richtig angesiedelt.

Wo er aus unserer Sicht nicht richtig angesiedelt ist, ist im Landtag im Wirtschaftsausschuss. Warum sollte sich ausgerechnet der Wirtschaftsausschuss einzig mit dem Landesentwicklungsplan beschäftigen? Das macht keinen Sinn, wenn man sich die Ziele anguckt, die mit dem Landesentwicklungsplan verfolgt werden. Er ist nämlich kein Landeswirtschaftsplan.

Was sind das für Ziele, die eigentlich darüber stehen, wenn sie am Ende keine Praxisrelevanz haben oder haben dürfen? Eine Ehrlichkeit fehlt mir da vor allem bei Rot-Grün. CDU und FDP wollen einen Landeswirtschaftsplan, okay, in Ordnung. Was erzählen Sie aber den Umweltverbänden zum Beispiel? Okay, es gibt Flächenziele. Dann erzählen

Sie den Unternehmensverbänden: Das ist aber alles nicht so. – Das kann es ja wohl nicht sein.

Ein Klimaschutzplan hat entweder Relevanz, oder man kann ihn sich komplett schenken. Ein Klimaschutzplan oder auch ein Klimaschutzgesetz, das keine Auswirkungen auf den Landesentwicklungsplan hat, wobei der Landesentwicklungsplan gefordert ist, genau das, was im Klimaschutzplan ausgearbeitet wird, auch umzusetzen, bringt es nicht. Dann brauchen Sie auch nicht auf Herrn Remmel einzugehen. Er hat leider sowieso keine verbindlichen Maßnahmen in diesem Klimaschutzplan erwirken können. Dann brauchen Sie auch nicht nach draußen zu gehen und zu sagen: Wir haben einen Klimaschutzplan, hurra! Nordrhein-Westfalen ist so toll in Sachen Klimaschutz. – Dann können Sie sich das schenken.

(Beifall von Marc Olejak [PIRATEN])

Noch eine Sache, inhaltlich zum Landesentwicklungsplan: Wir werden ihn an anderer Stelle in großer Breite noch weiter debattieren. Er ist auch nicht unbedingt haushaltsrelevant außer der Tatsache, dass wir für die Planung natürlich Geld benötigen. Der Landesentwicklungsplan basiert natürlich auf sehr alten Daten. Lassen Sie mich darauf hinweisen: Vor allem bei den Flughäfen basiert er immer noch auf der Luftfahrtkonzeption aus dem Jahre 2000.

Deshalb bekommen auch CDU und FDP auf ihre Fragen, warum dieser oder jener Flughafen nicht landesbedeutsam ist, entsprechende Antworten zurück. Hier müssen wir auf jeden Fall auch noch einmal korrigieren. Hier muss sich die Landesregierung ebenfalls, genauso wie im Klimaschutz, genauso wie bei den Flächen, einfach positionieren und sagen, wie die Priorität ist – so oder so, aber nicht in eine Richtung so und in die andere Richtung so. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Bayer. – Nun spricht für die Landesregierung noch einmal der Minister, Herr Lersch-Mense.

(Marc Herter [SPD]: Bitte mit Landesplanung anfangen!)

Franz-Josef Lersch-Mense, Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich will die kurze Redezeit, die mir verblieben ist, nutzen, zu den Themen Europapolitik, Eine Welt und Entwicklungszusammenarbeit einige Anmerkungen zu machen.

Frau von Boeselager, Sie haben, wenn ich Sie richtig interpretiere, kritisiert, unser Haushalt sei fantasiarm. Es fehlten die neuen Akzente, und insbesondere würden wir uns nicht hinreichend mit den

neuen europapolitischen Herausforderungen befassen.

Ich finde das etwas unfair, weil die Möglichkeiten eines Landes, europapolitisch zu handeln – das wissen Sie –, sehr beschränkt sind. Die Europapolitik ist ebenso wie die Eine-Welt-Politik Sache der Bundesregierung. Aber natürlich haben wir ein hohes Interesse daran, unsere Landessicht in den Fragen, die uns elementar berühren, auch auf der europäischen Ebene geltend zu machen.

Das, so denke ich, tun wir in sehr wirkungsvoller Weise durch Veranstaltungen, aber auch durch direkte Gespräche, die wir in Brüssel, in unserer Landesvertretung führen. Das haben wir getan im Bereich der Energiepolitik, wie Sie wissen, das tun wir im Bereich der Medienpolitik und in vielen anderen Feldern, die uns unmittelbar berühren. Und diese Schwerpunktsetzung ist, glaube ich, auch für die Zukunft vernünftig. Da ist nichts „biedermännisch“ dran oder schlichte Hausmannskost, sondern das ist eine sehr gezielte und sehr bewusste Wahrnehmung unserer Aufgaben auf der Landesebene.

Herr Ellerbrock, wenn Sie ein allgemeines europapolitisches Bekenntnis hier ablegen, dann ist Ihnen nur zuzustimmen. Ich sehe das auch so. Europa ist heute wichtiger denn je. Aber worauf kommt es jetzt an? Wir müssen doch den Wert Europas, den Wert freier Grenzen, den Wert eines freien Binnenmarktes, den Wert der Freizügigkeit an die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes und insbesondere auch an die Jugend in unserem Land vermitteln. Das tun wir zum Beispiel mit den Akzenten, die wir im Bereich Europaschulen setzen. Das tun wir durch die „europaaktiven Gemeinden“, die wir auszeichnen. Das sind genau die Dinge, die jetzt erforderlich sind.

Wenn es um die Bekämpfung von Fluchtursachen geht, wenn es um ein europäisches System der Verteilung von Flüchtlingen geht, dann können wir auf der Bundesebene unsere Auffassung dazu einbringen, aber wir haben keine eigenen Handlungsmöglichkeiten.

Das Gleiche gilt auch für die Eine-Welt-Politik. Frau von Boeselager, ich glaube, wir werden mit Ghana einen neuen Anlauf nehmen können. Die Zeichen, die wir auch über die Botschaft in Berlin bekommen, sind sehr positiv. Für Mpumalanga kann ich das leider in der gleichen Weise nicht bestätigen.

Aber natürlich sind wir daran interessiert, unsere Partnerschaften im internationalen Bereich und insbesondere auch die Zusammenarbeit im Beneluxbereich weiter fortzuführen und zu verstärken und auch in anderen Bereichen, die Sie erwähnt haben.

Aber auch hier gilt: Wir sind als Land überfordert, wenn wir eigene Entwicklungsprojekte oder eigene entwicklungspolitische Zusammenarbeit machen wollten. Wir beschränken uns daher zu Recht auf Fragen der Bildungsarbeit und der Förderung von entwicklungspolitischen Initiativen, die wir im Lande

haben. Das, meine ich, ist ein richtiger und guter Ansatz.

Erlauben Sie mir auch noch eine allgemeine Anmerkung. Wenn hier immer implizit oder explizit gefordert wird, an dieser oder jener Stelle müssten doch zusätzliche Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden, dann passt das nicht so ganz mit Ihrer allgemeinen Argumentationslinie zusammen, dass das Land seine Ausgaben doch reduzieren solle und mehr Ausgabendisziplin wahren müsse. Wir tun das. Aber fordern Sie dann bitte nicht immer in allen einzelnen Politikbereichen mehr Ausgaben. Das passt nicht so ganz zusammen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Lersch-Mense. – Die Landesregierung hat ihre Redezeit ein wenig überzogen. Wird noch einmal das Wort gewünscht? – Augenscheinlich ist das nicht der Fall. Dann schließen wir die Beratung zum Einzelplan 02.

Abgestimmt wird ja jetzt nicht – wie zwischen den Fraktionen vereinbart –, sondern erst nach 14 Uhr. Also wird der Punkt zur Abstimmung wieder aufgerufen.

Nun rufe ich auf:

Einzelplan 05 Ministerium für Schule und Weiterbildung

Ich darf hinweisen auf die **Beschlussempfehlung** und den **Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/10505**.

Ich eröffne die Aussprache. Für die CDU-Fraktion hat Frau Kollegin Vogt das Wort.

Petra Vogt (CDU): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte am heutigen Tage genauso wie im Schulausschuss vonseiten der CDU-Fraktion erst einmal anerkennen, dass dieser Schulhaushalt unter sehr schwierigen Rahmenbedingungen aufgestellt werden musste. Von daher von unserer Seite heute an Sie, Frau Ministerin, und an Ihre Mitarbeiter noch einmal herzlichen Dank dafür!

Wir anerkennen auch ganz ausdrücklich, dass sich in diesem Haushalt Gelder befinden, um Lehrerinnen und Lehrer neu einzustellen für die wichtige Aufgabe der Beschulung unserer Flüchtlingskinder. Das – das wollen wir am heutigen Tage ganz nachdrücklich sagen – ist wichtig, denn Bildung ist der Schlüssel zur Integration. Dass die Landesregierung das entsprechend in den Haushalt eingestellt hat, ist der richtige Weg.

(Beifall von Eva Voigt-Küppers [SPD])

Leider, liebe Kolleginnen und Kollegen, enden an dieser Stelle aber die Gemeinsamkeiten. Auch wenn Sie sich in einer schwierigen Situation der Verantwortung gestellt haben, heißt das nicht, dass sich die grundsätzlichen Fragestellungen rund um den Haushalt, die wir in den vergangenen Jahren bemängelt haben, in diesem Haushalt geändert hätten. Mitnichten!

Der Gesamthaushalt für den Bereich Schule umfasst fast 17,3 Milliarden €. Das ist mit Abstand der größte Einzeletat. Es sind ungefähr 25 % unseres Gesamthaushaltes. Frau Ministerin hat im Schulausschuss dazu gesagt, dass diese hohe Zahl ein Beleg dafür ist, dass diese Landesregierung eine deutliche Priorität im Bereich von Schule und Weiterbildung setzt.

(Eva Voigt-Küppers [SPD]: Das würde ich auch so sagen!)

Ja, kann man sagen, wenn man sich diese Zahl anschaut. Viele andere Bundesländer sind ganz erstaunt, wenn sie sie hören, weil das ihr Gesamtetat ist. Dann müsste man eigentlich davon ausgehen, dass es in diesem Land tatsächlich eine sehr hohe Priorität für Bildung gibt.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: So ist das! Das haben wir! – Beifall von Eva Voigt-Küppers [SPD] und von Stefan Zimkeit [SPD])

Wir haben auf der einen Seite diese hohe Zahl und auf der anderen Seite schauen wir aber mal in die schulische Realität. Da hören wir dann Klagen über Unterrichtsausfall. Da hören wir Klagen über eine mangelhaft ausgeführte Inklusion. Da hören wir solche Klagen: Auch wenn es Lehrer für Flüchtlingskinder gibt, gibt es kein Konzept. Wie sind die überhaupt zu beschulen?

Dann überlegen wir uns: Wie passt das Ganze eigentlich zusammen?

(Beifall von der CDU)

Ein Experte hat vor einigen Monaten in einer Anhörung des Schulausschusses in einem anderen Zusammenhang – es ging um die MINT-Förderung in Nordrhein-Westfalen – gesagt: Ja, er müsse anerkennen, es gebe tatsächlich Bemühungen der Landesregierung, MINT zu stärken. Aber es gebe eine katastrophale Situation im Bereich der MINT-Lehrer, und er müsse offensichtlich feststellen, dass Input und Output in Nordrhein-Westfalen nicht in einer angemessenen Relation zueinander stünden.

(Beifall von der CDU)

Das, Frau Ministerin, sagen wir Ihnen am heutigen Tag zu diesem Schulhaushalt. Auf der einen Seite investieren sie wirklich viel, auf der anderen Seite gibt es aber riesengroße Probleme und Baustellen. Das kann einfach nur daran liegen, dass Sie Ihre Ressourcen falsch einsetzen.

Vielleicht könnten Sie damit beginnen, einfach mal zu überlegen, wie Sie Ihre Ressourcen überhaupt einsetzen. Wir haben ja lange mit Ihnen über den Unterrichtsausfall gestritten. Das wollen Sie ja gar nicht so genau wissen. Sie interessieren sich nicht so sehr dafür: Wo sind meine Lehrer gerade eingesetzt? Sind sie da? Sind sie nicht da? Das sind alles Punkte, die man wissen muss, wenn man einen so großen Haushalt wie den Schulhaushalt tatsächlich vernünftig steuern möchte. Sie sind an diesen Steuerungsinstrumenten nicht interessiert. Deswegen haben Sie einen Haushalt mit einem hohen Input und einem für die Kinder und Jugendlichen in unserem Land viel zu geringen Output.

(Beifall von der CDU)

Zum Thema „Inklusion“ haben wir Ihnen in diesem Hause auch schon sehr Vieles gesagt. Sie setzen das ohne Qualitätsstandards – auch das schreiben Sie in diesem Haushalt fort – und ohne das dafür erforderliche Fachpersonal um. In allen Schulen, in denen ich in den letzten Monaten war, habe ich das gehört, und alle Briefe, die ich bekomme, belegen das: So funktioniert Inklusion in Nordrhein-Westfalen nicht.

Wissen Sie, was die Besuchergruppe, die ich gestern gemeinsam mit dem Kollegen Kern hatte, mit größter Sorge formuliert hat? – Sie hat gesagt: Wie können wir in dieser schwierigen Inklusionssituation, in der alles im Umbruch ist und die Ressourcen fehlen, die Flüchtlingskinder verantwortungsvoll unterrichten?

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Rechtspopulistischer Mist ist das!)

– Nein, ich sage das, was uns die Besuchergruppe gestern als Frage mitgegeben hat.

Überlegen Sie, ob das qualitativ möglich ist. Sie haben eine riesige Baustelle Inklusion, und Sie möchten diese Flüchtlingskinder gut und angemessen unterrichten. Das kann mit diesem Haushalt definitiv nicht funktionieren. Sie müssen umsteuern. Sie brauchen ein Konzept zur Inklusion, und Sie brauchen ein vernünftiges Konzept zur Flüchtlingskinderbeschulung, sonst funktioniert das ganze System nicht mehr.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich denke, da ist mehr als zweifelhaft, wenn wir in Nordrhein-Westfalen noch nicht einmal mehr in der Lage sind, den Unterricht zu erteilen, der eigentlich gesetzlich vorgeschrieben ist, wie der Landesrechnungshof uns mitgeteilt hat. Wir haben strukturellen Unterrichtsausfall in Nordrhein-Westfalen, der nicht erfasst wird, weil er erst gar nicht im Stundenplan auftaucht. Dann wollen Sie uns heute erklären, mit 4.700 zusätzlichen Lehrern den strukturellen Unterrichtsausfall in den Griff zu bekommen, den normalen Unterrichtsausfall zu bewältigen und es auch

noch zu schaffen, die Vielzahl an Flüchtlingskindern ordentlich zu beschulen.

Das glauben wir Ihnen am heutigen Tag nicht. Frau Ministerin Löhrmann, wir glauben, dass Sie ein Riesenproblem der Organisation haben. Sie haben all unsere Anträge zu Schulverwaltungsassistenten, zu weniger Bürokratie, die wir Ihnen auf den Tisch gelegt haben, abgelehnt. Sie wollen in diesem System nicht umsteuern. Das wird nicht funktionieren. Deswegen lehnen wir am heutigen Tag diesen Haushalt ab. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Vogt. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Hendricks das Wort.

Renate Hendricks (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal, Frau Vogt, würdige ich, dass Sie anerkennen, dass die Leistungen, die wir mit diesem Haushalt vorlegen, wirklich absolut riesig sind. Wir stocken nämlich den Haushalt gegenüber dem Haushalt 2015 insgesamt um 1 Milliarde € auf. Das ist nun wirklich kein Pappentier, sondern das macht deutlich, welche Anstrengungen diese Landesregierung unternimmt, um wirklich Bildung weiterhin die höchste Priorität einzuräumen.

Ich möchte daran erinnern, dass wir zurzeit jeden dritten Euro in Bildung einsetzen und 25,5 % des Landeshaushaltes in den Einzelplan 05 geben. Das macht deutlich, es ist eben nicht so, dass wir in diesem Einzelplan nicht in ausreichender Zahl Lehrerstellen haben, sondern wir hinterlegen darin ausreichend Lehrerstellen.

(Beifall von der SPD)

Was Sie uns eben gesagt haben, ist das, was Sie uns seit vier Jahren immer wieder erzählen: null Inspiration, null neue Erkenntnisse, ob es sich dabei um den strukturellen Unterrichtsausfall handelt oder um die Frage der Schulassistenten oder darum, dass die falschen Steuerungselemente eingesetzt sind. All dies hören wir von Ihnen immer wieder im Schulausschuss. Aber Sie nehmen nicht wahr, was tatsächlich auf den Weg gebracht wird.

Natürlich gibt es ein Konzept zur Inklusion. Das haben wir in diesem Landtag immer wieder diskutiert. Natürlich gibt es übrigens auch Konzepte für die Unterrichtung von Flüchtlingskindern, die über das La-KI angeboten werden, über die kommunalen Zentren angeboten werden. Auf der Homepage des MSW finden sich ganz viele Hinweise dazu, wie man pädagogisch mit Flüchtlingskindern arbeiten kann. Haben Sie sich das schon einmal angesehen, haben Sie einmal geschaut, was tatsächlich im

Land vorhanden ist, wenn Sie hier solche Vorwürfe erheben? Ich kann das nicht verstehen.

Tatsächlich ist es so, dass wir mit dem Haushalt 2016 und mit den Ergänzungsvorlagen aufgrund der Haushaltssituation – Sie wissen, dass wir mit drei Nachträgen im Jahre 2015 gearbeitet haben – 5.766 zusätzliche Stellen schaffen. Damit reagieren wir auf die zusätzlichen 40.000 Schülerinnen und Schüler.

Außerdem werden auch noch einmal 2.113 Stellen dazu. Es kommen aber eben auch 388 Stellen ins System, die das System insgesamt unterstützen, nämlich mit multiprofessionellen Teams – 113 Stellen –, Schulpsychologen – die Sie übrigens gefordert haben –, die wir auch brauchen, 40 Stellen für die Schulaufsicht. Das begrüßt übrigens die Schulaufsicht ausgesprochen, weil es Stellen für die untere und für die obere Schulaufsicht sind. Außerdem werden auch noch einmal Mittel für Lehrerstellen im Bereich der Deutschförderung eingesetzt. Schließlich gibt es 211 Stellen für die OGS, weil wir nämlich die Zahl der Plätze deutlich erhöhen, um den Flüchtlingskindern und unseren eigenen Kindern – der Bedarf an OGS-Stellen ist weiterhin vorhanden – ein entsprechendes Angebot am Nachmittag machen zu können.

Ich möchte daran erinnern, dass alle Flüchtlingskinder mit dem doppelten Fördersatz in der OGS belegt werden und dass es eben auch möglich ist – das hat mir der Staatssekretär gerade noch einmal bestätigt –, dass Kinder unterjährig in die OGS aufgenommen werden, damit die Integration in der Schule auch tatsächlich gelingen kann.

Wir haben im letzten Jahr beschlossen, dass die OGS insgesamt mit einer Dynamisierung des Budgets von 1,5 % hinterlegt wird. Wir wissen, dass es nicht nur um mehr Geld geht, sondern dass auch der Fachdiskurs um die Qualität in der OGS geführt werden muss. Es ist auch eine deutliche Verzahnung von Schule und OGS erforderlich, um wirklich Qualität zu hinterlegen.

Ich bitte, in die Kommunen hinein den Wunsch auszusprechen, dass die Antwort auf die Frage, ob OGS als Bildungseinrichtungen vor Ort gesehen werden oder nicht, davon abhängt, ob die Kommune dahintersteht, dass die OGS eine Bildungseinrichtung ist, damit wir das, was wir erreichen wollen, über die OGS, eine gute Bildung, auch tatsächlich umsetzen können.

Meine Damen und Herren, mit diesem Haushalt reagieren wir auf die Flüchtlingszahlen. Wir reagieren aber auch auf die sonstigen Herausforderungen, die sich in diesem Land stellen. Ich will ein paar benennen.

Zunächst möchte ich mich aber – ich denke, das ist durchaus angebracht – bei den Lehrerinnen und Lehrern bedanken, die zurzeit die größte Last vor Ort haben, die Flüchtlingskinder, die ankommen, zu

unterstützen. Ich meine, für uns alle ist angesagt, uns bei diesen Lehrerinnen und Lehrern zu bedanken, die eine hervorragende Arbeit vor Ort leisten.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Ich erinnere auch daran, dass die Verabredungen aus dem Schulkonsens, die wir gemeinsam mit der CDU getroffen haben und die sich darauf stützen, dass wir die Demografieeffekte im System lassen, weiterhin Bestand haben. Dazu gehört die Umsetzung eines inklusiven Schulsystems, wie wir das vereinbart haben. Dazu gehört der Beginn der Umsetzung der Inklusion in den Berufskollegs, wofür wir 200 Stellen für multiprofessionelle Teams im Haushalt 2015 haben. Im nächsten Jahr kommen nochmals 110 zusätzliche Stellen hinein.

Dazu gehört der Ausbau des Ganztags – dazu habe ich gerade etwas gesagt –, aber auch der Ausbau des Ganztags in der Sekundarstufe I, und es gehört dazu, dass wir die Rahmenbedingungen insgesamt verbessert haben.

Ich erinnere an die Entlastungsstunden für Schulleiter. Ich erinnere daran, dass wir kleine Grundschulstandorte gesichert haben. Ich erinnere daran, dass wir allein 1.700 Stellen im Grundschulbereich gelassen haben. Ich erinnere auch daran, dass wir zurzeit, nachdem wir die Absenkung der Klassenfrequenzen in der Grundschule vollzogen haben, die Absenkung der Klassenfrequenzen in den weiterführenden Schulen vollziehen. Jährlich setzen wir dafür allein in diesem Jahr 255 Lehrerstellen ein, um die Klassenfrequenzen fortlaufend abzusenken.

Meine Damen und Herren, wir haben aber auch Herausforderungen zu stemmen, die in die Zukunft gerichtet sind. Dazu gehört auch das digitale Lernen.

(Monika Pieper [PIRATEN]: Sie hat es gesagt!)

– Wer hat es gesagt?

(Zuruf von Monika Pieper [PIRATEN])

– Aha, das digitale Lernen.

Digitale Medien bestimmen das Leben der jungen Generation immer stärker, und diese Entwicklung hat auch Auswirkungen auf Schule. Darüber sind wir uns im Klaren. Digitale Medien sind Lerngegenstände, Lernmittel und Organisationshilfe.

Aber ich erinnere auch daran, dass wir bei der Frage, wie wir jetzt beim Thema „digitale Medien“ vorgehen, einfach im Auge haben müssen, dass es in den vergangenen Jahren viele Schulträger gegeben hat, die in den Support investiert haben, wissen, dass sie in die Vergangenheit investiert haben und ihre Investitionen nicht zukunftssträchtig sind. Das heißt, es gibt nach wie vor eine große Unsicherheit bei den Schulträgern, wie sie eigentlich vorgehen sollen. Es gibt nach wie vor eine große Unsicherheit,

wie Schulen auszustatten sind, und es gibt sehr viele Fragestellungen, die bisher nicht ausreichend beantwortet sind.

Deswegen freue ich mich ganz besonders, dass das Land gerade dabei ist, mit LOGINEO eine Bildungsplattform zu erarbeiten, die ab 2016 allen Schulen zugänglich sein soll und damit eine Bildungsplattform im Land existiert, auf die alle Schulen zugreifen können, um auf diese Art und Weise Lernmaterialien, aber auch eine Vernetzung sicherzustellen.

Ja, liebe Frau Pieper, auch wir möchten nicht, dass Schüler und Schülerinnen als digitale Analphabeten aus der Schule entlassen werden. Wir sind uns einig, hier etwas tun zu müssen.

(Beifall von Monika Pieper [PIRATEN])

Aber Sie finden auch im Einzelplan 05 bereits eine Aufstockung der Personalmittel und eine Aufstockung der Sachmittel. Wir fangen an, die Lehrerbildungszentren auszustatten, und wir werden 30 zusätzliche Stellen für Medienberater vorsehen, die dann die Beratung vor Ort vornehmen sollen, um dort Konzepte zu entwickeln.

Zu den Berufskollegs habe ich schon etwas gesagt. Aber ich möchte noch das Thema „Islamunterricht“ aufgreifen, was mir besonders wichtig ist. Viele der Schüler und Schülerinnen, die uns zurzeit in Nordrhein-Westfalen erreichen, sind islamischen Glaubens. Wir werden mehr islamischen Unterricht anbieten müssen, als wir uns das vor ein paar Jahren vorgestellt haben. In der Zwischenzeit gibt es islamischen Unterricht an 176 Schulen. Wir haben 132 Studierende, die zurzeit in der Ausbildung sind und 2017 in den Vorbereitungsdienst gehen würden. Auch in diesem Haushalt haben wir wieder 50 zusätzliche Stellen für den islamischen Unterricht vorgesehen.

Ich bin aber der Auffassung, dass wir angesichts der Herausforderungen, die uns gerade in diesem Bereich bevorstehen, die Ausbildungskapazitäten werden erhöhen müssen. Ich bin auch der Meinung, der Bund wird uns hier unterstützen müssen. Denn mit einer Universität in Nordrhein-Westfalen werden wir das nicht gestemmt bekommen.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, auch in der Weiterbildung stehen wir vor riesigen Herausforderungen. Viele der jungen Menschen, die zurzeit in Nordrhein-Westfalen ankommen, sind zwischen 18 und 25 Jahren. Diese jungen Menschen benötigen mehr als nur Sprachangebote. Sie brauchen Halt und Orientierung. Hier müsste es auch eine unterstützende Umgebung geben. Zurzeit ist immer noch nicht ausreichend geklärt, welche Maßnahmen vom Bund in welchem Umfang zu welchen Konditionen da sind.

NRW hat seine eigenen Ansätze in der Sprachförderung in der Grundbildung erhöht und insgesamt eine Erhöhung um 2,5 Millionen vorgenommen plus 100.000 für das Berichtswesen. Wenn ich auf die Ergebnisse der Jahrestagung der Volkshochschulen schaue, die in dieser Woche in Münster stattgefunden hat, ist es dringend erforderlich, dass eine andere und bessere Koordinierung zwischen den Ländern und dem Bund stattfindet, um zu einem effektiven Einsatz der Mittel zu kommen.

Frau Löhrmann, Sie haben deutlich gesagt, dass Sie mit dem Workshop genau da hineingrätschen und schauen wollen, wie wir die Mittel effektiver einsetzen können, um auf diese Art und Weise sicherzustellen, dass am Ende für die jungen Menschen in Nordrhein-Westfalen tatsächlich eine Perspektive entsteht.

Ich komme zum Schluss. Wir leben international in krisenhaften Zeiten. Die Entwicklungen, auf die wir keinen Einfluss haben, werden uns Flexibilität, Kreativität, aber auch Geld abverlangen. Damit werden wahrscheinlich in den nächsten Monaten auch haushaltsrelevante Entscheidungen verbunden sein, deren Größenordnung wir heute noch nicht kennen. Ich würde mich aber freuen, wenn wir das hier im Landtag wie bei den Nachtragshaushalten in großem Einvernehmen mit der Opposition durchführen könnten. – Ich bedanke mich fürs Zuhören.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Hendricks. – Für die FDP-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Gebauer das Wort.

Yvonne Gebauer (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mir bei einer meiner letzten Haushaltsreden einen grünen Schal angezogen. Herr Römer, jetzt habe ich mir sozusagen Ihre rote Brille zugelegt. Aber es nutzt nichts. Auch diesem Haushalt werden wir trotz der Accessoires nicht zustimmen können. Es bleibt ein Haushalt mit einer Schwerpunktsetzung, der wir nicht folgen können.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Frau Vogt hat ihre Ausführungen mit positiven Worten begonnen. Das möchte auch ich gerne tun. Es wird nicht die ultimative Lobhudelei. Aber ich werde dem Ministerium doch einige positive Aspekte zugutehalten.

Wir erkennen an, die momentane Situation ist in Bezug auf die Flüchtlinge sehr schwierig einzuschätzen, sodass die Aufstellung des Haushalts für die Landesregierung eine schulpolitische Herausforderung darstellt.

Wir begrüßen es ausdrücklich, wie die Landesregierung auf die Flüchtlingskrise reagiert hat: mit der Bereitstellung Tausender zusätzlicher Stellen – 113 Stellen für multiprofessionelle Teams und 20 Stellen für Schulpsychologen.

Auch die Ausweitung – Frau Hendricks hat es schon angesprochen – der OGS, der offenen Ganztagsplätze an den Grundschulen ist ebenfalls zwingend notwendig. Auch da stimmen wir mit der Landesregierung überein. Doch die Ausweitung wird den Bedarf in den einzelnen Orten bei Weitem noch nicht decken. Da ist immer noch Luft nach oben. Gleichwohl werden hier in nicht geringer Zahl Plätze geschaffen.

Auch positiv ist zu bewerten, dass nach entsprechenden Erhöhungen nunmehr 2,5 Millionen € für die Alphabetisierung und die Grundbildung zur Verfügung stehen.

Aber jetzt muss ich den Cut machen, wie es auch Frau Vogt getan hat, denn wir sind mit dem Loben an der Stelle fertig. Denn wir sehen auch – das ist nicht nur am heutigen Tage, sondern auch an den Tagen zuvor immer wieder gesagt worden –, dass in diesem Haushalt auch mit Buchungstricks gearbeitet wird und

(Ministerin Sylvia Löhrmann: Wo denn?)

dass Einsparbemühungen leider nicht zu erkennen sind. Mit Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit hat diese Politik in Nordrhein-Westfalen nichts zu tun, im Gegenteil: Den jungen Menschen werden Mühlsteine um ihre Hälse gelegt.

(Eva Voigt-Küppers [SPD]: Ach!)

Das können wir so nicht unterstützen.

(Beifall von der FDP)

Ich werde mich heute in meiner Rede auf drei Schwerpunktthemen beschränken: die Flüchtlinge, der Umgang der Landesregierung mit den verschiedenen Schulformen in Nordrhein-Westfalen und zu guter Letzt klassisch die Inklusion.

(Eva Voigt-Küppers [SPD]: Sie sagen selbst schon „klassisch“!)

– Sie haben sich das ja fast gedacht. Daher freue ich mich, wenn ich Ihren Erwartungen gerecht werde.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Ich beginne mit der großen Aufgabe, die wir alle zu meistern haben, nämlich mit der Aus- und Weiterbildung der Flüchtlingskinder und -jugendlichen. Auch wenn zusätzliche Stellen zweifellos dringendst notwendig sind, stellt sich die Frage, in welcher Form diese Stellen mit kw-Vermerken – „kann wegfallen“ – versehen sind. Denn wir reden auch von einer Ausfinanzierung – Herr Kaiser hat das in der letzten Schulausschusssitzung angesprochen – von Grundbedarfen.

Wenn man sich den Zeitpunkt dieser kw-Vermerke ansieht, drängt sich doch ein Stück weit der Verdacht auf, dass als Leitgedanke nicht wirklich die Bedürfnisse der einzelnen Kinder und Jugendlichen im Vordergrund stehen, sondern diese kw-Stellen eher entsprechend der mittelfristigen Finanzplanung und der Kommunikation im anstehenden Wahlkampf für 2017 die Leitplanken darstellen. Das sage ich nur als kleines Beiwerk zum Haushalt.

Wir haben in unserem Antrag in einer der letzten Sitzungen auf die abschlussbezogenen Lehrgänge Bezug genommen und angemerkt, dass dabei zeitnahe Handlungsbedarf besteht. Diesen Antrag haben Sie regelrecht vom Tisch gewischt.

Aber in der Weiterbildungskonferenz waren die Weiterbildungsträger mit ihrer Kritik offensichtlich näher bei uns, der Opposition, als bei Rot-Grün. So erfreulich die zusätzlichen Mittel gegen Analphabetismus und für die Grundbildung auch sind – die Weiterbildungsträger haben in dem fraktionsübergreifenden Gespräch unmissverständlich zu verstehen gegeben, dass oftmals diese Kurse an Volkshochschulen gar nicht stattfinden und stattfinden können.

(Ministerin Sylvia Löhrmann: Die Bundeskurse!)

– Die Bundeskurse. Wir werden darüber noch sprechen, Frau Ministerin Löhrmann.

(Ministerin Sylvia Löhrmann: Die Bundeskurse, nicht die Landeskurse! Das ist ein großer Unterschied! – Sigrid Beer [GRÜNE]: Das ist auseinanderzuhalten!)

– Das hat auch damit etwas zu tun, Frau Ministerin Löhrmann, dass natürlich jetzt viele Lehrerinnen und Lehrer bzw. Pädagogen von den Volkshochschulen an die Schulen gehen, weil sie dort schlicht und ergreifend besser bezahlt werden. Das haben uns die Kommunen entsprechend zurückgespiegelt. Das hat damit auch zu tun.

(Beifall von der FDP – Eva Voigt-Küppers [SPD]: Was hat das mit Fehlstunden zu tun? – Inge Howe [SPD]: Das hat keinen Einfluss darauf! – Eva Voigt-Küppers [SPD]: Nein!)

Das zweite große Thema, das ich ansprechen möchte, ist der Umgang der Landesregierung mit den verschiedenen Schulformen. Das zieht sich wie ein roter Faden durch die vergangenen Jahren: Sie mit Ihrer rot-grünen Bevorteilungspolitik

(Zuruf von den GRÜNEN: Ui, ui, ui!)

kommen wenigen Schülerinnen zuvor, jedoch geht diese Politik zulasten einer großen Mehrheit von Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen.

Ich möchte das beispielhaft an Schulen längeren gemeinsamen Lernens, insbesondere an Sekundarschulen darstellen. Frau Hendricks, Sie haben – ich glaube, das war in der letzten Sitzung – zum

ersten Mal erklärt – zumindest habe ich das zum ersten Mal wahrgenommen –, wir hätten die Schulen des längeren gemeinsamen Lernens mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet. Das kann man tun, aber dann muss man dazu auch stehen. In der Vergangenheit haben Sie dies des Öfteren nicht getan. Wenn Sie es allerdings getan haben, haben Sie es immer damit begründet, es gebe eine sehr heterogene Zusammensetzung der Schülerschaft.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: So ist es!)

– Ich bin froh, Frau Beer, dass Sie das so sagen. Denn wir haben auch eine immer stärker heterogene Schülerschaft an den Gymnasien – bei 40 % Übergangsquote von den Grundschulen an Gymnasien. In Ihrer Heimatstadt Bonn, Frau Hendricks, sind das 60 %. Das sind nicht alles Kinder und Jugendliche – das muss man auch einmal sagen – mit einer Gymnasialempfehlung. Da setzt sich die Schülerschaft auch immer stärker heterogen zusammen. Da wünschte ich mir genauso, dass Sie diese Kinder und Jugendlichen in den Blick nehmen und dort auch Stellen zur Verfügung stellen, damit sie dort entsprechend unterrichtet werden können.

(Beifall von der FDP und Michael-Ezzo Solf [CDU])

Die FDP war die einzige Fraktion, die sich auf den Weg gemacht und gesagt hat: Lassen Sie uns doch die 2.000 Stellen, die wir nach dem Wegfall des doppelten Abiturjahrgangs haben, im System belassen, damit wir dann auf diese Schülerschaft eingehen und auch hier Schwerpunkte setzen können. Aber das haben Sie nicht getan. Sie haben weiterhin Ihre Lieblingskinder im Blick, und das kritisieren wir.

Ich möchte Ihnen auch noch andere Beispiele nennen, zu denen ich Ihnen ganz klar sagen: Sie arbeiten hier mit Bevorzugungen. Das kann man alles machen, aber dann muss man in der Öffentlichkeit auch dazu stehen, und man muss es sich auch gefallen lassen, dass wir als Opposition das entsprechend kritisieren.

Wir haben zehn Gemeinschaftsschulen, für die im Vergleich zu den Realschulen 109 Stellen on top gestellt. Wir haben fünf Primusschulen in Nordrhein-Westfalen, für die es 47 Stellen on top sind. Meine Damen und Herren, das müssen Sie sich wirklich mit Blick auf die Stellen, die Sie für Flüchtlinge ins System geben – ja, d'accord –, auch gefallen lassen, weil wir über 150 Stellen für Ihre Lieblingskinder und Ihre Schulversuche ins System geben, die anderen Kindern fehlen.

(Beifall von der FDP)

Zu den Realschulen und Hauptschulen habe ich schon oft etwas gesagt. Ich werde mich hierzu kurzfassen. Sie fristen in unserem Land leider ein ungeliebtes Dasein,

(Eva Voigt-Küppers [SPD]: Das ist schon hundertmal widerlegt worden!)

obwohl es zum Beispiel an den Hauptschulen weiterhin 100.000 Schülerinnen und Schüler gibt. Auch die, finde ich, müssten entsprechend mehr in den Fokus gerückt werden.

Das Gleiche gilt für die Berufskollegs. Dort haben Sie in den vergangenen Jahren 500 Stellen gestrichen, obwohl wir an den Berufskollegs die größte „Kienbaumlücke“ in Nordrhein-Westfalen haben.

Wir haben Sie aufgefordert und fordern Sie auch weiterhin auf, den Berufskollegs wenigstens die letzte verbleibende Tranche in Höhe von 229 Stellen doch noch zu überlassen.

(Beifall von der FDP)

Ich habe nur noch wenig Zeit für das Thema „Inklusion“. Aber wir haben uns – Frau Vogt hat das Thema auch schon angeschnitten – in dieser Woche bereits mit der Inklusion befasst. Deshalb nenne ich nur zwei kurze Beispiele.

Erstens. Sie senken das Stellenbudget im Bereich der Lern- und Entwicklungsstörungen sogar noch weiter, nämlich um 54 Stellen. Auch das halten wir für unverantwortlich.

Zweitens. Die Ausbildung im Rahmen der VOBASOF entwickelt sich immer mehr zum Flopp. Wir haben das entsprechend vorhergesagt. 250 Plätze sind hier freigehalten worden. Im Februar dieses Jahres haben sich noch sage und schreibe 65 Menschen darauf beworben. Im August dieses Jahres waren es nur noch 53.

Frau Löhrmann, einen Satz muss ich doch loswerden. Als ich Sie darauf in der letzten Sitzung des Schulausschusses angesprochen habe, haben Sie gesagt, dies könne vielleicht damit zusammenhängen, dass sich an den Schulen der Bedarf an Sonderpädagogen möglicherweise normalisiere. Ich bin darauf gespannt, was die Lehrerinnen und Lehrer der verschiedenen Schulformen Ihnen hier entgegenzuhalten haben. Ihnen wird wahrscheinlich das Lachen im Hals steckenbleiben, und sie werden völlig entgeistert sein. Denn wenn wir eines nicht haben in Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren, dann ist das eine ausreichende Zahl an Sonderpädagogen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Gebauer. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gut, dass ich mir erst gar keine Rede aufgeschrieben habe. Denn diese würde ich jetzt zur Seite legen, weil ich auf einige Punkte – auch auf das, was gestern in die-

sem Raum gesagt worden ist – sehr aktuell eingehen muss.

Frau Kollegin Gebauer, war das, was Sie gerade über die Heterogenität am Gymnasium, dass alle Kinder dort unterrichtet werden sollen, ein Plädoyer für ein inklusives Gymnasium, das auch Kinder beschult, die dieses nicht bis zum Abitur besuchen werden? War das ein Plädoyer für das Abschaffen der Orientierungsstufe?

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Dann sollten wir darüber noch einmal grundsätzlich reden. Wir können dann in der Tat über sehr viele Dinge miteinander reden. Denn am Gymnasium beträgt die Lehrerwochenstundenverpflichtung bereits jetzt 25,5 Wochenstunden. An den Gesamtschulen, an den Sekundarschulen ist es genauso. Da stellt sich die Frage: Wo werden die Sekundarschulen denn bessergestellt als andere Schulen? Das müssten Sie sich auf der Zunge zergehen lassen.

Wenn wir darüber ins Gespräch kämen, böte das eine interessante Perspektive. Das war das Erste.

Zweitens. Ich fand einen Punkt gestern wirklich dreist und scheinheilig. Herr Kollege Witzel ist heute leider nicht da.

(Renate Hendricks [SPD]: Doch!)

– Er ist nicht im Saal. – Wenn hier zusätzliche Bedarfe angemeldet werden, werden Sie – bei allem Wohlwollen, das Sie und Frau Vogt in den ersten zwei Minuten Ihrer Rede geäußert haben – dann auch noch vom Sparen reden? In welchem Bereich denn bitte?

Ihr Kollege Witzel hat gestern hier verkündet, das Sparziel betrage 700 Millionen €. Wer in diesem Land 700 Millionen € einsparen will, der muss 14.000 Stellen infrage stellen. Da stellt sich die Frage: Wo denn? Im Polizeibereich? Im Schulbereich?

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich wollte es heute eigentlich nicht wieder sagen, aber Sie rekurren so auf die „Kienbaumlücke“ und anderes: 10.000 Stellen hatte Schwarz-Geld in der mittelfristigen Finanzplanung gestrichen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir haben die Stellen im Bereich der Schule erst einmal beibehalten. Wir mussten 1.000 ausfinanzieren, die in Ihrem Haushaltsplan damals gar nicht hinterlegt waren. Auch das mussten wir machen. Jetzt schaffen wir zusätzliche 5.766 Stellen, weil immer mehr Kinder zu uns kommen.

Frau Vogt, das alles sind unsere Kinder.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wenn Sie sich auf diese Art und Weise zur Trägerin von Bedenken machen, möchte ich Sie fragen: Was haben Sie gestern darauf gesagt, als die Sorge ge-

äußert wurde, ob wir Flüchtlingskinder dann noch verantwortlich aufnehmen können? Haben Sie – wie Sie es hier auch immer machen – diese Sorgen noch geschürt? Haben Sie aufrichtig gesagt, dass diese Landesregierung über 5.000 Stellen schafft und dies allen Kindern zugutekommt?

Die Art und Weise, in der Sie Ihren Beitrag heute dargeboten haben, führt dazu, dass Sie zu denen gehören, die in dieser Gesellschaft nach Art der AfD zündeln. Genau so! Das ist unverantwortlich.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD –
Petra Vogt [CDU]: Unverschämt! Dafür entschuldigen Sie sich!)

Das hat nichts mit dem Transportieren von Botschaften zu tun. Die Botschaften höre ich. Sie haben gefragt: Ist es verantwortlich, bei uns Flüchtlingskinder zu beschulen?

(Petra Vogt [CDU]: Ja, das kann ich Ihnen gern sagen!)

Ich frage Sie: Was haben Sie darauf als verantwortliche Demokratin geantwortet? Das ist doch wirklich unglaublich.

(Beifall von den GRÜNEN – Petra Vogt [CDU]: Unverschämt!)

Sie haben diese Botschaft hier weiter perpetuiert,

(Petra Vogt [CDU]: Von mir werden Sie heute nichts mehr hören!)

indem Sie ganz deutlich gesagt haben, dass Unterdeckung bestehe.

Wir haben gemeinsam vereinbart – das müssten Sie dann auch darstellen, Frau Kollegin Vogt –, dass die demografischen Effekte weiter einbezogen werden und wir die geschaffenen Stellen gemäß des Schulkonsenses zur kontinuierlichen Verbesserung des Systems verwenden. Das sind strukturelle Verbesserungen, die zeigen, dass sich die „Kienbaumlücke“ kontinuierlich schließt. Das können wir seit 2010 sehen.

Im Übrigen hat in der Bildungskonferenz – auch das müssen Sie nachvollziehen – niemand auf Folgendes rekurriert: Jetzt schließen wir zunächst die „Kienbaumlücke“. – Vielmehr haben wir gesagt: Wir schaffen die strukturellen Verbesserungen gemeinsam, um dieses System langfristig immer besser auszustatten und die Rahmenbedingungen zu verbessern. – Das wird bei all dem leider vergessen.

Sie sagen, wir sollten investieren. Ihre Art der Unterrichtsausfallerhebung würde uns weitere 255 Stellen kosten und brächte uns keine weiteren Erkenntnisse.

Lassen Sie uns bitte in den Diskurs gehen: Wie kommt der Unterrichtsausfall zustande? Liegt es an der Stundenorganisation? Wo sind wirklich Bedarfe, wo nachgesteuert werden muss? Dieser strukturel-

len Diskussion haben Sie sich bisher auch verweigert. Das ist leider immer wieder anzumerken.

Das Thema „Schulpolitik“ ist sensibel. Wenn über das Thema so diskutiert und die Botschaft so transportiert wird, dann richten wir Flurschaden an. Wir können miteinander über Konzepte streiten, wir können uns darüber, ob Weg A oder B richtig ist, streiten. Aber die Art und Weise Ihrer Diskussion heute, geht in die Richtung der Botschaften derjenigen, die wir in diesem Land nicht befördern sollten. Ich will noch einmal sehr deutlich sagen: Das ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Danke, Frau Kollegin Beer. – Für die Piraten-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Pieper das Wort.

Monika Pieper (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich an dieser Stelle – gar nicht so emotional – der Kollegin Beer anschließen. Ich halte es aber für sehr gefährlich und völlig unangemessen, die Frage der Beschulung von Flüchtlingen in irgendeiner Form mit der Inklusion zusammenzubringen. Damit nutzen wir weder dem einen noch dem anderen.

(Beifall von den PIRATEN, der SPD und den GRÜNEN)

Auch von unserer Seite aus möchte ich der Landesregierung Anerkennung und einen herzlichen Dank für ihre Bemühungen in den letzten Wochen und Monaten sagen. Sie hat vieles geschafft, was uns gerade bei der Beschulung von Flüchtlingen nach vorne bringt.

Wir haben gehört, dass wir einen Haushalt von fast 17,3 Milliarden € haben. Man muss aber einfach feststellen und ehrlicherweise sagen, dass der Gestaltungsspielraum nicht sehr groß ist. Es hört sich immer so an, als sei das unheimlich viel Geld, das wir nach Lust und Laune verteilen können. Wir müssen aber halt feststellen: Vieles ist einfach durch Personal gebunden.

(Ministerin Sylvia Löhrmann: Zu Recht!)

– Zu Recht! Genau!

Wir stehen heute hier, um uns zu überlegen, was wir in der Zukunft tun wollen. Für was für eine Zukunft müssen wir die Schüler eigentlich fit machen? Wo wollen wir das Geld einsetzen? Welche Ziele wollen wir erreichen?

Das sind wichtige Fragen, auf die wir Antworten finden müssen – insbesondere wenn es um den Haushalt, also darum geht, welche Mittel wir im nächsten Jahr für welche Zwecke bereitstellen. Diese Frage stellt sich aktuell in besonderer Dringlichkeit, denn unsere Bildungseinrichtungen stehen

heute vor weit größeren Herausforderungen, als wir das noch vor einigen Wochen oder Monaten erwartet haben.

Integration durch Bildung – das ist gerade mehrfach gesagt worden – wird der Schlüssel zum Erfolg für Flüchtlingskinder, aber auch für Erwachsene sein. Darüber dürfen wir aber auch andere Themen nicht vergessen. Da gibt es zum einen den Anspruch auf eine hochwertige Umsetzung der schulischen Inklusion. Zum anderen gibt es die gesellschaftliche Veränderung durch die digitale Revolution, der auch unser Bildungswesen Rechnung tragen muss. Und wir haben immer noch nicht die Förderung bildungsbenachteiligter Kinder und Jugendlicher ausreichend in den Griff bekommen. Das haben wir, glaube ich, in den letzten Monaten aufgrund der aktuellen Problematik so ein bisschen vergessen.

Zum Thema „Inklusion“ haben wir schon am Mittwoch einiges besprochen. Da haben wir über die GEW-Umfrage gesprochen. Ich glaube, dass die Anhörung im Februar sicherlich noch einige Erkenntnisse bringen wird. In unserem Antrag stehen letztendlich genau die Forderungen, die durch die Umfrage der GEW bestätigt worden sind. Ich glaube, jeder in diesem Haus sollte inzwischen begriffen haben, dass wir da nachsteuern müssen, dass es, so wie es jetzt ist, nicht reicht. Das wird sich auch nicht irgendwann von selber regeln. Da brauchen wir strukturelle Verbesserungen.

Das Thema „Inklusion“ wird uns im nächsten Jahr sicherlich weiterhin beschäftigen. Ich habe aber ganz leichte Zeichen von der Landesregierung wahrgenommen, dass man durchaus bereit ist, darüber noch einmal zu sprechen und eventuell an der einen oder anderen Stelle eine Verbesserung vorzunehmen. Sie haben ja gesagt, das sei nur das erste Schulrechtsänderungsgesetz zur Inklusion. Ich bin also gespannt, was da weiter kommen wird.

(Iris Preuß-Buchholz [SPD]: Die Evaluation ist beschlossen!)

Ich komme dann zum Thema „Digitalisierung“. Das war wirklich gerade ganz spontan, Frau Hendricks: Hurra, sie hat es gesagt! – Zum ersten Mal, seit ich in diesem Landtag bin, spricht eine Fraktion zum Thema „Digitalisierung in der Schule“. Wow!

(Michele Marsching [PIRATEN]: Außer uns!)

– Na klar! Außer uns!

Die anderen Fraktionen haben es wieder mit keinem Wort erwähnt. Frau Hendricks hat aber zu Recht gesagt: Wir fangen jetzt an. – Hätte man vor zwei, drei Jahren angefangen, wären wir da sicherlich ein ganzes Stück weiter.

Positiv finde ich, dass Sie das hier in der Haushaltsrede erwähnen. Denn das zeigt, dass Sie begriffen haben, dass man, um das voranzubringen, tatsächlich Geld in die Hand nehmen muss. Das alles gibt

es nicht kostenlos. Ich finde das schon einmal superprima.

(Iris Preuß-Buchholz [SPD]: Dafür müssen andere Sachen dann aber auch ausreichend zu Ende geführt worden sein! – Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Man nennt so etwas Multitasking!)

– Ich denke, wir werden ausreichend Gelegenheit haben, darüber zu reden. Es wundert aber, denke ich, niemanden, dass ich das hier zum Thema mache.

Schule muss sich jetzt tatsächlich der Lebenswirklichkeit der Schülerinnen und Schüler anpassen. Wir reden ganz häufig auch von Motivation bzw. von Lust auf Schule. Ich denke, wenn sich Schule dieser Lebensrealität der Kinder und Jugendlichen nicht anpasst, dürfen wir uns nicht wundern, dass sie nicht mehr gerne zur Schule gehen, weil die Schule dann eine Parallelwelt ist, die mit ihrem normalen Leben überhaupt nichts mehr zu tun hat. Deshalb müssen wir unbedingt die Rahmen für digitales Lernen verbessern.

(Unruhe)

– Wollt Ihr weitermachen? Oder ich? Mir ist es egal!

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielleicht verständigen Sie sich demnächst vorher. Das erleichtert uns das Verfahren. Bis auf Weiteres haben Sie das Wort.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Monika Pieper (PIRATEN: Ich habe letztes Jahr gehört, man bräuchte ein koordiniertes Vorgehen mit den Kommunen. Dann habe ich habe gewartet und gewartet. Wo ist denn das koordinierte Vorgehen mit den Kommunen? Also die Kommunen werden das alleine nicht schaffen. Es macht auch keinen Sinn, wenn jede Kommune das Rad selber neu erfindet. Ich würde mir wünschen, dass man sich tatsächlich einmal mit den Spitzenverbänden zusammensetzt und guckt: Wie kriegen wir denn da eine Struktur hinein? Welche Strategie brauchen wir, um gemeinsam etwas zu tun? Sie werden dann sagen: Konnexität, Konnexität. Da haben Sie recht. Es steht aber nirgendwo, dass es der Landesregierung verboten ist, die Kommunen zu unterstützen.

Wir begrüßen an dieser Stelle, dass Sie im Haushalt die Kompetenzteams verstärken, um so die Schulen in Bezug auf ihre Medienkompetenz bzw. Medienkonzepte besser zu unterstützen. Das – diese Stellen – ist genau das, was wir letztes Jahr schon gefordert haben. Jetzt sind sie endlich da. Hurra!

In diesem Zusammenhang will ich noch einmal für die Möglichkeiten werben, die der Einsatz von Lernmitteln unter freier Lizenz bietet. Dabei geht es um sogenannte OER-Materialien. Das sind Mittel,

um eine neue Form des Lernens zu unterstützen. Der Bund hat bereits erste Schritte zur Förderung von OER unternommen. In dieser OER-Bubble sind halt auch einige von der SPD, die im Bundestag tätig sind und das massiv unterstützen. Das finde ich ganz großartig. Außerdem haben die UNESCO, die OECD, das Bundesministerium für Bildung und Forschung und die Kultusministerkonferenz dieses Thema ganz oben auf die Agenda gesetzt. Was passiert in NRW? – Nichts.

Ich verstehe nicht, wer hier auf die Bremse tritt. Eigentlich sollte es doch unser aller Interesse sein, in dieser Hinsicht voranzukommen. Letztes Jahr haben wir bereits einen Haushaltsänderungsantrag gestellt; den wollte man aber nicht, er sei nicht nötig. Dann muss ich mich doch fragen, wessen Interessen hier eigentlich verfolgt werden. Sind das die Interessen der Schüler, der Lehrer bzw. der Menschen, oder sind das die Interessen der Schulbuchverlage? Diese Frage muss in diesem Zusammenhang einmal gestattet sein.

(Beifall von den PIRATEN)

Meine Damen und Herren, zu der Geschwindigkeit dieser Landesregierung in Bezug auf die digitale Entwicklung der Schule muss ich Ihnen Folgendes sagen: Die digitale Entwicklung wird nicht solange warten, bis das Schulministerium so weit ist. Sie wird immer weiter fortschreiten. Das ist fast so, als würde ein Audi neben einem Fahrrad fahren. Das wird so nicht gelingen. Der Audi wird immer kilometerweit vorne liegen.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Nein, die fahren hintereinander! Das haben wir doch gerade gehört!)

Das heißt, in dieser Hinsicht ist jetzt ein bisschen Tempo nötig.

(Beifall von den PIRATEN)

Eigentlich wollte ich jetzt noch etwas zum Fach Informatik an Grundschulen sagen. Das spare ich mir aber. Damit werden wir sicherlich nächstes Jahr um die Ecke kommen. Wir wissen, dass es ein Modellprojekt an Grundschulen gibt. Das finde ich prima. Wir brauchen aber keine Modellprojekte, sondern wir brauchen flächendeckend mehr Informatik an den Grundschulen.

Ich sehe gerade, dass ich nicht mehr viel Zeit habe, aber ich möchte doch noch kurz etwas zur Integration sagen. Herr de Maizière sagte in diesem Zusammenhang: Für Flüchtlinge müssen wir Bildungsstandards in Deutschland kurz senken. – Meine Damen und Herren, das kann es doch wohl wirklich nicht sein.

(Beifall von den PIRATEN, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Stattdessen gilt es, eine möglichst schnelle Integration der Zuwanderer in unseren Bildungseinrichtun-

gen zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang gibt es ein paar Nadelöhre, die ich benennen will.

Zum einen geht die Schaffung von Schulplätzen im Moment nicht schnell genug voran. Wir brauchen in den Integrationszentren auf kommunaler Ebene noch einige Lehrerstellen, damit das schneller funktioniert. Es muss überlegt werden, was die Lehrer an den Schulen leisten müssen.

Frau Beer schaut mich gerade an. Ich erinnere an dieser Stelle einmal kurz an Toronto. Ist es nicht sinnig, eine gründliche Anamnese zu machen, bevor man entscheidet, an welcher Schule ein Kind gut aufgehoben ist? Und dazu sollte sofort sofort ein Förderplan erstellt werden.

Jetzt ist meine Redezeit zu Ende. Trotzdem möchte ich noch einen Satz zur Weiterbildung sagen, obwohl ich darüber auch noch zehn Minuten reden könnte. Wir müssen die jungen Erwachsenen zwischen 18 und 25 ganz dringend in den Blick nehmen; denn bei ihnen werden die Probleme auftauchen. Die Schüler besuchen eine Schule. Das bedeutet, sie entweichen uns nicht, sondern wir fangen sie auf. Aber wir müssen unbedingt darüber nachdenken, was wir unternehmen, um bei den jungen Erwachsenen Sicherheit zu schaffen. – Danke schön.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Danke, Frau Kollegin Pieper. – Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Löhrmann das Wort.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Diese Diskussion zum Haushalt umfasste ein ziemlich breites Feld mit ganz vielen verschiedenen Facetten. Ich würde sagen, dieser Haushalt ist mehr als ein Accessoire, Frau Gebauer, er ist vielmehr eine ganz große Anstrengung.

Das Thema „Schule und Weiterbildung“ besitzt eine hohe Priorität, und deshalb ist dieser Einzelplan 05 ein Rekorderzelplan. Heute wird der größte Schuletat beraten, den es jemals in der Geschichte Nordrhein-Westfalens gegeben hat, und das angesichts der – trotz der Flüchtlingssituation und der Zuwanderung – sinkenden Schülerinnen- und Schülerzahlen. Das ist eine ganz große Leistung. Auch der Kommunaletat, liebe Frau Pieper, ist gewachsen, weil wir unsere Kommunen auch im Gesamthaushalt bei ihren Aufgaben ganz offensiv unterstützen.

Insgesamt beträgt die Summe des Einzelplans 17,3 Milliarden €. Das ist 1 Milliarde € mehr als in 2015. Seit dem Jahr 2010 – diesen Vergleich müssen wir ziehen – ist der Einzelplan 05 um über 3,3 Milliarden € gewachsen. Das ist eine Steigerung

um 23 %. Das möchte ich hier noch einmal festhalten.

Eines vorab: Ich habe mich natürlich über die Würdigung unserer Anstrengungen bezogen auf die Flüchtlingskinder gefreut, aber das ist nicht der einzige Bereich, in dem wir unsere Anstrengungen für gute Schulen massivst gesteigert haben, meine Damen und Herren. Ich habe mich sehr gewundert, Herr Kaiser, dass Frau Vogt gesagt hat, beim Thema „Flüchtlinge“ gebe es mehr Geld; das sei gut, aber dann höre die Gemeinsamkeit auch auf. Wir haben doch einen Schulkonsens. Hat sich die CDU etwa vom Schulkonsens verabschiedet? Der Schulhaushalt setzt auch den Schulkonsens weiterhin auf Punkt und Komma um, meine Damen und Herren von der CDU. Das ist mir ganz wichtig, hier festzuhalten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Auch dafür fließen nennenswerte Mittel. Hört die Gemeinsamkeit auf, weil Sie nach der Steuerung gefragt haben? Der Input, also die 17,3 Milliarden €, sei okay, aber der Output stimme nicht. Wo liegt denn dann das Problem? Wir haben doch die grundsätzlichen Fragen der Steuerung unseres Schulsystems in Nordrhein-Westfalen nicht verändert, meine Damen und Herren von der CDU. Das fand ich hoch interessant. Ich habe eher den Eindruck, Sie mussten sich irgendetwas überlegen, damit Sie an einem Etat herumäkeln können, der sich mit den Investitionen und Anstrengungen, die wir vorgesehen haben, wirklich sehen lassen kann.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben die selbstständige Schule. Das ist in Nordrhein-Westfalen eine Errungenschaft, und viele folgen uns jetzt auf diesem Weg. Das war vor 15 Jahren so umstritten wie es heute in Teilen die Inklusion ist. Deswegen ist es richtig, dass wir mutig bestimmte Fragestellungen angehen. Stellen Sie das infrage? Sollen wir jetzt noch hinter jeden Lehrer jemanden stellen, der aufpasst, ob die Arbeit richtig gemacht wird? Das Versagen läge dann irgendwo dazwischen, sagt Frau Vogt! Ich bin ausdrücklich nicht dieser Meinung, meine Damen und Herren.

Wir investieren in den Schulkonsens, und wir investieren ganz massiv in den Ausbau des Ganztags, der inzwischen enorm gewachsen ist. Ich berechne auch das, weil hier immer unterstellt wird, wir würden die Schulformen nicht gleich behandeln. Jeder Antrag einer Realschule und jeder Antrag eines Gymnasiums auf Ausbau zu einer gebundenen Ganztagschule ist von mir bewilligt worden. Das will ich hier noch einmal ganz klar und deutlich sagen. Mit subtilen Vorwürfen, die einfach nicht haltbar sind, wird hier etwas unterstellt, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Natürlich will ich auch ein paar Sätze zur Inklusion sagen. Aufgrund der gestiegenen Anforderungen müssen wir mehr Mittel für die Inklusion bereitstellen. Sie tragen Beispiele vor, bei denen es zu Klagen kommt. Wir hingegen verweisen auf erfolgreiche Schulen; denn Nordrhein-Westfalen gewinnt viele Schulpreise auch im Bereich der Inklusion.

Ich weiß nicht, ob Sie schon den Artikel in der gestrigen „Zeit“ gelesen haben. Ich finde den Artikel insofern lesenswert, als er sehr deutlich macht, wo sich Schulen mehr Lehrerinnen- und Lehrerstellen, vielleicht eine frühere Fortbildung und noch mehr Unterstützung wünschen. In diesem Artikel wird aber auch beschrieben, warum sich Inklusion lohnt: Das Schulklima ändert sich. Kinder sitzen nicht in der letzten Reihe, sondern mittendrin. Die Schwächeren profitieren, aber die Starken leiden nicht deswegen; das ist eine ganz wichtige Aussage in diesem Artikel. Es wird beschrieben, dass kein Mobbing von Kindern erfolgt, die vielleicht nicht aufs Abitur bezogen diese Schule bzw. dieses Gymnasium besuchen.

Ein solcher Artikel, der von einem Journalisten geschrieben wurde, der sich drei Monate mit diesen Gymnasien beschäftigt hat, ermutigt und zeigt auf, dass sich der Weg, auch wenn er anstrengend ist, lohnt. Denn er ist gut für alle Kinder und Jugendlichen, und er folgt dem Ansatz einer inklusiven Schule und einer inklusiven Gesellschaft, die wir uns hier in Nordrhein-Westfalen doch gemeinsam zum Ziel gesetzt haben, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Darum werbe ich dafür, jetzt nicht alles infrage zu stellen. Ich habe immer gesagt, Frau Pieper, dass wir uns natürlich die Entwicklung anschauen. Das ist ein erstes Gesetz, und wir steuern nach, wenn es konkretisiert ist, wenn es nicht eine einzelne, sondern eine systematische Frage ist, an der wir nachsteuern müssen. Wir haben die Dinge im Blick. Das ist mir sehr, sehr wichtig.

Ich komme zum Bereich der Integration und Zuwanderung. Wenn mich vor zwei Jahren jemand gefragt hätte, ob wir es hinbekommen, in diesem Maße zusätzliche Lehrerinnen- und Lehrerstellen zu schaffen, hätte ich gesagt: Na ja, es wäre schön, aber ich weiß nicht, ob wir das schaffen. – Wir haben seit dem Frühjahr – 3. Nachtrag 2015 und dieser Haushalt 2016 mit der Ergänzung – mehr als 5.700 neue Stellen geschaffen. Grund sind die zusätzlichen Schülerinnen und Schüler.

Eines ist mir bei dieser Debatte sehr wichtig: Diese zusätzlichen Ressourcen kommen allen Schülerinnen und Schülern in unseren Schulen zugute, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Denn mehr Lehrer im System nutzen immer allen, und wir sollten aufhören, Kinder zu etikettieren: Aus

welchen Gründen haben sie vielleicht einen zusätzlichen Unterstützungsbedarf? Was macht sie besonders?

Wir spielen die Kinder und Jugendlichen in unseren Schulen nicht gegeneinander aus, meine Damen und Herren. Der Eindruck ist aufgrund dessen entstanden, was Frau Vogt hier eben vorgetragen hat. Das hier festzuhalten, ist mir wichtig.

Wir investieren in den offenen Ganzttag. Wir investieren und stärken die Mittel für die Inklusion an den Berufskollegs. Wir haben multiprofessionelle Teams geschaffen, wir haben Ausgleichsstellen für das Praxissemester. Wir haben Fachberaterstellen geschaffen für die Unterstützung in der Schulaufsicht bei den Konzepten zur integrativen Pädagogik. All das sind gute Investitionen für gutes Lernen in unseren Schulen.

Meine Damen und Herren, einen Punkt möchte ich bei der Gelegenheit auch ansprechen. Ich habe den Artikel in der „Zeit“ erwähnt. Aber diese Woche war noch etwas bemerkenswert: Vier Lehrerinnen und Lehrer aus Nordrhein-Westfalen sind mit dem Deutschen Lehrpreis ausgezeichnet worden, und zwar in der schönen Kategorie „Schüler zeichnen Lehrer aus“. Die „NRZ“ hat das so kommentiert:

„Die Auszeichnung für vier Lehrer aus Nordrhein-Westfalen, die allesamt von begeisterten Schülern für diese Ehrung vorgeschlagen wurden, darf man als Ermutigung und Ansporn verstehen.“

Herzlichen Glückwunsch an dieser Stelle an diese Lehrerinnen und Lehrer, die stellvertretend für die vielen stehen, die in unseren Schulen hervorragende Arbeit leisten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir senken die Klassen-Größen gemäß Schulkonsens, und zwar an Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen, liebe Frau Gebauer.

Wir investieren in den Ausbildungskonsens, und – auch darauf hat Frau Hendricks schon hingewiesen; das ist mir auch wichtig – wir bauen den islamischen Religionsunterricht aus.

Das ist vor drei Jahren mehr oder weniger unbeachtet von der Öffentlichkeit – von uns nicht! – über die Bühne gegangen. Es war gut, den islamischen Religionsunterricht hier einzuführen. Dieser wird in deutscher Sprache erteilt und macht den jungen Muslimen deutlich, dass sie mit ihrer Religion hier willkommen sind. In unseren Schulen wird aufgeklärt islamischer Religionsunterricht erteilt. Das ist sehr wichtig für die Integration, meine Damen und Herren,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

und darauf können wir stolz sein. Auf diesem Gebiet sind wir Vorreiter.

Wir haben Verstärkungsmittel im Sachhaushalt. Der Ganzttag ist angesprochen worden. Es ist die Deutschförderung im Bereich der Weiterbildung angesprochen worden. Auch hier senden wir ein ganz klares Signal: Wir machen weiter. Wir wollen auch für die nicht mehr schulpflichtigen Jugendlichen und Erwachsenen Deutschkurse anbieten.

In diesem Zusammenhang freue ich mich, dass wir nicht nur hier im Parlament eine interfraktionelle Offensive dazu gestartet haben, sondern dass das auch in den Wahlkreisen vor Ort die Kolleginnen und Kollegen der FDP und der CDU – der Piraten sicher auch – bei entsprechenden Veranstaltungen unterstützen.

Wir haben die Lehrerfortbildung verstärkt, und wir verstärken das digitale Lernen. Nicht alles hängt nur vom Geld ab, liebe Frau Pieper. Wir haben mit dem Medienpass und anderen Strukturen schon angefangen, als Sie noch gar nicht diesem Parlament angehört haben. Wir gehen auch beim digitalen Lernen systematisch und nachhaltig vor, aber nicht aktionistisch. Denn zu viel Aktionismus in der Bildungspolitik kann auch kontraproduktiv sein. Ich hoffe, wir alle haben bei G 8 gelernt, dass die Dinge gut vorbereitet und gut begleitet werden müssen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, mit diesem Haushalt – ich komme zum Schluss – stellen wir die Weichen für die Zukunft – für die Zukunft unserer Schülerinnen und Schüler und damit auch für die Zukunft unseres Landes. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Für die CDU-Fraktion hat sich noch einmal Herr Kollege Kaiser zu Wort gemeldet.

Klaus Kaiser (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie alle wissen, dass ich ein Anhänger von lebhaften und durchaus auch kontroversen Auseinandersetzungen bin.

Wenn man dann wie Sie, Frau Ministerin Löhrmann, hingeht und meine Kollegin Vogt missversteht und ihr unterstellt, sie würde durch ihren Beitrag zur Stigmatisierung von Schülerinnen und Schüler beitragen, dann ist das nicht akzeptabel und auch nicht sachgerecht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Was mich aber wirklich tief getroffen hat, ist das, was die Kollegin Beer hier veranstaltet hat.

Wenn wir in der Flüchtlingsfrage ernsthaft unterwegs sein wollen, dann tun wir uns alle als aufrechte Demokraten keinen Gefallen, wenn wir Fragen tabuisieren.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wenn wir die Sorgen aufnehmen wollen, die in der Schulöffentlichkeit und in den Schulen formuliert werden, dann ist es richtig und demokratisch vernünftig, diese Fragen auch zu erörtern.

(Beifall von der CDU)

Eine Frage bei der Flüchtlingsbeschulung ist – Frau Pieper hat es angesprochen –: Müssen wir das Potenzial nicht viel früher heben? Können wir gewährleisten, dass alle möglichst früh in die Schule gehen? Frau Lohrmann weiß genau, wovon ich spreche. Das heißt, dass wir auch sehr detaillierte Fragen zum Konzept stellen müssen. Können wir mit Modellversuchen weiterarbeiten? Oder brauchen wir – wie in Bayern – einheitliche Richtlinien, damit es verbindlicher ist? Alle diese Fragen sind unmittelbar wichtig.

Deshalb, liebe Sigrid Beer, halte ich es für vollkommen daneben, die Worte von Frau Kollegin Vogt umzudrehen und zu sagen: Ihr bewegt euch damit in AfD-Nähe oder bedient AfD-Fragen. – Da erwarte ich auch eine Entschuldigung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Kaiser, kommen Sie bitte noch einmal zurück. Es gibt eine Kurzintervention. Sie kam aber so spät, dass wir Ihnen das Signal nicht mehr geben konnten. – Frau Kollegin Beer möchte diese Kurzintervention halten. Bitte schön.

Sigrid Beer (GRÜNE): Herzlichen Dank. – Lieber Kollege Klaus Kaiser, ich stimme zu, dass wir in der Debatte sehr sensibel darauf achten müssen, was wir sagen und wie wir es sagen. Ich stimme auch zu, dass wir es aufnehmen müssen, wenn Menschen Ängste und Besorgnisse haben. Wenn ich aber nicht gleichzeitig sage, wie ich dem begegne und das Ganze auflöse, dann betreibe ich insbesondere das Geschäft derjenigen, die an anderer Stelle zündeln.

(Walter Kern [CDU]: Unverschämt!)

Das ist der Hinweis gewesen. Denn das muss ich – diese Flanke darf ich nicht offenlassen – aufnehmen und deutlich thematisieren. Genau das hat hier gefehlt.

(Zurufe von der CDU)

Darum müssen wir uns mahnen, dies zu tun. Das ist meine Einlassung gewesen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Unerhört!)

Klaus Kaiser (CDU): Herzlichen Dank für den Beitrag. Ich habe ja dieselbe Rede gehört.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Ich denke, dass sie vom Kontext her schon sehr deutlich gemacht hat, was zu bedenken ist und dass es eine differenzierte Argumentation gibt.

Ich glaube, man hat nicht immer gleich gute Tage. Vielleicht macht es einfach Sinn, liebe Sigrid, dass du das noch einmal nachliest, wenn das Protokoll erstellt ist. Vielleicht gibt es dann die Möglichkeit, dass man das miteinander wieder vernünftig geradrukt. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Kaiser. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Kollegin Zentis.

Gudrun Zentis (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! In der Tat hat man nicht immer gleich gute Tage. Es wird sicherlich noch einiges zu dem zu klären sein, was hier passiert ist.

Wir haben aber in unserer Fraktion Arbeitsteilung. Ich vertrete bei uns die Weiterbildung. Dazu rede ich jetzt.

Den Teil, der im Einzelplan 05 die Weiterbildung betrifft, halten wir für sehr erfreulich. Wir haben 100.000 € Plus für das Berichtswesen. Als Auftrag der Weiterbildungskonferenz 2012 haben die unterschiedlichen Weiterbildungsträger mit dem MSW das Berichtswesen mühevoll erneut erarbeitet – eine Investition, die sich in 2016 lohnen wird, damit wir 2017 die entsprechenden Zahlen haben, um die künftige Ausrichtung der Weiterbildung zu sehen.

Wir legen noch einmal nach im Bereich Analphabetismus und Grundbildung. Das ist gut so; denn das Alphanetz NRW, dessen Schirmherrin die Ministerin ist, hat sich getragen. Wir müssen registrieren – ich glaube, das ist einvernehmlich –: 1,5 Millionen Analphabeten sind für ein Land mit unserem Standard beschämend.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir legen bei der Weiterbildung aber auch noch einmal kräftig nach. Bei den Sprachkursen für Flüchtlinge haben wir in diesem Jahr schon etwas gemacht. Für 2016 wird dieser Betrag nochmals verdoppelt. Das haben wir zu einem Zeitpunkt getan, als noch nicht absehbar war, dass der Zustrom von Menschen, die in ihrem Heimatland keine Zukunft mehr sehen, nicht abreißt.

Hier hat die Weiterbildung gezeigt, auf welchem hohem Niveau sie arbeitet und wie groß die Bereitschaft und das Können sind, auf veränderte Lebenswirklichkeiten im Sinne des Gemeinwohls schnell zu reagieren. Die Weiterbildung hat diese Kurse mit aller Kreativität eingerichtet. Für Menschen, die teils auch schon länger bei uns leben, bestand endlich

die Chance, unsere Muttersprache zu erwerben und Barrieren zu überwinden.

Lange Jahre nahm die Weiterbildung eine Randposition in unserem Bildungssystem ein. Das hat sich aber geändert. Im Jahr 2010 ist die letzte Kürzung zurückgenommen worden. Die Umsetzung der Weiterbildungskonferenz, die die Ministerin eingesetzt hatte, bezog sich dann auch nicht nur auf die Wiedereinführung des Berichtswesens, sondern auch auf den Landesbeirat und die neu eingerichtete Stelle für den Support bei QUA-LiS, was für die Weiterbildung besonders wichtig ist.

Uns ist bewusst, dass die Herausforderungen in der kommenden Zeit noch groß sein werden. Wir brauchen nicht nur mehr Plätze in Kitas und Schulen; es gilt auch, das nachzuholen, was bisher noch nicht erledigt wurde.

Das betrifft sicherlich auch die jungen Erwachsenen. Aber generell haben viele Menschen, die zu uns kommen, in ihrer alten Heimat keine Schule besuchen können. Das werden sie bei uns nachholen, wenn sie wollen. Viele Menschen, die zu uns kommen, haben in ihrer alten Heimat einen Berufsabschluss erworben, der aber nicht den Anforderungen unserer Arbeitswelt entspricht. Sie werden wir nachqualifizieren müssen.

Viele Menschen, die zu uns kommen, haben in ihrer alten Heimat ein Gemeinwesen erlebt, welches ganz anders ist als das unsere. Die enormen Vorzüge unseres demokratischen Systems – unseren Rechtsstaat, unsere Freiheit in der Gesinnung und die Gleichwertigkeit jedes Menschen – müssen wir vermitteln.

Dies ist die Herausforderung, der sich nicht nur unser Bundesland, sondern auch der Bund zu stellen hat. Die Weichen werden jetzt gestellt, damit das Wir in unserem Land für alle Menschen gelingen kann. Alle brauchen den Einstieg und den Aufstieg.

Der vorliegende Haushalt, insbesondere für die Weiterbildung, setzt die entsprechenden Zeichen. Ich lade alle ein, mit ihrem Votum diesem Haushalt zuzustimmen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Zentis. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. – Das bleibt auch so.

Dann schließe ich an dieser Stelle die Aussprache zum Einzelplan 05 und komme zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/10505, den Einzelplan 05 unverändert anzunehmen. Wer sich dieser Empfehlung anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und die Piraten. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der

Fall. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Einzelplan 05 in zweiter Lesung angenommen**.

Ich komme noch einmal zurück auf den Einzelplan 02 und hier zur ausgesetzten Abstimmung über den Einzelplan 02. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/10502, den Einzelplan 02 in der Fassung der Beschlüsse anzunehmen. Wer sich dieser Beschlussempfehlung anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und die Piraten. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 02 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses in zweiter Lesung** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Ich rufe auf:

**Einzelplan 15
Ministerium für Gesundheit, Emanzipation,
Pflege und Alter**

Ich weise Sie auf die **Beschlussempfehlung** und den **Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/10515** hin.

Ich eröffne die Aussprache. Herr Kollege Burkert hat für die CDU-Fraktion das Wort.

Oskar Burkert (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich darf in Vertretung von Frau Kollegin van Dinther zum Thema „Emanzipation“ für die CDU-Fraktion Folgendes sagen: Die Frauenbeschäftigung liegt bundesweit auf einem hinteren Rang in Nordrhein-Westfalen. Die von Rot-Grün eingeführten Kompetenzzentren „Frau und Beruf“ sollten daher hinsichtlich ihrer Zielsetzung, die Frauenerwerbstätigkeit zu steigern, dringend auf ihre Wirkung hin überprüft werden. NRW ist auch Schlusslicht bei Frauen mit Vollzeitjobs. Nur 28 % der Frauen im Alter von 15 bis 64 Jahren sind in Vollzeit berufstätig. Das zeigt, dass es hier noch sehr viel zu tun gibt.

Meine Damen und Herren, im Teil zur Gesundheit möchte ich der Gesundheitsministerin gratulieren. Sie hat sehr viel angekündigt, nämlich den Krankenhausbedarfsplan. Sie hat über den Fachkräftemangel sehr viel geredet. Sie hat den Ärztemangel thematisiert. Sie hat die Ausbildung in den Pflegeberufen thematisiert. Sie hat es geschafft, die Zahl der Schüler im Bereich der PTA-Ausbildung zu verringern. Ich könnte noch mehr aufzählen. Allerdings waren das nur Ankündigungen, meine Damen und Herren.

Die „Rheinische Post“ titelt „Diagnose Notstand“ und schreibt weiter: Zu viele Kliniken verursachen zu hohe Kosten, während dem Land ein Ärztemangel

droht. Die Gesundheitswirtschaft, die wichtigste Branche des Landes, braucht eine Kur.

Der Krankenhausbedarfsplan sollte im März dieses Jahres umgesetzt sein. Ergebnis: noch keines.

(Ministerin Barbara Steffens: Das stimmt doch gar nicht!)

Sie wissen selbst, Frau Ministerin, dass wir Anträge aus dem Jahre 2011 haben, die bis heute noch nicht umgesetzt sind, obwohl das notwendig ist, zum Beispiel im Bereich der Psychiatrie. Nichts ist passiert. Die Krankenhäuser warten, um es umzusetzen. Sie stehen Gewehr bei Fuß; aber Genehmigungen für eine Umsetzung erfolgen nicht.

Im Bereich des Fachkräftemangels haben Sie jetzt die Gelegenheit, in Berlin die Bundesregierung, den Gesundheitsminister und die Familienministerin, Frau Schwesig, zu unterstützen, die in den letzten Tagen den Gesetzentwurf zur Generalisierung der Ausbildung auf den Weg gebracht haben. Leider haben Sie bisher auf der Bremse gestanden, weil Sie diese Generalisierung nicht haben wollen.

(Ministerin Barbara Steffens: Das stimmt doch gar nicht!)

Wir stehen für die Generalisierung der Ausbildung, damit die Pflegeberufe im Berufsleben demnächst auf gleicher Augenhöhe stehen können. Viele Einrichtungen sagen: Es ist notwendig, dass wir endlich in diesen Berufsfeldern zur gleichen Augenhöhe kommen; denn diese Gleichstellung auf Augenhöhe bedeutet auch, dass sie hinterher in gleicher Entlohnung stehen. Es hilft nicht, wenn wir nur jammern und sagen, wir müssten die Seniorenpflegerinnen und -pfleger auf Augenhöhe bringen, solange sie im Tarifbereich deutlich niedriger liegen. Hier hätten wir die Chance, dies zu tun.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wir wissen heute – alle Statistiken sagen dies aus –, dass der Facharztmangel bzw. der Hausarztmangel im ländlichen Bereich in den nächsten Jahren dramatische Züge annehmen wird. Ganze Gebiete in Nordrhein-Westfalen, vor allen Dingen im ländlichen Bereich, werden keinen Arzt mehr haben. Die medizinische Versorgung ist in Gefahr. Wir haben bereits seit Langem darauf hingewiesen. Doch was tun Sie in diesem Bereich? Nichts! Es passiert nichts, um diesen Situationen entsprechend zu begegnen.

Wir haben davor gewarnt – ich habe das an dieser Stelle schon mehrmals gesagt –, die PTA-Ausbildung so zurückzufahren, wie es erfolgt ist, weil Sie sich aus der Finanzierung zurückziehen. Es sind ja nur wenige Tausend Schülerinnen. Das bedeutet, dass die Apotheken – die PTAs sind neben dem Apotheker der tragende Teil einer Apotheke – rückläufig sind und somit auch die medizinische Versorgung rückläufig ist.

Die Zahlen sind erst in der letzten Woche von der Apothekerkammer Westfalen-Lippe öffentlich gemacht geworden. Wir haben einen deutlichen Rückgang der Zahl von Apotheken. Somit ist die Versorgungssicherheit nicht gewährleistet. Ich denke, Versandapotheken wollen wir nicht haben, weil wir durch eine vernünftige Beratung eine Mehrfachmedikation verhindern können. Das können wir nur in diesem Bereich.

In einem Punkt haben Sie uns im Ausschuss mitgeteilt, dass die Investitionskosten in Krankenhäusern nach § 23 Krankenhausgestaltungsgesetz um circa 3,5 Millionen € gekürzt werden.

(Ministerin Barbara Steffens: Was?)

Sie haben uns mitgeteilt, das liege daran, dass die entsprechenden Mittel von den Krankenhäusern nicht abgerufen worden seien. Hier kann ich nur den Krankenhäusern sagen: Steht nicht immer bei uns in der Tür und sagt, ihr bekämt keine Investitionsmittel, wenn ihr diese nicht abrufen. – Das ist eine wichtige Aussage für die Krankenhäuser, denke ich. Wenn sie schon Mittel einfordern, dann sollen sie sie auch abrufen. Ich denke, Sie haben recht, wenn Sie die Mittel dann so einkürzen, wie Sie das im Haushalt gemacht haben.

Meine Damen und Herren, wir werden natürlich diesem Haushalt, wie auch in den letzten Jahren, nicht zustimmen. Ich kann nur sagen: Wenn wir so fortfahren, wie Sie es auf den Weg gebracht haben, Frau Ministerin, kommen wir in den medizinischen Notstand. Das darf Nordrhein-Westfalen nicht passieren. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Burkert. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Kollege Yüksel das Wort.

Serdar Yüksel (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Burkert, das war ein Sammelsurium von Aufzählungen. Bei vielen Punkten habe ich mich gefragt, warum Sie nicht den Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe auf diese Punkte ansprechen; denn in vielen Bereichen, die Sie hier aufgezählt haben, ist schlicht und einfach das Land nicht zuständig, da es sich um eine Bundesangelegenheit handelt.

Jetzt möchte ich den Bundesgesundheitsminister auch loben, weil er viele Dinge, die Sie auf die Landesebene herunterziehen wollten, aus meiner Sicht gut angestoßen hat. Auch in Bezug auf den Ärztemangel im ländlichen Raum – es gibt 3.000 leere Praxen in der Provinz – existieren Initiativen des Bundesgesundheitsministers. An dieser Stelle brauchen wir eine bundeseinheitliche Regelung und Bundesinitiativen. Es kann nicht die Aufgabe des Landes sein, das alleine zu lösen.

Auch wenn Sie am Ende den Versuch unternommen haben, unser Gesundheitssystem etwas schlechtzureden, muss ich sagen, dass die Menschen in unserem Land dem Gesundheitswesen vertrauen. Sie geben ihm in Umfragen immer wieder Bestnoten. Sie wissen, dass sie sich im unerfreulichen Fall von Unfall, Krankheit oder auch Pflegebedürftigkeit im Land Nordrhein-Westfalen darauf verlassen können, dass sie die erforderliche und beste Versorgung erhalten.

Deshalb ist es unsere Aufgabe, eine verantwortungsvolle Landespolitik zu machen, die dieses Vertrauen festigt und erhöht. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, müssen wir uns auch in den nächsten Jahren vielen Herausforderungen stellen.

Der demografische Wandel stellt dabei eine erhebliche und strukturelle Herausforderung an die Gesundheits-, Alten- und Pflegepolitik dar. Die deutlich abnehmende Zahl erwerbstätiger Menschen und ein zum Teil massiver Bevölkerungsrückgang in einzelnen Regionen werfen weitere Fragen auf:

Wie steht es um eine gute medizinische und pflegerische Versorgung auch im ländlichen Raum? Diese Problematik hatte ich eingangs erwähnt.

Wie stellen wir angesichts schon jetzt fehlender Fachkräfte beispielsweise im Pflegebereich die Erfüllung des wachsenden Fachkräftebedarfs im Gesundheitswesen sicher?

Ein wichtiger Schritt war daher die Einführung einer Umlage, die dafür sorgt, dass in diesem Land immerhin 17.500 Stellen durch das Land gefördert werden. Damit haben wir nachhaltig dazu beigetragen, dass wir in Nordrhein-Westfalen ein Vorbild für viele andere Bundesländer sind, was die Ausbildung der Altenpflegerinnen und -pfleger angeht.

Als zweiten wichtigen Punkt möchte ich hier die Einführung der Gesundheitskarte für Flüchtlinge als erstes großes Flächenland erwähnen. Damit wurde eine Regelung abgeschafft, bei der Asylbewerber für einen einfachen Arztbesuch einen bürokratischen Hürdenlauf auf sich nehmen mussten. Die Landesregierung hat nun die Voraussetzungen für eine effiziente medizinische Versorgung der Flüchtlinge geschaffen, die hoffentlich von vielen Kommunen in Nordrhein-Westfalen wahrgenommen werden.

Wir sorgen also für einen unkomplizierten Zugang zur medizinischen Versorgung. Wir verringern den bürokratischen Aufwand. Wir entlasten unsere Kommunen und tragen somit auch unseren Teil zur Bewältigung dieser großen Aufgabe bei.

Frau Ministerin, ganz persönlich möchte ich Ihnen dafür danken, dass Sie das für Nordrhein-Westfalen als erstes Flächenland angestoßen haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Alleine der Haushalt unseres Einzelplans beträgt 1,09 Milliarden €. Damit erhöht er sich um 57 Millionen €. Die für 2016 geplante Krankenhausförderung in Höhe von 533 Millionen € stellt hier mit rund 50 % aller Ausgaben den finanziellen Schwerpunkt des Haushaltsentwurfs dar. In diesem Bereich übernimmt das Land Nordrhein-Westfalen im Rahmen des Krankenhausgestaltungsgesetzes die Investitionskosten, die Baupauschalen, die Wiederbeschaffung von kurzfristigen Anlagegütern und die kurzfristige Nothilfe, um auch weiterhin den qualitativen Ansprüchen der Patienten und der Leistungserbringer zu genügen. Der erhebliche Teil der Nutzungsaufwendungen geht dabei auf den Landesanteil am Strukturfonds zurück.

Der Maßregelvollzug erhält im kommenden Jahr Zuwendungen in Höhe von 343 Millionen €. Dies stellt eine deutliche Erhöhung um rund 35 Millionen € dar. Das Ziel ist, eine effektive Therapie der Patientinnen und Patienten zu erreichen, die ihnen die Wiedereingliederung und ein straffreies Leben in der Gesellschaft ermöglicht. Sie haben gerade mitgerechnet: 533 Millionen € plus 343 Millionen € – dann bleibt nicht mehr viel im Einzelplan über.

Eine weitere Herausforderung stellen die Sicherung und die Weiterentwicklung einer bedarfsgerechten und qualitativ hochwertigen Wohn- und Versorgungsinfrastruktur für ältere und bedürftige Menschen, die bedarfsgerechte Förderung pflegerischer und medizinischer Dienstleistungen sowie die attraktive Gestaltung von Aus- und Weiterbildung im Bereich der Gesundheitsberufe dar.

Den Bewohnern unseres Landes wollen wir ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen und eine qualitativ hochwertige pflegerische Versorgung anbieten.

Sehr geehrte Damen und Herren, um die hier skizzierten Veränderungen der Herausforderungen zu bewältigen, baue ich weiterhin auf die gute Arbeitsatmosphäre zwischen den Mitgliedern des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales, insbesondere dem Vorsitzenden Günter Garbrecht, sowie die Zusammenarbeit mit Frau Ministerin Stefens und Frau Staatssekretärin Hoffmann-Badache. Gemeinsam machen wir den Gesundheitsstandort Nordrhein-Westfalen stärker und attraktiver, um die Chancen und Potenziale dieses Bereichs im Land zu nutzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Yüksel. – Für die FDP-Fraktion spricht Frau Kollegin Schneider.

Susanne Schneider (FDP): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die FDP steht für die Sicherung einer qualitativ hochwertigen medizinischen Versorgung in unserem Land, aber auch für

die Erreichbarkeit in der Fläche. Das Land ist bei der Krankenhausplanung und bei der Investitionsförderung gefordert.

Da muss ich meinen Vorrednern ein bisschen widersprechen: Die Krankenhäuser leiden unter einem Investitionsstau, der sich nicht erst seit gestern durch die Krankenhauslandschaft zieht. Wir hätten aber jetzt erwartet, dass die Gesundheitsministerin hier ihren politischen Schwerpunkt im Haushalt setzt.

Die Landesregierung gibt zwar vor, sich stärker zu engagieren; wir sollten uns die Zahlen aber genauer anschauen. Die Baupauschale wird einerseits um 7 Millionen € erhöht. Andererseits wird gleichzeitig die Förderung durch besondere Beträge weitgehend gestrichen. Das bedeutet netto nur 1,7 Millionen € mehr bei der Investitionsförderung. Es mag durchaus richtig sein, stärker auf pauschale Förderung zu setzen; aber von der angekündigten spürbaren Verbesserung für die Kliniken in Nordrhein-Westfalen bleibt so nicht viel übrig.

(Beifall von der FDP)

Angesichts des bekannten Investitionsstaus und der weit höheren Bedarfe ist dies absolut unzureichend. Aus Sicht der FDP muss die Baupauschale deutlich erhöht werden, damit auch in der Summe einige Millionen Euro mehr für die Investitionen zur Verfügung stehen.

Auch beim neu eingeführten Strukturfonds des Bundes versprechen Sie mehr, als Sie halten. Sie reden von der Gegenfinanzierung der Bundesmittel durch den Landeshaushalt. Es bleibt aber ein Anteil von 17 Millionen €, der von kommunalen, kirchlichen und privaten Krankenträgern aufzubringen ist, die sich teilweise schon erheblich bei der finanziellen Sicherung ihrer Kliniken engagiert haben. Ich warne Sie davor, die Krankenhäuser und ihre Träger zu überfordern.

Letzten Freitag hat die Ministerin im Bundesrat offenbart, wie sie sich die Krankenhausfinanzierung in Zukunft vorstellt. Teilmonistik soll die Lösung sein. Übersetzt heißt das: weniger zahlen, aber dennoch die gleichen Entscheidungskompetenzen behalten. Aus Sicht des Landes ist das sehr einfach und billig. Sie wissen, dass Sie vom Finanzminister keine ausreichenden Investitionsmittel bekommen werden; also wollen Sie die Verantwortung auf die Krankenkassen schieben.

Aber was bedeutet das letztlich? Die Beitragszahler, vor allem die Arbeitnehmer, werden stärker belastet, wenn sie künftig auch noch die Mittel für die Investitionen aufbringen müssen. Das wollen Sie dann „soziale Politik“ nennen.

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, eines meiner Lieblingsthemen beim Haushalt ist der Patientenbeauftragte des Landes. Sie haben dieses Jahr zwar den Ansatz im Haushaltsplan verschoben;

die Problematik bleibt aber gleich: Sie geben 400.000 € im Jahr für eine Einrichtung mit rund 1.100 Patientenkontakten im Jahr aus. Diese Zahl erreicht ein guter Hausarzt in den ersten fünf Tagen im Quartal.

(Beifall von der FDP)

Dabei sind die Kontakte dieses Patientenbeauftragten nicht einmal persönlicher Art, sondern lediglich Reaktionen auf E-Mails, Briefe oder Anrufe. Also 356 € für eine E-Mail! Ich glaube, das ist eine der teuersten E-Mails, die in Nordrhein-Westfalen verschickt werden.

(Beifall von der FDP)

Eine Stelle, die nicht gefragt wird, braucht man nicht. Frau Ministerin, wenn Sie gleich wieder kommen und sagen: „Er vernetzt; er macht dieses; und er macht jenes“, entgegne ich Ihnen: Er heißt Patientenbeauftragter, nicht Vernetzungsbeauftragter.

(Ministerin Barbara Steffens: Genau; er heißt Beauftragter!)

Ich möchte noch eine Maßnahme ansprechen – auch eine ganz schöne –, mit der im aktuellen Haushaltsplan ein erhebliches fiskalisches Risiko eingebaut wurde: Die Stiftung Wohlfahrtspflege NRW wurde bisher über die Mittel aus der Spielbankabgabe finanziert, die bekanntlich Jahr für Jahr sinken. Jetzt soll der Rückgang des Aufkommens aus der Spielbankabgabe durch einen Zuschuss aus originären Landesmitteln vollständig ausgeglichen werden.

Wir halten zwar die Arbeit der Stiftung in vielen Bereichen für sinnvoll, Ihren Vorschlag zur Finanzierung aber für völlig falsch. Der neu eingerichtete Haushaltsansatz wird Jahr für Jahr anwachsen, ohne dass das Problem an der Wurzel gepackt wird.

Sie wollen so nur von der unwirtschaftlichen Führung der Spielbanken ablenken. Statt ausufernder neuer Landeszuschusstöpfe bräuchten wir aber eine nachhaltige Sanierung unserer Spielbanken. Da wäre die Landesregierung gefordert.

(Beifall von der FDP)

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, diese Beispiele zeigen, dass die rot-grüne Haushaltspolitik auch in der Gesundheitspolitik falsche Schwerpunkte setzt. Hier können die Liberalen nicht zustimmen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schneider. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Ünal.

Arif Ünal (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren!

Die Opposition kann den Haushaltstitel 15 natürlich schlechtreden. Ich bleibe aber bei den Fakten. Ich werde Zahlen nennen, die Ihre Behauptungen widerlegen. Trotz der angespannten Haushaltssituation werden wir in eine präventive, vom Menschen her gedachte Gesundheitspolitik investieren. Sie wissen, dass wir im Einzelplan 15 rund 57 Millionen € mehr eingestellt haben als im Vorjahr.

Einen großen Schwerpunkt in diesem Haushalt stellen die Mittel für die Leistungen im Alter und für die Pflege dar. Ich weiß, dass Sie darüber nicht reden wollen, weil das ein Erfolgsprojekt in NRW ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Rot-Grün hat in den fünf Jahren seiner Regierung in NRW die Zahl der Ausbildungsplätze auf 17.850 erhöhen können. Erinnern wir uns daran, dass 2010, in der schwarz-gelben Regierungszeit, nur 9.300 Ausbildungsplätze zur Verfügung standen. So gesehen hat Rot-Grün innerhalb von fünf Jahren die Zahl der Ausbildungsplätze um 90 % erhöht. Nehmen Sie diese Zahlen zur Kenntnis, bevor Sie falsche Zahlen in die Welt setzen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Für die Modellprojekte für die Altenpflegeausbildung und für die Gesundheitsfachberufe haben wir zusätzlich 200.000 € eingestellt, für die Forschung noch einmal 50.000 €. Damit stehen für die Pflegeausbildung und die fachliche Weiterentwicklung in NRW im Moment 64,4 Millionen € zur Verfügung. Damit sind wir im Vergleich mit anderen Bundesländern einsame Spitze. Kein anderes Bundesland investiert so viel Geld in die Altenpflege. Nehmen Sie diese Tatsachen bitte zur Kenntnis.

Meine Damen und Herren, nach der Verabschiedung des Altenpflegegesetzes und nach der Novellierung des Wohn- und Teilhabegesetzes ist der Wandel der Wohn-, Pflege- und Unterstützungsformen besonders im ambulanten Setting kontinuierlich voranzubringen. Gleichzeitig stehen wir vor der Aufgabe, die UN-Behindertenrechtskonvention in verschiedenen Lebensbereichen und Lebensphasen sukzessiv umzusetzen.

Zukunftsaufgabe ist es für uns tatsächlich, die Kommunen, die Gemeinden, die Stadtteile und Sozialräume so zu gestalten, dass jeder Mensch mit oder ohne Behinderung in seinem Quartier leben kann und am sozialen Leben ohne Behinderung teilnehmen kann.

Menschen mit Migrationshintergrund werden natürlich auch einmal in diese Altersgruppe hineinkommen, bei der der Unterstützungsbedarf zunehmen wird. Deswegen müssen wir auch in diesem Bereich Angebote für diese Zielgruppe entwickeln. Wir werden Kommunen in dieser Entwicklung natürlich fördern. Dafür steht der Landesförderplan „Alter und Pflege“. In diesem Jahr haben wir zusätzlich 1,25 Millionen € in diese Landesförderung „Alter und

Pflege“ hineingegeben. In den kommenden Jahren wird das noch einmal dadurch erhöht, dass wir auf annähernd 10 Millionen € aufgestockt haben. Das ist auch eine Aufgabe, die wir ernst nehmen.

Was die Gesundheitspolitik betrifft, so können wir aufgrund des Zeitmangels nicht alles aufzählen. Erlauben Sie mir aber, ein paar Stichpunkte zu erwähnen. Wir arbeiten bei der Gesundheitsversorgung im Interesse der Patientinnen und Patienten. Ich nenne die medizinische Versorgung im ländlichen Bereich. Um die Lage in bestimmten Stadtteilen zu verbessern, gibt es immer noch 2,5 Millionen € Förderung aus dem Landesetat.

Außerdem haben wir die Drogen- und Suchtpolitik. Die AIDS-Hilfe und natürlich die Präventionsarbeit, besonders bei der Aidsarbeit, und die Verbesserung der psychiatrischen Versorgung sind einige Schwerpunkte, die man stichpunktartig nennen kann.

Meine Damen und Herren, Ihr Lieblingsthema Krankenhausförderung: Wir haben tatsächlich eine halbe Milliarde € für die Krankenhausförderung im Haushalt. Wir wissen, dass der Bedarf höher ist. Wir haben hundertmal im Gesundheitsausschuss darüber diskutiert. Kein einziges Bundesland kann alleine diesen Investitionsstau bewältigen. Deswegen müssen Bund und Krankenkassen bei der Investitionsförderung der Krankenhäuser mitspielen.

Wir kennen die Not. Wir haben 7 Millionen € mehr für die Krankenhausförderung eingestellt. In den kommenden Jahren 2017, 2018 werden nochmal 10 Millionen € allein für die Investitionskosten eingestellt, darüber hinaus 16,6 Millionen € für die Kofinanzierung. Das sind die Tatsachen, die Sie endlich zur Kenntnis nehmen müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Abschluss gestatten Sie mir auch noch, ein Lob in Richtung unserer Gesundheitsministerin auszusprechen, die es mit einer Rahmenvereinbarung mit den Krankenkassen geschafft hat, dass die Kommunen die Gesundheitskarte für Flüchtlinge einführen können. Das ist nicht nur gesundheitspolitisch geboten, sondern bedeutet auch mittelfristig für die Kommunen wirklich eine finanzielle Entlastung. Deswegen sagen wir unserer Gesundheitsministerin vielen Dank. Ich hoffe, dass dieses Angebot mehr und mehr von den Kommunen in Anspruch genommen wird. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und Norbert Römer [SPD])

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Ünal. – Für die Piraten spricht Frau Kollegin Pieper.

Monika Pieper (PIRATEN): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Ünal, es wird Sie jetzt nicht erstaunen, dass wir uns dem Lob an die Gesundheitsministerin an dieser Stelle nicht anschließen können.

(Ministerin Barbara Steffens: Das wundert mich schon!)

2016 ist das Jahr 1 nach MegaBits. MegaHerz. MegaStark. Der eine oder andere erinnert sich vielleicht. Frau Kraft versprach hier eine Digitalpolitik, die sich in allen politischen Bereichen wiederfinden sollte: Digitalisierung total, NRW auf dem Weg in die digitalisierte Welt, auch in der Gesundheitspolitik.

(Ministerin Barbara Steffens: Wir sind am weitesten vorne im Vergleich zu allen anderen Bundesländern!)

Schauen wir uns aber an, was bislang passiert ist, dann bleibt es im Ergebnis eher bei einer Ankündigung – leider mehr schöne Worte als gute Taten.

(Ministerin Barbara Steffens: Stimmt gar nicht!)

Gerade im Gesundheitswesen könnte der Einsatz von digitalen Medien einen wertvollen Beitrag leisten. Leider wird hier politischer Wille nur angekündigt. Oder, anders ausgedrückt: Schön, dass wir mal wieder darüber geredet haben.

(Ministerin Barbara Steffens: Sie haben ja gar keine Ahnung, was im Land alles passiert!)

Denn das nötige Geld wird leider nicht zur Verfügung gestellt.

(Ministerin Barbara Steffens: Doch!)

Diese Unterfinanzierung hat erhebliche Folgen, auf die ich später noch eingehen möchte.

Meine Damen und Herren, mir geht es an dieser Stelle nicht darum, einzelne Posten des Haushaltsplanes auseinanderzunehmen. Es geht mir um eine Bewertung der Bemühungen der Landesregierung und um den Stellenwert, den das Thema Gesundheit der Menschen in NRW für diese Landesregierung aus unserer Sicht zu haben scheint.

Da werden 1 Million € für Hygienemaßnahmen oder ein paar Tausend für Impfkampagnen investiert. Für sich alleine betrachtet ist allein diese Unterfinanzierung von Impfkampagnen und Hygienemaßnahmen ein Skandal. Öffentlichkeitsarbeit unter Einsatz von digitalen Medien wäre auch hier angebracht. Das sind nur zwei Beispiele.

Aber Frau Steffens steht nun einmal für eine Politik, für die flächendeckende Impfungen eine – nun sagen wir mal – eher nachrangige Bedeutung haben. Ich glaube, das ist schon eher vorsichtig ausgedrückt.

(Ministerin Barbara Steffens: Völliger Quatsch!)

Im Fall eines erneuten Ausbruchs von Masern wird man Sie daran messen. Ich möchte an dieser Stelle einmal die Studie des Robert-Koch-Instituts zitieren – mit Verlaub –:

Um das für 2015 angestrebte Ziel der Masernelimination in europäischen Regionen der WHO zumindest zeitnah zu erreichen, müssen daher bundesweit verstärkte Anstrengungen unternommen werden, damit sich die Impfakzeptanz und die Zeitgerechtigkeit der Masernimpfung erhöht.

Davon ist leider wenig zu sehen. Aber ich möchte auch etwas Positives sagen. Auch wir begrüßen natürlich, Frau Ministerin Steffens, dass es in NRW gelungen ist, die Gesundheitskarte für Flüchtlinge auf den Weg zu bringen, und dass viele Kommunen dieses Angebot annehmen.

Präsidentin Carina Gödecke: Frau Kollegin Pieper, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage bei Frau Grochowiak-Schmieding.

Monika Pieper (PIRATEN): Bitte.

Manuela Grochowiak-Schmieding (GRÜNE): Frau Pieper, ist Ihnen die Forderung der Weltgesundheitsorganisation bekannt, wie hoch die Durchimpfungsrate innerhalb einer Bevölkerung sein soll? – Wenn nicht, dann sage ich es Ihnen gerne: 95 %. Ist Ihnen bekannt, dass die Durchimpfungsrate in NRW 97 % beträgt?

Wie kommen Sie dann zu Ihrer Aussage, dass bei uns eine flächendeckende Impfung nicht gewährleistet sei?

Monika Pieper (PIRATEN): Ich beziehe mich hier auf die Studie. Ich denke, dass da durchaus noch weiter Luft nach oben ist. Die Gesundheitsministerin kann da sicherlich noch das eine oder andere unternehmen.

Meine Damen und Herren, das zentrale Thema ist gerade angesprochen worden. Die Investitionskostenförderung der Krankenhäuser wurde stets unter den Teppich gekehrt, obwohl der Druck von allen Seiten zunimmt. Beschäftigte schlagen Alarm, Krankenhäuser schreiben rote Zahlen und müssen vermehrt auf moderne IT verzichten. Obwohl die Landesregierung gesetzlich für die auskömmliche Investitionskostenfinanzierung der Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen zuständig ist, reichen die Mittel bei Weitem nicht aus, ganz zu schweigen von dem eigenen Anspruch: MegaBits. MegaHerz. MegaStark.

Das hat gravierende Folgen. Die Unterfinanzierung von Investitionen hat auf die Pflege verheerende Auswirkungen. So sehen sich viele Krankenhaus-

verantwortliche genötigt, notwendige Investitionen mit Mitteln zu decken, die eigentlich für die Pflege am Bett vorgesehen sind.

(Ministerin Barbara Steffens: Das dürfen sie gar nicht!)

Das führt zu einer gefährlichen Unzufriedenheit und Überlastung bei den Beschäftigten in der Pflege und im Extremfall auch zu Patientengefährdungen. Wenn man mit den Betroffenen spricht, sieht es so aus: Beschäftigte beklagen zu viele Überstunden. Sie sind in einigen Fällen gezwungen, gegen Arbeitnehmergeetze zu verstoßen.

Seit Jahren weisen wir immer wieder auf den Personalmangel in der Pflege hin. Wir haben Äußerungen und Tagebucheinträge von Pflegepersonal hier an dieser Stelle vorgetragen, siehe die Haushaltsreden 2013 und 2014. Doch genutzt hat es wenig.

Herr Yüksel, Sie haben gerade von einer Umfrage gesprochen, die die große Zufriedenheit der Menschen zum Thema „Gesundheit“ in diesem Land zeigen soll. Das gilt sicherlich nicht für die Pflege.

Wir sind auf die Straße gegangen. Wir haben flächendeckend in NRW mit Leuten gesprochen. Ich habe an dem Tag in Bochum noch Frau Löhmann getroffen. Vielleicht erinnern Sie sich. Es gibt niemanden in NRW, der sich von diesem Thema nicht betroffen fühlt, der nicht irgendjemanden kennt, der in der Pflege arbeitet, oder einen Angehörigen in einer Pflegesituation hat. Ich habe keine einzige Rückmeldung bekommen, dass alles prima sei und alles laufe. Nein, da besteht ganz großer Handlungsbedarf. Da müssen wir etwas unternehmen.

(Beifall von den PIRATEN – Zuruf von Manuela Grochowiak-Schmieding [GRÜNE])

Gleichzeitig führt die Unterfinanzierung der Krankenhäuser zu einer immer mehr alternden Infrastruktur. Das betrifft natürlich auch die digitale Infrastruktur. Damit meinen wir nicht nur Modellprojekte im Bereich Telematik bzw. Telemedizin, sondern die gesamte IT-Infrastruktur: Computer, Laptops, Tablets, Drucker, Scanner usw. Die Anforderungen, die mit dem E-Health-Gesetz einhergehen, sind dabei auch zu benennen. Schnittstellen sollen harmonisiert werden, natürlich unter Berücksichtigung des Datenschutzes. Wir alle wissen: Datenschutz ist teuer.

Zusammenfassend muss man feststellen: Die 4.0-Politik der Landesregierung manifestiert die marode und veraltete Infrastruktur sowie den Pflegemangel in Krankenhäusern. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Pieper. – Bevor ich Frau Ministerin Steffens das Wort erteile, möchte ich ganz herzlich Gäste aus der Türkei begrüßen, die gerade auf unserer

Tribüne Platz genommen haben. Auf Einladung des Freundschaftsvereins Bergisch Gladbach und der Region Tokat sind Gäste aus der Türkei da. Sie werden als Delegationsleitung vom Gouverneur aus Tokat angeführt. Herzlich willkommen! Schön, dass Sie bei uns sind!

(Beifall von allen Fraktionen)

Jetzt hat für die Landesregierung Frau Ministerin Steffens das Wort.

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich werde zuerst zu den Teilen Gesundheit und Pflege Stellung beziehen und nach der zweiten Runde vielleicht noch auf den Emanzipationsbereich eingehen.

Frau Pieper, ich rechne Ihnen hoch an, dass Sie hier zum Haushalt reden, obwohl Sie gar nicht dem Ausschuss angehören. Wahrscheinlich ist das aber auch der Grund dafür,

(Beifall von den GRÜNEN)

dass Sie viele Dinge einfach nicht wissen.

Ich möchte kurz auf Ihr erstes Beispiel eingehen: MegaBits. Wenn Sie sich damit beschäftigen würden, wüssten Sie: Nordrhein-Westfalen ist das Bundesland, das in der Telematik und Telemedizin ganz weit vorne steht. Das ist vielleicht für Sie in unserem Haushalt nicht nachvollziehbar. Aber wir finanzieren in unserem Leitmarktwettbewerb Gesundheit diesen Bereich mit 40 Millionen €. Damit sind wir ganz weit vorne.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das werden Sie überall hören. Wir können Ihnen das auch gerne in den Erläuterungen zeigen. Sie können das auch auf Seite 38 meiner Präsentation nachlesen. Deswegen: Das ist hanebüchen.

Jetzt möchte ich noch auf die Argumente eingehen, die von denjenigen vorgetragen worden sind, die sich im Ausschuss immer wieder intensiv mit den Themen beschäftigen.

Herr Burkert, ich würde gerne mit Ihren Einlassungen zum Krankenhausbereich beginnen. Denn Ihre Botschaften waren sehr widersprüchlich. Sie haben damit begonnen, dass wir zu viele Kliniken in Nordrhein-Westfalen hätten und hier eigentlich einen stärkeren Konzentrationsprozess bräuchten. Das fordert der Bund ja auch immer wieder. Deswegen habe ich ja auch heftig für diesen Strukturfonds gestritten und die Haushaltsmittel angesetzt, um – auch entsprechend unserem Krankenhausplan – die Erreichbarkeit von Krankenhäusern im Umkreis von 20 km stabilisieren zu können.

Aber das große Problem in Nordrhein-Westfalen ist: Gerade dann, wenn Krankenhäuser von ihren Trägern geschlossen werden sollen, sind es zum Teil

auch Abgeordnete aus diesem Parlament, die vor Ort sagen: Jedes bestehende Krankenhaus in jeder Kommune muss erhalten bleiben. – Das geht dann aber nicht. Denn wenn wir diesen Strukturprozess wollen, müssen wir den Strukturprozess auch mit Inhalt füllen.

Das ist auch ein Teil unserer Krankenhausrahmenplanung und des Planungsprozesses. Sie haben mir ja vorgeworfen, der Plan würde nicht so schnell umgesetzt, wie wir das gerne wollten. Ja, wir haben einen Krankenhausplan und haben ein ehrgeiziges Ziel.

Dazu muss ich sagen: Wir könnten schon ganz woanders stehen, wenn mein Vorgänger Karl-Josef Laumann in den fünf Jahren überhaupt einen Krankenhausplan gemacht hätte. Er hat es gar nicht getan. Er hat den Krankenhausplan fünf Jahre lang liegenlassen und wir mussten diesen aufgreifen.

Jetzt geht es um die Umsetzung vor Ort. Da, wo wir einen Konsens haben, konnten wir die Planung ja schon umsetzen. Nur dort, wo es einen kommunalen Dissens gibt, brauchen wir die Zeit. Deswegen ist es ein ganz normales Planungsverfahren, um dann auch im Falle eines Dissenses ausgewogen ein Ergebnis zu erzielen.

Sie werfen uns vor, dass wir in der Krankenhausinvestitionsfinanzierung nicht noch mehr obendrauf legen. Auch das ist ein Vorwurf, den ich schon oft vonseiten der FDP gehört habe und für ziemlich schräg halte im Zusammenhang damit, dass Sie fünf Jahre lang, als Sie an der Regierung waren, diese investiven Mittel um null erhöht haben.

Wir haben es an der Stelle geschafft, diesen Ansatz im Haushalt 2015 bei den kurzfristigen Anlagegütern zu erhöhen. Im Haushalt 2016 haben wir eine Erhöhung der Baupauschale.

Frau Schneider, wenn Sie sich hinstellen und die besonderen Beträge, die wir kürzen, kritisieren, empfehle ich, dass Sie einfach einmal in den Haushaltsplan hineinsehen. Aus diesem Haushaltstitel sind nur Mittel im Umfang von 843.000 € abgeflossen. Der Rest, den wir nach der Umschichtung im Strukturfonds lassen, liegt immer noch bei 1,7 Millionen €. Wir haben hier also nichts gekürzt.

Wir nehmen den Krankenhäusern nichts weg, sondern die Krankenhäuser bekommen an der Stelle mehr. Sie bekommen nicht nur das, was im Haushalt steht, sondern in der Diskussion mit dem Bund in der Bund-Länder-AG haben wir auch erreicht, dass der Landesbasisfallwert erhöht wird. Wir haben erreicht, dass der Versorgungszuschlag in einen Pflegestellenzuschlag umgewandelt wird. Außerdem haben wir erreicht, dass mit diesen Änderungen auf Bundesebene durch das Krankenhausstrukturreformgesetz den Krankenhäusern in Nordrhein-Westfalen wirklich ein massives Mehr zugutekommt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Deswegen ist es eine völlig falsche Einschätzung, die nordrhein-westfälischen Krankenhäuser würden an der Stelle leiden. So gut, wie es ihnen nach dieser Reform und dem Haushaltsansatz geht, ging es ihnen in Nordrhein-Westfalen verdammt lange nicht. Aus diesem Grunde sollte an der Stelle anerkannt werden, was wir erreicht haben.

Der zweite Punkt, Herr Burkert, auf den Sie eingegangen sind, ist einer, der ganz aktuell ist und den wir hoffentlich in den nächsten Wochen noch einmal gemeinsam diskutieren werden. Das ist die Frage der Generalistik. Sie haben sich hier hingestellt und gesagt, ich wäre eine grundsätzliche Gegnerin. Ich sollte endlich das Tolle, was uns der Bund vorgelegt hat, mit einem Ja akzeptieren.

Wir haben letzte Woche Freitag einen 113 Seiten umfassenden Gesetzentwurf vorgelegt bekommen mit einer Frist zur Stellungnahme von 14 Tagen – für ein Gesetz, das die gesamte Pflegeausbildung als generalistische Ausbildung komplett umstellt.

Ich habe als Landesministerin die Verantwortung dafür, die Risiken und die finanziellen Auswirkungen auf das Land Nordrhein-Westfalen zu prüfen. Diese Generalistik birgt für mich drei Probleme. Das eine Problem ist: Wir haben es geschafft, von 9.269 Schülern und Schülerinnen auf 17.850 Plätze in 2016 aufzustocken. Das ist uns konsensual gelungen, weil wir es geschafft haben, die ambulanten Pflegedienste mit in die Ausbildungsverantwortung zu nehmen.

Bei dieser Generalistik werden in Zukunft die Auszubildenden auf die Fachkräfte prozentual in einem gewissen Anteil angerechnet. Das heißt, Sie bekommen nicht wie bei uns bei der Umlage 100 % und haben sozusagen einen Auszubildenden, der einfach mitlaufen kann, sondern er wird mit einem eigenen Finanzierungsanteil zu Buche schlagen. Das werden ambulante Pflegedienste, die davon null haben, weil er nur mitlaufen und nicht eigenständig pflegen kann, nicht mehr machen. Deswegen werden wir eine massive Gefährdung haben, diese Ausbildungskapazitäten, wie wir sie heute haben, halten zu können. Diesen Diskurs müssen wir wenigstens zunächst gemeinsam führen.

Das Zweite ist das finanzielle Risiko, das Nordrhein-Westfalen mit diesem Gesetz vor sich hat. Ich würde gern, dass der Ausschuss dann dafür die Verantwortung trägt. Denn ich kann sie im Moment nicht tragen, weil das Risiko, das auf Nordrhein-Westfalen zukommt, so immens hoch ist, da die Ausbildungskosten ja nicht, wie in der heutigen Pflege bei 280 € pro Platz, pro Schüler, liegen werden, sondern auf das Niveau der Krankenpflege werden ansteigen müssen.

Damit sind wir bei ganz anderen Größenordnungen und Finanzierungszahlen. Sie finden, dass das marginal ist; ich meine das nicht. Ich denke, ich bin

das sowohl den Pflegebedürftigen in diesem Land schuldig, das intensiv und umfassend zu diskutieren, damit wir keinen Pflegefachkraftmangel bekommen, als dem Haushaltsgesetzgeber gegenüber, das sorgfältig zu prüfen, damit wir hier nicht in ein Defizit und in eine Schiefelage kommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin Steffens. – Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Kieninger das Wort.

Gerda Kieninger (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der „NRW-Aktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und gleichgeschlechtlicher Vielfalt – gegen Homo- und Transphobie“ hat eindeutig gezeigt, dass in allen Feldern der Politik mitgedacht werden muss, wenn es um das Thema LSBTTI geht. Diese Art des Umdenkens ist richtig und notwendig.

Im Einzelplan 15 Titelgruppe 75 ist eine Erhöhung der Mittel um 100.000 € notwendig, und zwar für eine Stärkung der Beratung im psychosozialen und rechtlichen Bereich und um Konzepte und Strategien zu entwickeln, die Vernetzung zwischen Förder- und Beratungsinstitutionen zu verbessern, damit das Thema LSBTTI auch überall dort präsent ist, wo es notwendig ist. Es muss unser Ziel sein, Homophobie aus unserer Gesellschaft zu verdrängen. Das funktioniert jedoch nur, wenn gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften nicht mehr als etwas Außergewöhnliches dargestellt werden. Noch sind wir ein gutes Stück von diesem Ziel entfernt. Darum brauchen wir auch diesen Aktionsplan.

Aber wir sollten uns auf der anderen Seite hüten, ein Netzwerk von neuen Strukturen aufzubauen. Es muss eine Selbstverständlichkeit sein, in allen Beratungsstrukturen das Thema LSBTTI aufzunehmen und dort zu bearbeiten.

Im Einzelplan 15 Titelgruppe 61 haben die Koalitionsfraktionen im Haushalt eine Erhöhung der Mittel um 1 Million € eingestellt. Diese Summe teilt sich wie folgt auf: 330.000 € veranschlagen wir für die notwendige Betreuung von zumeist traumatisierten Kindern innerhalb der Frauenhäuser. Im Hinblick auf die Zukunft gilt weiterhin das Motto: Kein Kind zurücklassen!

450.000 € sollen für Modellprojekte „Second Stage“ verwendet werden. Hier geht es darum, zehn Wohnprojekte zu fördern, die Frauen einen Übergang in ein selbstständiges Leben ermöglichen. Es geht da um eine Art betreutes Wohnen, das sich an die Phase im Frauenhaus anschließt. Dies ist notwendig, um den Drehtüreffekt zu verhindern und den Frauen Hilfestellung zu geben, ein selbstbestimmtes Leben erst einmal in einer teilgeschützten Atmosphäre zu führen.

Präsidentin Carina Gödecke: Frau Kollegin Kieninger, bitte entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche. Herr Kollege ...

(Holger Ellerbrock [FDP]: Nein, Entschuldigung!)

– Jetzt habe ich Sie ganz unnötig unterbrochen. Das tut mir sehr leid.

Gerda Kieninger (SPD): Das macht nichts. Ich hätte aber auch Herrn Ellerbrock eine Frage beantwortet.

(Heiterkeit – Zuruf von Holger Ellerbrock [FDP])

Aber ich glaube, das ist nicht so ganz Ihr Thema.

Jedenfalls ist der Bereich äußerst wichtig. Denn das eingesetzte Geld zahlt sich schnell wieder aus. Damit stabilisieren wir die Frauen auf ihrem neuen Weg, und es besteht ein weitaus geringeres Risiko für sie, letztendlich wieder im Frauenhaus zu landen.

Die verbleibenden 220.000 € aus unserem Haushaltsantrag sind für Investitionen in Frauenhäuser mit überdurchschnittlicher Platzzahl gedacht. Dieser Mehrbedarf ergibt sich, weil wir eine große Unterschiedlichkeit in der Ausstattung der Frauenhäuser bezüglich des Bettenbedarfs haben. Manche Frauenhäuser halten sechs, andere zehn oder zwölf Betten vor. Die Förderung unterscheidet sich jedoch nicht. Ich glaube, da müssen wir einsteigen, für mehr Gerechtigkeit sorgen und eine Umverteilung vornehmen.

Obwohl ich sehr wenig Zeit habe, würde ich gerne noch einen Punkt ansprechen, mit dem Herr Burkert seinen Redebeitrag begonnen hat: die Kompetenzzentren. Ja, gerade die Kompetenzzentren sind ein wichtiger Bereich unserer rot-grünen Politik. Hätten Sie seinerzeit nicht die Regionalstellen, die eine ähnliche Arbeit gemacht haben, abgeschafft, hätten wir schon eine wesentlich höhere Rate in der sozialversicherungspflichtigen Frauenerwerbsarbeit.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Gerda Kieninger (SPD): Aber Gott sei Dank sind jetzt die Kompetenzzentren da. Ich habe mich auch gefreut, dass die CDU großen Anteil daran genommen hat, als im letzten Sommer die Finanzierung ein bisschen schwer zu beraten und zu bewerkstelligen war.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Gerda Kieninger (SPD): Das war mir eine große Freude. Insbesondere meine Dortmunder und

Schwerter Kolleginnen haben sich groß gekümmert – auch öffentlich.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Gerda Kieninger (SPD): An Frau Schneider, die gesagt hat, unsere Haushaltsanträge können wir von dem Geld der Kompetenzzentren fördern, noch folgenden Hinweis:

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Das geht leider nicht. Denn die werden durch den EFRE gefördert, und die EFRE-Mittel können wir weder für die Frauenhäuser ...

Präsidentin Carina Gödecke: Frau Kollegin Kieninger!

Gerda Kieninger (SPD): ... noch für andere Bereiche einsetzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Kieninger. – Für die FDP-Fraktion hat Frau Kollegin Schneider ein zweites Mal das Wort.

Susanne Schneider (FDP): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Rot-Grün verpasst auch an dieser Stelle mal wieder die Chance, nicht nur die Frauen-, sondern auch die Männergesundheit zu fördern. Nur das Kompetenzzentrum Frauen und Gesundheit erhält wieder eine Finanzspritze in Höhe von einer Viertelmillion Euro. Frau Ministerin, auch Männer brauchen Hilfe. Wir Liberale sind der Ansicht,

(Beifall von der FDP)

dass es höchste Zeit für ein Kompetenzzentrum „Mann und Gesundheit“ ist.

(Heiterkeit)

Das wünsche ich mir mit meiner Fraktion. Wenn Ihnen die Worte „Mann und Gesundheit“ nicht über die Lippen kommen wollen, nennen wir es eben „geschlechtergerechte Gesundheit“. Vielleicht können Sie damit umgehen.

Für das kommende Jahr haben Sie sich viel vorgenommen: erstens die Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes, zweitens die Fortschreibung des Landesaktionsplans zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen, drittens die flächendeckende Umsetzung der anonymen Spurensicherung, viertens die Förderung der Beratung und Unterstützung traumatisierter Flüchtlingsfrauen und fünftens die Fortschreibung des Aktionsplans gegen Homo- und Transphobie.

(Ministerin Barbara Steffens: Genau!)

Fünf große Vorhaben wollen Sie vor der nächsten Landtagswahl noch realisieren. Das ist eine Mammutaufgabe, die die Frage in den Raum wirft, warum das alles im letzten Regierungsjahr raus muss.

(Zurufe von der SPD – Zuruf von Ministerin Barbara Steffens)

Es ist doch eigentlich üblich, habe ich mir erklären lassen, große Vorhaben direkt zu Beginn einer Legislaturperiode zu realisieren. Denn dann ist ausreichend Zeit, sie ordentlich und ohne Hektik auf den Weg zu bringen.

(Ministerin Barbara Steffens: Wir haben doch keine Hektik!)

Sie, Frau Ministerin, haben sich durch langwierige Gutachten, zum Beispiel zu dem Landesgleichstellungsgesetz, schlichtweg verzettelt. Wir Liberalen werden aber als Parlamentarier die Suppe nicht auslöffeln, indem wir das geplante Landesgleichstellungsgesetz im Schweinsgalopp durch den Landtag jagen. Gerade in diesem Bereich werden wir auf einem ordentlichen Verfahren bestehen.

Wir wollen im Übrigen ein Landesgleichstellungsgesetz, das auch die Belange von Männern berücksichtigt und zeitgemäß in die Richtung des Bundesgleichstellungsgesetzes geht.

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, wir sind auch nicht zufrieden, dass die flächendeckende Einführung der anonymen Spurensicherung so lange auf sich warten lässt. Sie haben die Betroffenen aus unserer Sicht viel zu lange im Regen stehen lassen.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

Die 400.000 € werden für die landesweite Installation des Systems sicherlich ausreichend sein. Aber ich bezweifle nach wie vor, dass ein solcher Betrag den Roll-out finanzieren wird, der im kommenden Jahr ansteht.

Wir geben keine gesetzlichen Verpflichtungen vor, wo und in welcher Höhe die Gelder im Emanzipationsetat ausgegeben werden sollen. Diese große Handlungsfreiheit ist natürlich verlockend und verleitet dazu, wieder mal Spielwiesen zu bedienen. Ich mahne jedes Jahr, sorgsam und verantwortungsvoll im Sinne einer sparsamen wirtschaftlichen Haushaltspolitik mit den Geldern umzugehen. Das sind wir den Menschen in Nordrhein-Westfalen, vor allem den Steuerzahlern,

(Zuruf von der SPD: Den Steuerzahlerinnen auch?)

schuldig.

(Beifall von der FDP)

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, als letzte Rednerin meiner Fraktion zum Haushalt

möchte ich auch erklären, dass wir uns an den Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit halten. Aber dieser Grundsatz wird von Rot-Grün schamlos ignoriert. Vorhin hieß es, Kompetenzzentren mit EFRE-Mittel – aber 3 Millionen aus dem Landeshaushalt gehen immer noch in diese Kompetenzzentren. EFRE-Mittel finanzieren nicht alles. Und es ist eine Doppelstruktur. Wir brauchen diese 16 Kompetenzzentren nicht.

(Beifall von der FDP)

Frau Kieninger hat richtigerweise gesagt: Kompetenzzentren sind Regionalstellen 2.0 reloaded –

(Ministerin Barbara Steffens: Nein!)

und das für 3 Millionen! Wenn ich über eine Kleine Anfrage wissen möchte, wie vielen Frauen damit geholfen wurde, kommt die Antwort: Die Zeit ist noch zu kurz. – Wenn ich anderthalb Jahre später noch mal nachfrage, wer letztendlich davon profitiert hat, verweisen Sie auf die erste Antwort auf die Kleine Anfrage. Ich würde schon gern wissen, was die Kompetenzzentren tun, außer viel zu viel Geld zu kosten. Das andere Geschlecht oder die anderen Geschlechter, wenn Sie so wollen, schauen dabei mal wieder in die Röhre.

Damit es nicht zu dem Vorwurf kommt, wir setzten uns nicht für Frauenförderung ein: Das tut die FDP natürlich auch gerne.

Sie sollte schon bei der Berufswahlentscheidung ansetzen. Diese sollte nicht von den klassischen Geschlechterrollen, sondern vielmehr von Fähigkeiten und Interessen geleitet werden. Weiterhin bräuchten wir immer noch eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ich weiß auch nicht, warum ich das jedes Jahr erzählen muss. Bei der U3-Betreuung sind wir, soviel ich weiß, immer noch Schlusslicht. Flexible Arbeitsmodelle? – Fehl-anzeige!

(Zuruf von Ministerin Barbara Steffens)

Wenn Frauen oder auch Männer in Teilzeit arbeiten, bekommt Rot-Grün sofort Schnappatmung und spricht von der Teilzeitfalle.

Der Etatentwurf, der uns hier vorliegt, zeigt vielleicht den einen oder anderen vernünftigen Ansatz, doch leider werden hier mal wieder unheimlich viele Mittel zum Bepflanzen rot-grüner Spielwiesen verwendet. Aber für Blümchenpflückereien ist in diesem Haushalt kein Geld vorhanden. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schneider. – Für die Grünen hat Frau Kollegin Paul das Wort. Bitte erschrecken Sie nicht, wenn Sie die Redezeit angezeigt bekommen. Sie haben drei Minuten mehr, als wir Ihnen elektronisch zurzeit zeigen dürfen.

(Marc Olejak [PIRATEN]: Man hat uns vertauscht!)

Josefine Paul (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Schneider, das war jetzt wieder etwas aus der Kategorie „Buntes und Vermischtes“. Das hatte gar nichts, aber auch gar nichts mit Frauenpolitik zu tun.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich finde es erstaunlich, Frau Schneider, dass Sie sich jetzt beharrlich seit drei Jahren weigern, irgendwie zu verstehen, was wir in unseren Haushalten eigentlich machen, was wir im Ausschuss machen, was Frauenpolitik allgemein eigentlich bedeutet und welchen gesellschaftspolitischen Nutzen und welche gesellschaftspolitische Wichtigkeit dieses Thema hat.

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: Wieso Frauenpolitik?)

Das Einzige, was Sie mantraartig vortragen, ist: Ja, aber die Männer. – Da sind wir völlig einer Meinung: Auch Männer müssen sich emanzipieren; das ist gar keine Frage. Da stehen wir ihnen mit Rat und Tat zur Seite. Aber irgendetwas müssen sie an der Stelle auch selbst machen.

(Heiterkeit und Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Lachen von Susanne Schneider [FDP])

Leider können sich die Männer an dieser Stelle auch nicht auf die FDP verlassen. Denn außer dass Sie immer vortragen: „Ja, aber die Männer“, kommt von Ihnen konzeptionell nichts.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Damit ist den Männern in diesem Land überhaupt nicht geholfen.

Wir halten fest: Auch die Männer in diesem Land können froh sein, dass Rot-Grün regiert, denn mit Ihnen wären wir bei tarnen, täuschen, gar nichts tun.

(Heiterkeit und Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Lachen von der FDP)

Zur CDU: Liebe Frau van Dinther, Sie haben Herrn Burkert vortragen lassen, was Sie uns emanzipationspolitisch mit auf den Weg geben wollten. Das war auch wieder das Mantra der Kompetenzzentren. Es hat ja was von: Und jährlich grüßt das Murmeltier.

Wir haben gestern noch in den Zeitungen lesen können, warum wir diese Kompetenzzentren eigentlich haben. Denn Frau Güler hat sich darüber ausgelassen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Politikbetrieb offenkundig nicht zu managen sein.

Da frage ich doch, wieso Sie uns nicht beispringen und sagen: eine Zeit, in der wir die Kompetenzzentren gern mitfördern. – Die Vertreterinnen der Kompetenzzentren kommen sicherlich auch gern in die CDU-Fraktion und beraten Sie dabei, wie die Vereinbarkeit herzustellen ist.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Kollegin, würden Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Schneider zulassen?

Josefine Paul (GRÜNE): Ja, gerne.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön.

Susanne Schneider (FDP: Vielen Dank, Frau Kollegin Paul, dass Sie diese Frage zulassen. – Sie haben mir bzw. meiner Fraktion gerade vorgeworfen, die FDP-Fraktion täte nichts für die Männer. Einen der Anträge, die wir im letzten Jahr gestellt haben, haben Sie nicht abgelehnt, nämlich den Antrag, den Girls' Day und den Boys' Day gemeinsam aufzuwerten, sprich: den Boys' Day aufzuwerten.

Den Antrag haben Sie sogar mitunterschrieben. Aber letztlich war es doch dann so im Hohen Hause, nachdem das ein gemeinsamer Antrag war, der auch die Jungen fördern sollte, dass der Girls' und Boys' Day im Landtag überhaupt nicht mehr veranstaltet wurde, stattdessen wurde aber der Weltmädchentag zelebriert.

(Ministerin Barbara Steffens: Aber was hat das mit uns zu tun?)

Jetzt werfen Sie mir vor, nichts für die Jungs zu tun? – Das müssen Sie mir erklären.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Josefine Paul (GRÜNE: Vielen Dank, Frau Schneider, dass Sie mir die Gelegenheit geben, auch diesen Irrtum auf Ihrer Seite aufzuklären. Ja, wir haben alle miteinander diesen Antrag beschlossen. Das haben wir gern getan, denn Sie haben recht: Auch Jungs haben ein Geschlecht. – Seltene Erkenntnis, dazu brauchte es zwar nicht die FDP, aber vielen Dank.

(Heiterkeit von den GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der FDP: Oh!)

Auch das hat natürlich mit sozialen Konnotationen zu tun.

Wir haben alle gemeinsam diesen Antrag beschlossen, und wir stehen alle gemeinsam hinter dieser Idee. Ich möchte Ihnen aber auch noch mal sagen, dass wir von der Präsidentin mehrfach die Erläuterung gehört haben – auch Frau Jansen hat uns das

noch einmal im Ausschuss erläutert –, warum es in diesem Jahr nicht dazu gekommen ist. Sie hatten uns dargelegt, dass es organisatorische Probleme gewesen sind.

Es ist doch keine Idee von Rot-Grün gewesen, der Verwaltung zu sagen: Oh bitte, den Boys' Day nicht machen, wir wollen nichts für die Jungs tun. – Das ist doch auch wieder so ein Ammenmärchen.

(Beifall von Manuela Grochowiak-Schmieding [GRÜNE] und Britta Altenkamp [SPD])

Wir haben auch nicht gesagt: „Liebe Verwaltung, wir wollen lieber den Mädchentag“, denn wir wollten eigentlich nur die Jungs pro forma mit ins Boot holen.

Das ist eine Sache der Verwaltung gewesen. Die Verwaltung hat zugesichert, dass es das im nächsten Jahr wieder geben wird. Dann sollte auch für Sie der Drops gelutscht sein. Daran würde ich mich an Ihrer Stelle auch nicht immer weiter aufhängen. Machen Sie doch in der Zeit etwas Anständiges,

(Heiterkeit von den GRÜNEN und der SPD – Beifall von Eva Steininger-Bludau [SPD])

zum Beispiel einen Antrag zu der von Ihnen geforderten Aufwertung der Gesundheitspolitik für Männer. Ich bin mir sicher: Die Frauen- und Gesundheitsministerin wird gleich noch etwas dazu sagen, wer eigentlich von der gesamten Gesundheitsförderung profitiert und wie da die Geschlechterverhältnisse sind. Das wäre doch auch mal was.

Ich möchte auch noch etwas zur Förderung der von Gewalt betroffenen Fragen sagen. Wir haben – Frau Kieninger hat es gerade schon gesagt – noch einmal 1 Million € auf die Finanzierung der Frauenhäuser draufgepackt. Wir wollen die Kinder unterstützen, denn auch sie sind von Gewalt betroffen. Sie bekommen die Gewalt in den Familien mit und sind zum Teil auch selbst Opfer. Sie wollen wir unterstützen: von dem Moment an, an dem auch sie mit ihren Müttern im Frauenhaus ankommen.

Wir brauchen neue Wohnformen, denn die Frauenhäuser sind ein Ort der akuten Nothilfe. Dafür sind sie immens wichtig. Wir möchten mit den Frauen gemeinsam auch neue Perspektiven für ein Leben jenseits der Gewalt bieten. Deswegen brauchen wir Projekte neuer Wohnformen. Auch zu den überdurchschnittlichen Platzzahlen wurde etwas gesagt.

(Beifall von Karin Schmitt-Promny [GRÜNE])

Ich möchte noch einige Sätze zum Themenbereich „Landesaktionsplan“ sagen. Er ist in diesem Jahr fortgeschrieben worden. Wir haben auch noch einmal durch die Fraktionen die Mittel für den Bereich LSBTTI um 100.000 € erhöhen können. Frau Schneider, viele Ihrer Einlassungen in letzter Zeit zum Thema „LSBTTI“ medial und als Anfragen machen mir deutlich, dass es wichtig ist, dass wir weiterhin diesen Landesaktionsplan haben, dass wir die Akzeptanzkampagne haben. Sie sind einer der

Belege dafür, dass wir das immer noch brauchen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der FDP: Oh!)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Für die Fraktion der Piraten spricht der Kollege Olejak.

Marc Olejak (PIRATEN): Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne und zu Hause! Liebe Eichhörnchen! Vielen Dank erst einmal natürlich für die 100.000 € im Bereich LSBTTI und die 220.000 €, die schon angesprochen wurden, für die Frauenhäuser und für die Kinder.

Gerade eben wurde schon die Schwerpunkte des Gleichstellungsgesetzes angesprochen; vielen Dank Frau Kollegin Schneider.

Zwei Dinge irritieren mich immer wieder, Jahr für Jahr. Viel Zeit bleibt in dieser Legislaturperiode nicht mehr. Ich erinnere gern an den Koalitionsvertrag. Die Opposition hat nicht die Aufgabe, die Sachen entsprechend vorzubereiten und hier einzubringen.

Sie haben sich „Gender Budgeting“ selbst ins Heft geschrieben. Das steht komplettament noch aus. Vielleicht können Sie das mal mitnehmen; Sie haben nicht mehr so viel Zeit.

Und es gibt noch immer den Punkt der allgemeinen koordinierenden Stabstelle im Bereich der Gleichstellung. Das ist etwas, dass wir dieses Jahr weiter beobachten werden.

Insgesamt ist es sehr enttäuschend. Es sind einfach nur kleine Bastelbaustellen. Das große Bild fehlt in diesem Zusammenhang einfach. Daher sind wir letztlich enttäuscht. – Vielen Dank und noch einen schönen Abend.

(Beifall von den PIRATEN – Ministerin Barbara Steffens: Das war jetzt nicht abgestimmt, oder?)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Olejak. – Ich finde es schön, wenn Sie in Ihrer Rede alle entsprechend begrüßen, aber ich weiß nicht, ob die Begrüßungsformel „liebe Eichhörnchen“ parlamentsgerecht ist.

(Vereinzelt Beifall – Zuruf von den PIRATEN: Haben Sie etwas gegen Eichhörnchen?)

Überlegen Sie sich vielleicht, ob wir in diesem Stil miteinander umgehen sollten. Ich meine, wir sollten das Parlament ernster nehmen.

Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Steffens.

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Olejak, ich will kurz auf Ihren Beitrag reagieren. Sie vertreten heute die Kollegin, die Mitglied im Gleichstellungsausschuss ist. Diese Kollegin hat sich in Gänze konträr zu Ihnen eingelassen. Sie hat sich bei mir für die Arbeit bedankt. Sie hat dem Einzelplan 15 zugestimmt. Sie hat die Arbeit der Landesregierung gelobt. Ich finde es erstaunlich, wenn der Tenor Ihrer Rede dazu an dieser Stelle im Gegensatz steht. Denn ich fand, dass die Einlassung der Kollegin, die unsere Arbeit kontinuierlich begleitet, authentisch ist. Deswegen bin ich etwas erstaunt.

Zu den Einlassungen der Kollegin Schneider: Ich könnte wahrscheinlich die Reden der letzten Jahre wieder herausholen, was wir im Bereich Frauenpolitik machen. Wir haben damit nun einmal in der Landespolitik einen Bereich, der nicht Gleichstellungspolitik ist, sondern der im Sinne des Nachteilsausgleichs Frauenpolitik ist. Das ist ein Bereich, der sich auch weiterhin nicht mit Männern beschäftigen wird.

Wir werden im Gesundheitsbereich weiterhin genderspezifische Gesundheitspolitik betreiben. Wir werden im Pflegebereich genderspezifische Pflegepolitik betreiben. Aber da, wo wir explizite Frauenpolitik im Sinne des Nachteilsausgleichs und der Gewaltschutzkonzeption betreiben, werden wir natürlich weiterhin der Aufgabe, die wir hier für das Land übernommen haben, nachkommen.

Sie haben die großen Projekte, die wir noch vor uns haben, aufgezählt. Sie haben nicht aufgezählt, welche großen Projekte wir im Bereich Frauen bereits gemacht haben. Aber ich gehe auf diese Bereiche gerne noch kurz ein.

Ein Projekt, das Sie angesprochen haben, ist die Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes und die Gutachten, die wir dazu in Auftrag geben haben.

Frau Schneider, wahrscheinlich ist Ihnen die Rechtsproblematik bei einem Gleichstellungsgesetz nicht wirklich präsent. Denn wir sind das erste Bundesland, das versucht, hier einen innovativen Schritt voranzugehen. Wir waren das erste Land, das Gleichstellungspolitik in dieser Form betrieben hat. Dabei ist wichtig, dass man nicht eben einmal ein Gesetz darnieder schreibt und verabschiedet, sondern dass man ein Gesetz wirklich rechtssicher gestaltet und dass man es mit denjenigen, die die Bedarfe und die Umsetzungsprobleme vor Ort haben, partizipativ umsetzt.

Dass Sie mit den Gleichstellungsbeauftragten, dass Sie mit denen, die es vor Ort umsetzen und die Probleme benennen, nicht reden, ist das eine. Wir, die Landesregierung, tun es aber. Das halte ich für einen sehr wichtigen Schritt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Auch bezogen auf unsere Gewaltschutzpolitik ist natürlich klar, dass wir das in einem partizipativen Prozess angehen und wir eine gemeinsame Konzeption auf den Weg bringen wollen. Denn allein top down kann man Strukturen nicht verändern oder stärken. Vielmehr muss das gemeinsam geschehen.

Als dritten Punkt haben Sie die anonyme Spurensicherung angesprochen. Eigentlich müssten Sie dazu hier eine andere Einlassung bringen können. Sie haben im Ausschuss die Präsentation von GOBSIS erwähnt, einem innovativen System, dass wir im Land entwickelt haben lassen. Denn Sie alle haben das System GOBSIS, mit dem wir die anonyme Spurensicherung internetgestützt, mit neuen Techniken voranbringen, gelobt. Das ist eines der hervorragenden Beispiele.

Der nächste Schritt ist, dass wir die Strukturen, die wir in der Frauenhilfe und beim Gewaltschutz haben, mit den Strukturen im Bereich des Personals zusammenbringen wollen, dass wir eine Ist-Stand-Erhebung haben und dass wir dann gemeinsam versuchen, die flächendeckende Ausrollung zu entwickeln.

Sie sagen dann aber, 400.000 € würden dafür reichen. Auch darüber, ob das reicht und wie viele Mittel man benötigt, um eine flächendeckende Versorgung an dieser Stelle zu haben, werden wir im Ausschuss intensiv diskutieren. Aber wir sind in diesen Punkten weit. Wir müssen ja nicht mehr Mittel in den Haushalt einstellen, als wir derzeit abfließen lassen können. Vielmehr brauchen wir zunächst eine Konzeption. Da sind wir dran.

An dieser Stelle geht mir Sorgfalt vor Schnelligkeit. Denn die Strukturen sollen nachhaltig sein. In Vergangenheit gab es genug Beispiele dafür, dass Schnelligkeit keine nachhaltigen Strukturen geschaffen hat. Deswegen geht es uns darum, hier wirklich etwas substanzvoll zu verändern.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Die Landesregierung hat ihre Redezeit um 48 Sekunden überschritten. Ich möchte darauf hinweisen, sehe aber keine weiteren Wortmeldungen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir haben einige Abstimmungen vorzunehmen. Wir fangen mit der Abstimmung über den Einzelplan 15 an. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/10515, den Einzelplan 15 in der Fassung der Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Einzelplan 15 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses** mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen

gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und der Piraten **angenommen**.

Nachzuholen sind jetzt noch einige anderen Abstimmungen.

Zur Abstimmung über den Einzelplan 20, über den wir die Aussprache bereits gestern geführt haben, gebe ich noch den Hinweis auf den Änderungsantrag der CDU Drucksache 16/10388.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/10388. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 16/10388 abgelehnt** mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der Piraten gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion.

Wir stimmen nun ab über den Einzelplan 20. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/10520, den Einzelplan 20 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Einzelplan 20 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses angenommen** mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion der Piraten.

Wir kommen nun zu den Abstimmungen erstens über das Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2016, also des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2016, und zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes. Das sind die Drucksachen 16/9302 und – die Ergänzung – 16/10150. Hierzu möchte ich einen Hinweis geben auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses. Das ist die Drucksache 16/517. Die Aussprache hierüber haben wir auch bereits durchgeführt.

Wir stimmen ab über den Gesetzentwurf in der zweiten von drei Lesungen. Wer also für die Annahme des Gesetzentwurfes gemäß der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion der Piraten. Das **Gemeindefinanzierungsgesetz 2016 Drucksachen 16/9302 und 16/10517 ist in zweiter Lesung entsprechend den Beschlüssen des Ausschusses angenommen**.

Wir stimmen zweitens ab über das Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016.

Das sind die Drucksachen 16/9300 sowie die Ergänzungsvorlage 16/10150. Ich weise hin auf die Beschlussempfehlungen und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses. Das ist die Drucksache 16/10500. Die Aussprache hierüber haben wir auch bereits gestern durchgeführt.

Wir stimmen also jetzt ab über den Gesetzentwurf in der zweiten von drei Lesungen. Da kein Antrag auf Einzelabstimmung gestellt wurde, kann die Abstimmung über alle Einzelbestimmungen einschließlich Einleitung und Überschrift gemeinsam erfolgen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der vorgenannten Drucksache 16/10500, den Gesetzentwurf Drucksache 16/9300 sowie die Drucksache 16/10150 – die Ergänzung – in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer also für die Annahme des Gesetzentwurfes gemäß der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Empfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses angenommen mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion der Piraten. Das **Haushaltsgesetz 2016 Drucksachen 16/9300 und 16/10150 ist in zweiter Lesung in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses angenommen.**

Wir kommen drittens zur Abstimmung über die **Rücküberweisung des Haushaltsgesetzes 2016 Drucksache 16/9300** sowie **16/10150** – Ergänzung – und des **Gemeindefinanzierungsgesetzes** – das sind die **Drucksachen 16/9302 und 16/10150**, die Ergänzung – **an den Haushalts- und Finanzausschuss** zur Vorbereitung der dritten Lesung. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Ich stelle fest, dass diese Überweisungsempfehlung einstimmig **angenommen** wurde.

Ich möchte noch einen Hinweis geben: Die dritte Lesung der Haushaltsvorlagen ist für die Plenarsitzungen am 16. und 17. Dezember dieses Jahres vorgesehen.

Ich rufe nun auf:

3 Zweites Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/8458

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Wirtschaft, Energie, Industrie,
Mittelstand und Handwerk
Drucksache 16/10314

zweite Lesung

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die SPD-Fraktion dem Kollegen Thiel das Wort.

Rainer Christian Thiel (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben bereits im April dieses Jahres hier im Plenum über diesen Gesetzentwurf der FDP gesprochen und ihn zur Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk überwiesen. Dieser hat zwischenzeitlich getagt und Zustimmung empfohlen. Aus meiner Fraktion bin ich von dem einen oder anderen gefragt worden, warum wir denn einem FDP-Gesetzentwurf zustimmen sollen. Na ja, das ergibt sich eigentlich aus dem Gesetzentwurf selber und aus der Vorgeschichte.

2005 wurden die rechtlichen Grundlagen für regionale Flächennutzungspläne geschaffen. Sechs Ruhrgebietsstädte bildeten daraufhin die „Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr“ und erarbeiteten einen regionalen Flächennutzungsplan, der am 3. Mai 2010 von der schwarz-gelben Landesregierung noch genehmigt wurde. Die Regionalplankompetenzen gingen aber bereits 2007 für die Metropolregion Ruhr und 2009 für den Regionalverband Ruhr an den RVR. Ebenfalls durch Schwarz-Gelb wurde die Regelung im § 39 des Landesplanungsgesetzes beschlossen, die unter anderem eben die Befristung bis zum 31. Dezember vorsieht, Änderungen und Ergänzungen im regionalen Flächennutzungsplan vornehmen zu können.

Die Planungsgemeinschaft der Städteregionen befürchtet nun zu Recht ab nächstem Jahr rechtliche Unsicherheiten für ihren regionalen Flächennutzungsplan und eine extreme Belastung der davon betroffenen Verwaltungen. Auch wenn es nur um 5 ha geht, meine Damen und Herren: Der Zusammenhang mit dem noch nicht vorhandenen Regionalplan des RVR macht es den sechs Ruhrgebietsstädten schwer, ab Januar 2016 noch Veränderungen vornehmen zu können.

Der Planungsverbund hat daher eine Entfristung im Landesplanungsgesetz vorgeschlagen, um das Problem zu lösen. Das ist nun im Antrag etwas umständlich umschrieben. Aber im Klartext ausgedrückt: Das Problem besteht doch darin, dass Schwarz-Gelb die Kompetenzen der Flächenplanungen zwischen regionaler Flächennutzungsplanung und dem Regionalplan RVR nicht sauber synchronisiert hat. Der Vorschlag der Ruhrgebietsstädte wird vom RVR unterstützt. Das hat die FDP aufgenommen.

Die CDU vermengt das Problem im Landesplanungsgesetz gern mit dem LEP, der mit den Nachlässigkeiten von Schwarz-Gelb nun wirklich nichts zu tun hat. Wahrscheinlich wird auch gleich wieder am LEP herumgemäkelt. Aber, verehrte Damen und Herren, das hilft den Ruhrgebietsstädten, der Planungsgemeinschaft, dem RVR und auch der hilfs-

bereiten FDP nicht, die die gemeinsame schwarzgelbe Nachlässigkeit aus der Welt schaffen möchten. Darum helfen wir gern. Wir stimmen dem Antrag zu.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Thiel. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Dr. Bergmann.

Dr. Günther Bergmann (CDU): Herr Thiel, ich muss Sie leider enttäuschen. Es wird nicht herumgemäkelt, und ich spreche auch nicht über einen Antrag, wie Sie es fälschlicherweise tun, sondern ich spreche über den Gesetzentwurf; denn das ist es, worüber wir hier diskutieren. Es ist schön, dass Sie das inzwischen mitbekommen haben.

(Marc Herter [SPD]: Ja, Sie haben heute richtig Erfolg!)

Es ist wohl auch unstrittig, dass die engere Zusammenarbeit der Ruhrgebietskommunen wichtig und sinnvoll ist. Als jemand, der nicht im RVR-Gebiet lebt, gehe ich sogar noch einen Schritt weiter: Die oft eher den ländlichen Gebieten unseres schönen Landes unterstellte Kirchturmdenkerei muss gerade im Ruhrgebiet endlich überwunden werden. Wie weit man dabei gehen könnte, soll hier heute allerdings nicht das Thema sein.

Wenn man also schon einmal einen RVR hat, dann kann es doch nicht richtig sein und noch nicht einmal als suboptimal bezeichnet werden, dass die Planungshoheit für einzelne Bereiche des Ruhrgebietes derzeit bei drei Regierungspräsidien liegt, nämlich Düsseldorf, Münster und Arnsberg. Die nun von der FDP gewünschte Entfristung des städtebezogenen Regionalen Flächennutzungsplans für die Städte Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen verfestigt jedoch eben diesen Status.

Als wir im April dieses Jahres hier erstmals den Gesetzentwurf diskutierten, waren die Voraussetzungen noch gänzlich andere als heute. Damals schien es sich nur um eine reine Fristensache zu handeln. Es gab Signale seitens des RVR, die die Zustimmung des Verbandes vermuten ließen, während – wie wir dann alle erst später erfuhren – der bestehende Vorbehalt der Gremienzustimmung nicht mitgeteilt wurde. Die Willensbildung im RVR ist allerdings inzwischen weiter vorangeschritten, wie auch die schriftliche RVR-Stellungnahme zur Anhörung nächste Wochen noch einmal verdeutlicht.

Es geht also, nicht um eine reine Entfristung, wie man vordergründig annehmen könnte, sondern um den notwendigen Anschlag und nicht immer nur Appelle für abgestimmte Planungen im RVR. Dieser hat seit 2007 die Planungskompetenz für das Ruhrgebiet auf dem Papier. Mit Auslaufen des Regiona-

len Flächennutzungsplans zum 31.12.2015 könnte dieser Theorie dann auch Praxis folgen. Der RVR ist dazu bereit und wartet, dass ihn die Landesregierung endlich auch personell in die Lage dazu versetzt, regionale Planungen vorzunehmen.

(Beifall von der CDU)

Wenn also die Entfristung zum 31.12. nicht vollzogen würde, käme endlich Druck auf den Kessel, ohne freilich rechtsfreie Räume zu schaffen; denn es entsteht kein Mangel und auch kein Vakuum, in das der RVR mit dem Jahreswechsel automatisch fiele. Er bewirtschaftet auch schon jetzt die Teilgebietsentwicklungspläne.

Wir von der CDU hätten, nachdem von Regierungsseite ein Entwurf für ein komplett neues LPIG vorgelegt wurde, gern, wie im Ausschuss ursprünglich besprochen, beide Bereiche parallel diskutiert und entschieden. Jetzt ist die FDP nicht länger bereit, zu warten, und die Landesregierung war nicht in der Lage oder willens, schneller zu handeln. Daher haben wir uns von der CDU entschlossen, im Interesse der superkommunalen Planungschancen gegen eine Entfristung zu stimmen, um endlich zu erreichen, was angeblich alle wollen, nämlich dass der RVR zukünftig einen eigenen Regionalplan für das Verbandsgebiet aufstellt. Jetzt ist aus unserer Sicht die Zeit gekommen, dem Appell auch endlich Taten folgen zu lassen.

Daher lehnen wir die im vorliegenden Gesetzentwurf – Gesetzentwurf, Herr Thiel, nicht Antrag – gewünschte Fristverlängerung ab. So werden alle Handelnden strukturell und personell gefordert, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass in Sichtweite auch einmal ein Aufstellungsbeschluss für einen Regionalplan durch den RVR erfolgt und die Ruhrgebietskommunen zeitnah auf das Instrument Regionaler Flächennutzungspläne verzichten können.

Wir von der CDU sind auf die anstehenden Diskussionen des Gesetzentwurfes der Landesregierung gespannt. Heute helfen wir erst einmal gern dabei, dass nicht immer nur regional gesprochen, sondern endlich auch einmal regional gehandelt werden kann. Es handelt sich aus unserer Sicht um eine Probe aufs Exempel, und deswegen sind wir gespannt auf das Abstimmungsverhalten. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Dr. Bergmann. – Für die Fraktion Die Grünen spricht Herr Kollege Goldmann.

Herbert Franz Goldmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, Sie sehen es mir nach, aber ich bin ausgesprochen froh, wenn diese Ange-

legenheit gleich mit einer parlamentarischen Mehrheit des zur Entscheidung anstehenden Gesetzentwurfes der FDP zur Frage der Entfristungsregelung nach § 39 Abs. 4 Landesplanungsgesetz endlich zu einem sinnvollen Ende gebracht wird. Ich gehe davon aus, allein schon, um wieder Planungssicherheit sowohl für den RVR als auch für die am Regionalen Flächennutzungsplan beteiligten Ruhrgebietskommunen über den 31.12. dieses Jahres hinaus zu erreichen.

Es geht heute bei der vorliegenden Beschlussfassung schlichtweg darum, wie es der geschätzte Kollege Brockes in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 26. August dieses Jahres zu Recht ausgeführt hat, nicht offenen Auges in ein zeitliches Problem zu laufen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Guter Mann!)

Das sehen übrigens alle Beteiligten – Herr Thiel hatte es eben auch angesprochen – so: der RVR als zuständige Regionalplanungsbehörde, dem seit Oktober 2009 die Regionalplanungskompetenz übertragen wurde, sowie alle sechs Städte, die aktuell die Kompetenz für den Regionalen Flächennutzungsplan haben, und selbst die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände, wie in Ihrer Stellungnahme vom 10.08. dieses Jahres nachzulesen ist. Alle erkennen die formalrechtliche Notwendigkeit, die Befugnisse der Planungsgemeinschaft zur Änderung, Ergänzung und Aufhebung des RFNP über den 31.12. dieses Jahres hinaus sicherzustellen und sachgerecht zu verlängern. Eine Ausnahme bildet nach der Diskussion im Wirtschaftsausschuss – diese Auffassung hat sich hier gerade auch fortgesetzt – die CDU.

Die Frage lautet: Warum eigentlich?

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Einsam und allein!)

Überzeugende Gründe, Herr Dr. Bergmann, wurden von Ihnen auch heute nicht vorgetragen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Sich gedanklich noch einmal vor Christa Thoben zu stellen, die die Synchronisierung der sich verändernden Zuständigkeiten und die daraus resultierende völlig unzureichende Personalausstattung des RVR seinerzeit nicht vollständig erkannt hat, ist aus Sicht der Grünen geschenkt.

(Zuruf Josef Hovenjürgen [CDU])

– Herr Hovenjürgen, da gibt es keinen Vorwurf und auch keinen Blick zurück. Das sehen wir rein pragmatisch.

Warum aber dann der Meinungsumschwung zur Haltung des FDP-Gesetzentwurfs? In der ersten Behandlung des Themas im Plenum am 29. April dieses Jahres, Herr Dr. Bergmann, haben Sie für die CDU dem Antrag noch zugestimmt. Ich zitiere mit Zustimmung des Präsidenten aus dem Plenarprotokoll vom 29.04.2015:

„Da die Ruhrgebietskommunen nach dem jetzigen Stand wohl auch über 2015 hinaus noch auf das Instrument des regionalen Flächennutzungsplans zurückgreifen müssen, spricht vieles dafür, dem Gesetzentwurf der FDP zuzustimmen. Das tun wir von der CDU auch und freuen uns auf die Beratung im Ausschuss.“

Diese Aussage war – und das ist sie auch weiterhin – der Sachlage entsprechend.

Warum Sie Ihre Meinung geändert haben, erschließt sich nicht wirklich. Sie sollten vielleicht etwas weniger Rücksicht nehmen auf die CDU-Fraktion im RVR. Dort hat die Ablehnung aus meiner Sicht persönliche, zum Teil emotionale, aber keine sachlich fundierten Gründe.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege Goldmann, möchten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hovenjürgen zulassen?

Herbert Franz Goldmann (GRÜNE): Aber natürlich.

(Marc Herter [SPD]: Die kennen sich ja aus dem RVR!)

Josef Hovenjürgen (CDU): Herzlichen Dank, lieber Kollege Goldmann. – Herr Kollege Goldmann, sind Sie denn bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass beim Auslaufen des Regionalen Flächennutzungsplans dieser in der Arbeit der RVR weiter Bestand hätte, dass also kein Vakuum entstünde und der RVR das täte, was ihm eigentlich zusteht, nämlich die Regionalplanung umzusetzen und durchzuführen? Mit dem, was wir jetzt beschließen sollen und Sie gemeinsam mit Grünen, SPD und FDP tragen wollen, stellen Sie sicher, dass sechs Städte alleine diesen Bereich bewirtschaften und der RVR nicht an der Gesamtplanung beteiligt ist.

Herbert Franz Goldmann (GRÜNE): Natürlich ist es rein formalrechtlich so, dass dann der RVR an die Stelle der sechs Ruhrgebietsstädte treten würde und diese Aufgabe zwangsläufig wahrnehmen müsste.

Nur, Herr Hovenjürgen, als Vorsitzender der Verbandsversammlung des RVR wissen Sie doch selbst,

(Marc Herter [SPD]: Richtig!)

dass der RVR mit Blick auf die anstehende Regionalplanaufstellung aktuell dazu personell überhaupt nicht in der Lage ist. Wir sind beide in verantwortlicher Position in Essen, und beide wünschen wir uns, dass dies zeitnah ermöglicht wird.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Würden Sie eine weitere Frage des Kollegen Hovenjürgen zulassen?

Herbert Franz Goldmann (GRÜNE): Ich habe nur noch einen Satz. Dann bin ich fertig.

Zum Ende noch ein Hinweis: Ich hoffe, dass mit der heutigen Zustimmung zum FDP-Gesetzentwurf der in diesem Haus so häufig erhobene Vorwurf etwas relativiert wird, dass die Regierungskoalition keine wichtigen und richtigen Ansätze der Opposition wahrnimmt und konstruktiv unterstützt. Genau hier und heute machen wir das, weil dieser Gesetzentwurf der FDP in der Sache richtig ist und allen Beteiligten weiterhilft. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Goldmann. – Für die FDP-Fraktion spricht Holger Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Thiel, wie schwer muss es Ihnen fallen, einem Gesetzentwurf von uns zuzustimmen, wenn Sie gleichzeitig sagen, Sie stimmen zu, weil Schwarz-Gelb irgendetwas Unsauberes gemacht hat?

Wenn man sich mit der Geschichte auskennt – 2005 bis 2010; der RVR hat seit 2009 die regionale Planungskompetenz –, dann weiß man, dass es Kollegen aus der SPD waren, die gesagt haben: Wir brauchen so eine lange Frist gar nicht. Wir sind ja viel schneller. Wir sind ja viel besser.

Das war schon damals eine Frist, die Ihnen eigentlich viel zu lang war. Das muss man wissen.

Zweiter Punkt: Kollege Bergmann, Sie führen bei der Planungskompetenz fürs Ruhrgebiet wieder die drei Regierungspräsidenten an. Das ist doch unmöglich. Es ist doch nicht die Schuld der Regierungspräsidenten, dass wir im Ruhrgebiet unterschiedliche Spurweiten von Straßenbahnen hatten. Das war der Neid der Kommunen untereinander, und die Kaufkraft sollte auf den eigenen Bereich konzentriert werden. Damit haben die Regierungspräsidenten doch null Komma null zu tun gehabt.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Das ist richtig!)

Ich weiß aus eigener Erfahrung: Wenn es grenzüberschreitende Probleme gab, dann lief unter den Regierungspräsidenten, ob Düsseldorf, Münster oder Arnsberg, ein Wettbewerb, wer die Entscheidungsvorlage für den Regionalrat am ehesten hinkommt. All das ist vorgeschoben und hat mit der Realität nichts zu tun, lässt sich aber populistisch so darstellen. Das ist aber wirklich nicht der Fall.

Herr Kollege Hovenjürgen, ich möchte die Querelen innerhalb des RVR überhaupt nicht ansprechen, aber allein die Diskussion darüber, ob es zu einer Rechtslücke führt, belegt, dass es eine Rechtsunsicherheit gibt.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Nein!)

– Ja, Sie sehen sie nicht. Alle anderen sehen sie. Sie sind wie der Geisterfahrer, der sich wundert, dass ihm auf der Autobahn Tausende Autos entgegenkommen.

(Heiterkeit von der FDP, der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Sie sehen sie nicht, aber die anderen sehen sie. Jetzt unterstelle ich mal wider besseres Wissen, Sie hätten recht. Dann bleibt es doch dabei, dass wir eine Rechtsunsicherheit haben, und dann ist es doch sinnvoll, wenn eine aus unserer Sicht bestehende Rechtsunsicherheit behoben wird, die Ihrer Zielsetzung in Wahrheit überhaupt nicht schadet.

Also, lassen Sie uns die Rechtsunsicherheit beseitigen. Lassen Sie uns dem Gesetzentwurf zustimmen. Dann haben wir die Klippe umschifft. Leute, wir sollten alles etwas tiefer hängen und uns nicht mit Vergangenheitsbewältigung und erst recht nicht mit Geschichtsklitterung aufhalten. Wie gesagt, Kollege, eine Rechtsunsicherheit besteht auf jeden Fall. – Schönen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Für die Fraktion der Piraten spricht Herr Kollege Bayer.

Oliver Bayer (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuschauer auch am weihnachtlichen Stream! Ich bin mir sicher, dass sich auch die Abgeordneten, die jetzt nicht anwesend sind, diese Debatte gerne nachträglich am Nikolaustag angucken.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Ja, schon klar!)

Die Landesplanung erlebt derzeit eine Umbruchphase. Das Beteiligungsverfahren für den nunmehr zweiten Entwurf des Landesentwicklungsplans ist vor einigen Wochen angelaufen, und auch für das Landesplanungsgesetz liegt eine Novellierung der Landesregierung vor. Damit werden wir uns in den nächsten Monaten beschäftigt. Die Debatte dazu heute Morgen war noch nicht alles.

Es wird sicherlich weiterhin Debatten über die Regionalplanungskompetenz des RVR geben. Aber das ist hier nur indirekt Thema.

Ein Sachverhalt muss noch in diesem Jahr geklärt werden. Eine Überleitungsvorschrift im derzeitigen Landesplanungsgesetz läuft Ende des Jahres aus; Herr Thiel hat das eben bereits etwas näher erklärt.

Ich könnte jetzt noch sagen, dass es bei den sechs Städten um Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim und Oberhausen geht; die sollen weiterhin Änderungen und Ergänzungen am Regionalen Flächennutzungsplan vornehmen dürfen. Das muss noch vor Jahresfrist geändert werden, das ist auch ein Ziel des entsprechenden Gesetzentwurfs.

Ich kann es deshalb kurz machen: Wir stimmen dem vorliegenden Gesetzentwurf zu; das haben wir auch schon im Wirtschaftsausschuss getan. Ich bin von meiner Fraktion gar nicht gefragt worden: Wieso sollen wir denn einem FDP-Entwurf zustimmen? – Das war sachlich leicht zu begründen. Das könnte man eigentlich immer so machen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Bayer. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Lersch-Mense.

Franz-Josef Lersch-Mense, Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich glaube, der Inhalt des Gesetzentwurfs der FDP ist hinreichend von verschiedenen Seiten erläutert und beleuchtet worden, sodass ich darauf verzichten, dies zu wiederholen.

Ich bitte um Ihr Verständnis, dass ich mich darauf beschränke, Ihnen zu sagen: Auch aus Sicht der Landesregierung ist die Verlängerung der Übergangsfrist durch Streichung der Verfallsfrist rechtlich und fachlich richtig und notwendig. Das haben wir auch dadurch dokumentiert, dass wir in unseren eigenen Gesetzentwurf zur Novellierung des Landesplanungsgesetzes eine entsprechende Vorschrift aufgenommen haben. Der wird nun nicht so rechtzeitig beraten werden können, dass über diesen Entwurf die entsprechende Verlängerung der Übergangsregelung erfolgen kann. Deshalb bittet auch die Landesregierung darum, dem vernünftigen Entwurf der FDP zuzustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN, der FDP und den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk empfiehlt in Drucksache 16/10314, den Gesetzentwurf Drucksache 16/8458 unverändert anzunehmen. Wir kommen somit zur Abstimmung über den **Gesetzentwurf Drucksache 16/8458** selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zu-

stimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Gesetzentwurf mit den Stimmen von SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der Piraten gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **angenommen**.

Ich rufe auf:

4 Fünftes Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (5. AG-KJHG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/10309

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Familie, Kinder und Jugend
Drucksache 16/10315

zweite Lesung

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die SPD-Fraktion dem Kollegen Jörg das Wort.

Wolfgang Jörg (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein Kind ist ein Kind ist ein Kind. Kinder und Jugendliche bedürfen unseres besonderen Schutzes. Gerade dann, wenn es sich um unbegleitete Flüchtlingskinder handelt, die unser Land ohne Eltern erreichen, müssen wir uns besonders um sie kümmern.

NRW hat nicht erst, seitdem es die Bundesinitiative gab und wir uns auf eine Verteilung von Flüchtlingen geeinigt haben, gesagt: Mit diesen Kindern müssen wir in besonderer Weise umgehen. Geleitet von Respekt und Empathie hat gerade das Jugend- und Familienministerium erklärt: Wir müssen einen Umgang mit diesen Kindern und Jugendlichen finden, bei dem nicht die Ausländerbehörden, sondern die Jugendämter den Takt angeben.

In Nordrhein-Westfalen haben wir eine Handreichung formuliert, die genau diesen Umgang zwischen dem Innenministerium und dem Kinder- und Jugendministerium regelt, damit Ausländerbehörden und Jugendämter in den Gemeinden, in den Kommunen eine Orientierung haben. Das war eine beispielgebende Arbeit. Wir waren in der Frage also Taktgeber für alle Länder in der Bundesrepublik. Dafür, finde ich, kann man unserem Ministerium hier einmal Dankeschön sagen und das auch mit Applaus unterstützen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das war auch im Sinne der Kinder, die bei uns bleiben werden, eine wunderbare Arbeit.

Darüber hinaus hat das Ministerium nach der Einigung im Bund innerhalb von drei Wochen ein Ausführungsgesetz formuliert, das uns heute vorliegt. Das ist ein atemraubender Zeitraum. Wir haben

schon mal in drei Wochen Banken gerettet, Milliarden zur Rettung zur Verfügung gestellt, aber dass es auch im Sozialbereich innerhalb von drei Wochen geht, das ist eine unvorstellbar gute Leistung. – Auch dafür herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und Walter Kern [CDU])

Das Ganze wäre aber nicht ohne Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, möglich geworden. Alle Fraktionen – CDU, FDP, auch die Piraten – haben im Verfahren Förderhinweise gegeben. Wir haben es gemeinsam diskutiert und ein beschleunigtes Verfahren gewählt. Ohne Sie wäre es nicht möglich gewesen, diese drei Wochen so schnell zu überbrücken. Auch dafür herzlichen Dank. Es war eine sehr gute Zusammenarbeit und zeigt: Dann, wenn wir uns einig sind, können wir auch schnell handeln. – Herzlichen Dank dafür.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir werden gleich sicherlich merken, dass jede Fraktion noch einmal auf einige Punkte abzielt, die für sie jeweils besonders wichtig waren. Aber auch das macht den Geist dieses Gesetzes aus. Wir haben es im Einklang mit der Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen, aber auch mit der Opposition zusammen entwickelt.

Es ist ein wunderbares, ein versöhnliches Zeichen zum Schluss dieser drei Plenartage, dass wir das gemeinsam beschließen. Es ist ein gutes Zeichen für die Kinder und Jugendlichen, die zu uns kommen. Sie sind hier sicher aufgehoben. Wir tun alles, damit es ihnen auch in Zukunft gut gehen wird. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, und ich wünsche Ihnen einen schönen Nikolaus.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Jörg. – Für die CDU-Fraktion spricht Frau Kollegin Scharrenbach.

Ina Scharrenbach (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am 9. November in diesem Jahr hatten wir rund 9.000 unbegleitete Kinder und Jugendliche in Nordrhein-Westfalen, eine große Zahl, und der Zustrom hält weiter an. In der Tat, durch die Beschlussfassung der CDU-geführten Bundesregierung zusammen mit den Kollegen der CSU und der SPD Mitte Oktober hat man sich dann entschlossen, festzuschreiben, dass alle Jugendämter in der Bundesrepublik Deutschland eine Aufnahmeverpflichtung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge haben. In diesem Sinn haben wir als Landtag Nordrhein-Westfalen dieses Gesetz entsprechend auszuführen und umzusetzen.

Wir haben als CDU sehr früh nach der Sommerpause zu diesem gesamten Themenkomplex einen umfangreichen Fragenkatalog vorgelegt, weil diese

Diskussion, die wir geführt haben, für uns immer unter einem Motto stand, nämlich die Fehler, die im Erwachsenenbereich stattfinden, auch in Nordrhein-Westfalen im Bereich der Kinder und Jugendlichen, nicht zu wiederholen. Das war das, was wir immer eingefordert haben.

(Beifall von der CDU)

Wir haben sehr früh deutlich gemacht, dass wir der Auffassung sind, dass nicht jedes der 186 Jugendämter in Nordrhein-Westfalen nun umfassend Kompetenz aufbauen muss im Zusammenhang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Denn Inobhutnahmen muss jedes Jugendamt können. Das ist eine der Kernkompetenzen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den einzelnen Ämtern.

Aber der Umgang und die Jugendhilfeplanung mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen ist noch einmal eine besondere Herausforderung. Deshalb haben wir früh aufgerufen: Bitte ermöglichen Sie in diesem Landesausführungsgesetz eine interkommunale Kooperation im Zusammenhang mit dem Clearing-Verfahren, um den Kommunen die Möglichkeit zu geben, Kompetenzen zu bündeln, Erfahrungen zu sammeln, aber eben auch auf die Erfahrungen der Jugendämter zurückzugreifen, die bisher in Nordrhein-Westfalen in einer großartigen Art und Weise mit einer großen Bereitschaft sich dem Thema gewidmet haben.

Sie haben das von vornherein in den Gesetzentwurf der Landesregierung aufgenommen. Wir haben als CDU weiter dafür geworben, die Möglichkeit der interkommunalen Kooperation auch auf pädagogische Maßnahmen auszuweiten. Sie werden in Ihren Kommunen, wenn Sie Jugendamtsbezirk sind, wissen, wie groß derzeit die Anstrengungen sind, die vonseiten der Verwaltungen unternommen werden und auch von ganz vielen Ehrenamtlichen im Zusammenhang mit der Unterbringung und Begleitung unbegleiteter Minderjähriger das ganze Verfahren auf die Reihe zu bekommen. Diese Verwaltungen, diese Jugendhilfeämter brauchen derzeit die höchstmögliche Flexibilität, um mit diesem Thema umzugehen, allerdings immer unter der Fachlichkeit des Jugendhilfeamtes. Das sehen wir als CDU als gewährleistet an. In diesem Sinne ist das Gesetz auch noch einmal geändert worden.

Wir haben ferner erreicht, dass die Verwaltungskostenerstattung in Höhe von 3.100 €, die erstmals gezahlt werden wird, für einen Mittelwert von zu begleitenden unbegleiteten Minderjährigen nicht erst 2017, wie Sie das ursprünglich vorhatten, zur Auszahlung kommt, sondern bereits ab dem 1. September 2016 an die Kommunen ausbezahlt wird.

(Beifall von der CDU)

Leider ist es uns nicht gelungen, das noch weiter nach vorne zu ziehen. Aber das ist sicherlich ein wichtiger Schritt.

Was ist noch nicht erledigt? Was müssen wir noch miteinander diskutieren? Eine Frage ist, auch im Rahmen des Sachverständigengesprächs, offengeblieben, und zwar: Was ist denn, wenn die Jugendhilfeleistung unterbrochen wird, weil sich ein unbegleiteter Minderjähriger, aus welchen Gründen auch immer, nicht im Jugendamtsbezirk aufhält? Ist das eine Unterbrechung, bei der dann die Kommunen am Ende auf den Kosten sitzenbleiben, oder gibt es die Bereitschaft der Landesregierung zu sagen, das zählen wir nicht mit, wir erstatten trotzdem? Diese Frage, Frau Ministerin, müssen wir miteinander noch klären.

Wir haben Sie ebenfalls gebeten, zur Unterstützung der kommunalen Jugendämter Musterverträge und Musterhandreichungen auf den Weg zu bringen, damit nicht jetzt jedes Jugendamt neben den fachlichen Fragen, die sich mit unbegleiteten Minderjährigen stellen, jetzt auch noch anfangen muss, Verträge zu entwickeln. Auch da ist es unserer Auskunft nach noch nicht auf den Weg gebracht. Insofern bleibt hier viel zu tun.

Abschließend: Wir sind sicher, auch aus den Rückmeldungen der kommunalen Jugendämter, dass mit einer hohen Anstrengung durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Ehrenamtlichen vor Ort auch bei diesem Thema versucht wird, das Bestmögliche für die Kinder und Jugendlichen im Sinne der Kinder und Jugendlichen zu erreichen und auf den Weg zu bringen. Ich denke, das, was der Landtag Nordrhein-Westfalen zur Unterstützung dieser kommunalen Jugendämter leisten kann, tut er heute in einem ersten Beschluss. Sollten weitere Beschlüsse notwendig sein, so werden wir uns als CDU an dieser Stelle sicherlich nicht verweigern, wenn wir das System weiterhin praktisch und routiniert auf die Beine stellen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herzlichen Dank, Frau Kollegin Scharrenbach. – Für die Fraktion Die Grünen spricht Frau Kollegin Hanses.

Dagmar Hanses (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! UMF, UMFs – was verbirgt sich eigentlich hinter diesem Kürzel? Es ist zum Beispiel das Mädchen aus Somalia, das zu uns gekommen ist, es ist zum Beispiel der Junge aus Afghanistan, es sind die Teenies aus Syrien, und es sind die vielen Einzelschicksale, die in den Wirren von Krieg und Verfolgung, teilweise ohne ihre Eltern, um die halbe Welt gereist sind, um bei uns Schutz und Zuflucht zu erhalten. Sie sind zum Teil verwaist, sie haben ihre Eltern aus den Augen verloren, teilweise fliehen sie vor ihren Eltern.

Die Gründe, warum Minderjährige fliehen, sind mindestens so vielfältig, wie sie eben auch bei Erwach-

senen sind. Deshalb hat diese Zielgruppe unsere besondere Aufmerksamkeit und unseren besonderen Schutz verdient.

Auch ich bin froh, dass es gelungen ist, bei diesem sensiblen Thema einen fraktionsübergreifenden Konsens zu erreichen, auch mit dem Bund. Dass der Bund das Bundesgesetz vorgezogen hat, war sicherlich hilfreich und ist nicht zuletzt auf das Drängen von Nordrhein-Westfalen zustande gekommen. Also, auch da kann ich mich anschließen. Frau Kampmann, Sie haben da wirklich ein ganz tolles Team, das zum Teil hier anweisend ist. Herr Walhorn, Herr Lamontain, sie sind sicherlich bundesweit bekannt dafür, dass sie sich für diese Zielgruppe besonders engagieren und die Fachlichkeit der Jugendhilfe in den Vordergrund gestellt haben. Vielen Dank dafür!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Frau Scharrenbach, in der Tat, Inobhutnahme muss jedes Jugendamt können, muss jeder öffentliche Träger der Jugendhilfe können. Aber den Umgang mit traumatisierten Jugendlichen muss auch jedes Jugendamt können. Auch deshalb sind wir froh, dass jeder örtliche Träger der Jugendhilfe mit dem Gesetz erfasst wird. Das führt eindeutig zu mehr Gerechtigkeit.

Bisher sind die Jugendlichen in wenigen Kommunen in Nordrhein-Westfalen angekommen. Eine Kommune kann für ihre geografische Lage nichts. Deshalb müssen alle die Verantwortung übernehmen, damit Jugendliche die Hilfe bekommen, die sie verdient haben. Ich bin froh, dass es ein Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz ist, weil da ganz eindeutig festgelegt ist: Jeder junge Mensch. Da steht nicht, jeder deutsche Mensch oder jeder, dessen Aufenthaltsstatus geklärt ist oder der einen Asylantrag gestellt hat.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Sondern jeder Mensch, der in diesem Land lebt, hat alle Rechte, die im Kinder- und Jugendhilfegesetz verankert sind.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Der Verweis auf die Handreichungen ist im Änderungsantrag gelungen. Die Handreichungen, die in Nordrhein-Westfalen entwickelt wurden und Grundlage für das Gesetz geworden sind, haben da Maßstäbe gesetzt, insbesondere was die Altersfeststellung von jungen Menschen angeht. Die Jugendlichen aus anderen Ländern haben über wirklich gruselige Zustände – sowohl ganz im Norden als auch ganz im Süden – berichtet, wie Altersfeststellung von Jugendlichen stattgefunden hat. Mit diesem Gesetz ist dem ein Ende gesetzt, und wir haben klare Bedingungen für einen Clearingverfahren. Und auch darüber sind wir sehr froh.

(Beifall von den GRÜNEN)

Weil in dem Bereich auch einiges neu ist, haben wir auch noch eine sehr frühzeitige Berichtspflicht in dem Gesetz verankert. Es ist vielleicht kein Geheimnis, dass gerade die Fachverbände, die bei der internen Anhörung dabei waren, nämlich die kommunalen Spitzenverbände und die Flüchtlingsinitiativen nun nicht gerade die sind, die uns besonders loben oder besonders unkritisch sind. Ganz im Gegenteil! Das sind die, die immer ganz genau hinsehen und sich sehr kritisch äußern. Bei diesem Gesetz haben wir sie selten gemeinsam so zufrieden erlebt wie an der Stelle. Das ist ein gutes Signal für die Jugendlichen, die zu uns kommen.

Mit dem Gesetz wird Fachlichkeit der Jugendhilfe gesichert, Gerechtigkeit zwischen den Kommunen gewährleistet. Sie haben eine Zukunft. Wir freuen uns auf die jungen Menschen, damit sie gerne in Nordrhein-Westfalen ankommen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Hanses. – Für die FDP-Fraktion spricht der Kollege Hafke.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zählen sicherlich zu den schutzbedürftigsten Kindern und Jugendlichen unserer Gesellschaft – ohne Eltern und Sorgeberechtigte, ohne die Sprache zu beherrschen in einem noch fremden Land, oftmals nach großen Fluchtstrapazen. Traumata sind keine Seltenheit, zudem lastet auf diesen Jugendlichen ein starker Erwartungsdruck der Familien in der Heimat.

Die Inobhutnahme dieser Jugendlichen muss deshalb äußerst behutsam erfolgen und Änderungen an den bisherigen Gesetzeslagen müssen daher genau durchdacht werden. Mit den allgemeinen Flüchtlingszahlen stieg auch die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge stark an.

Bisher war es so, dass es die Jugendämter der Kommunen waren, die die Jugendlichen in Obhut genommen haben, in denen sie erstmals angetroffen wurden. Dies beanspruchte besonders die Jugendämter weniger Städte wie beispielsweise Dortmund, Köln und Aachen. Das ist nicht nur in Nordrhein-Westfalen so, das erleben wir in der gesamten Bundesrepublik. Auf Bundesebene wurde unter anderem deshalb auch das SGB VIII geändert und eine Verteilung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge auf die Länder beschlossen.

Heute beraten wir nun die Ausführung dieser bundesgesetzlichen Regelung. Intuitiv würde man ja sagen: Es hat Gründe, warum unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in genau diesen Kommunen aufschlagen. Dort wird man sich auch am besten um sie kümmern können. Allerdings ist dem Kindeswohl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge nicht

mehr gedient, wenn einzelne Jugendämter allein durch die Anzahl überfordert werden.

Unter Berücksichtigung des Kindeswohls macht es daher Sinn, die Jugendlichen auf alle Kommunen innerhalb Nordrhein-Westfalens zu verteilen. Die FDP-Fraktion sieht die in diesem Gesetz vorgelegten Quoten, die bestimmen, wie viele Jugendliche die Kommunen aufnehmen sollen, als fair an. Vor allem bleiben Ausnahmen vom Verteilungsverfahren, wenn diese dem Kindeswohl förderlich sind, weiterhin möglich. Ein Verteilungsverfahren darf nicht über dem Kindeswohl stehen. Die gefundene Regelung erscheint uns daher in der Tat als angemessen.

In den Beratungen war es ein wesentliches Anliegen der FDP-Landtagsfraktion klarzustellen, dass eine Zusammenführung mit Familienangehörigen im europäischen Ausland oder in anderen Bundesstaaten stets Priorität genießen muss. Dies war im ersten Referentenentwurf noch widersprüchlich formuliert, da bei der landesinternen Verteilung Verwandte noch eine Rolle spielen sollten.

Ich danke der Landesregierung, dass sie unsere Hinweise so konstruktiv aufgenommen hat und dass diese Passage nun im finalen Gesetzentwurf geändert wurde. Es ist jetzt ausgeschlossen, dass unbegleitete minderjährige Flüchtlinge ins Verteilungsverfahren kommen, von denen aber bekannt ist, dass sie irgendwo in Deutschland oder in Europa lebende Verwandte haben. Auch hier erscheint uns das Verfahren nun einwandfrei.

Auch der gemeinsame Änderungsantrag aller Fraktionen hat den Gesetzentwurf an einigen Stellen nochmals optimiert und präzisiert. Wir Freien Demokraten werden deshalb diesem Gesetz gleich die Zustimmung geben.

Zum Abschluss habe ich aber einen dringenden Appell an die Landesregierung: Für viele kleine Jugendämter bedeutet die Inobhutnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen faktisch eine neue Aufgabe. Hier muss auf die weitere Entwicklung sehr genau geschaut werden. Schaffen die Jugendämter das? Gibt es Probleme bei der Umsetzung, auch wenn es die kommunale Selbstverwaltung betrifft? – Landesjugendämter und Familienministerium müssen da auch Verantwortung übernehmen. Bei der Umsetzung ist genauestens zu überprüfen, ob die Verteilung dann auch wirklich zum Wohle aller unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge ist. Darum geht es meines Erachtens hier und heute. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Hafke.- Für die Piratenfraktion spricht Herr Kollege Wegner.

Olaf Wegner³⁾ (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Menschen am Stream und der Letzte auf der Tribüne! Ich möchte mich zu allererst für die Zusammenarbeit ...

(Michele Marsching [PIRATEN]: Da sitzen drei!)

– Oh, drei, sorry. Drei!

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Zum Ende der Plenarsitzung können Sie Ihren Klamauk machen! – Weitere Zurufe)

– Sie können sich auch melden, wenn Sie Zwischenfragen oder Bemerkungen machen möchten.

(Zurufe von den GRÜNEN)

– Das geht ja nur von meiner Zeit ab, genau.

Ich möchte mich erst einmal bei den Fraktionen und auch bei der Landesregierung für die gute Zusammenarbeit und für die offenen Gespräche bedanken, die in meinen Augen leider

Aus diesem Grund werde ich meiner Fraktion auch gleich empfehlen, sich bei dem Gesetzentwurf zu enthalten. Das hat mehrere Gründe. Es fängt damit an, dass die Diskussion darüber, was mehr im Interesse der Kinder oder Jugendlichen ist, nämlich Kompetenzzentren oder die Verteilung – Herr Hafke hat gerade ganz klar in Richtung Verteilung argumentiert –, unserer Meinung nach nie wirklich geführt worden ist.

Jetzt ist das Ganze vorgelegt worden. Daran konnten wir sehr gut arbeiten. Das möchte ich in keiner Weise bezweifeln. Nur: Die Grundfrage ist in diesem Hause nie ausdiskutiert worden.

Aber selbst damit hätte ich mich noch abfinden können. Selbst da hätte ich noch sagen können: Es ist okay. Viel mehr Zeit blieb auch nicht. Im Prinzip ist es ein bisschen ein „Man muss jetzt schnell handeln“. – Allerdings hat sich durch die Anhörung etwas ergeben, was mich dann so hat zweifeln lassen, dass ich heute nicht mehr empfehlen kann, dem Gesetzentwurf in dieser Form zuzustimmen.

In der Anhörung wurde von Frau Barbara Esser vom Psychosozialen Zentrum ganz klar zum Ausdruck gebracht, dass sie sich einen parteilichen Beistand für die Jugendlichen wünscht und das Ganze am liebsten über eine Ombudsstelle regeln würde. Ja, habe ich mir gedacht, als ich das gehört habe; das ist eine schöne, wünschenswerte Sache. Dass das jetzt noch so schnell in den Gesetzentwurf einzubauen ist, wage ich aber zu bezweifeln. Das ist auch der Grund, warum wir weiterhin zu dem verkürzten Verfahren gestanden haben; denn ich glaube nicht, dass das innerhalb von zwei Wochen zu fixen gewesen wäre.

Doch dann – dazu möchte ich jetzt Herrn Christian von Kraack vom Landkreistag Nordrhein-Westfalen

zitieren – habe ich etwas gehört, was mir sehr große Magenschmerzen bereitet hat. Ich zitiere:

„Dann möchte ich noch kurz die Ombudsstellen ansprechen. Aus Sicht der kommunalen Spitzenverbände – das ist bei uns absolut einvernehmlich – brauchen wir keine Ombudsstellen. Wir glauben sogar, dass sie sehr kontraproduktiv sind.“

Wir haben ein positives Verwaltungsverständnis bei uns und gehen davon aus, dass unsere Behörden, wie sich auch derzeit bei diesem erheblichen Andrang zeigt, ihre Arbeit ordentlich und mit hoher Motivation und Fachkenntnis machen. Wir möchten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jugendämtern genauso wenig örtlich wie auf Landesebene einem Generalverdacht unterstellen mit einem Misstrauensvorbehalt, dass hier – das liegt immer hinter dem Gedanken an Ombudsschaften – eine Machtasymmetrie zwischen den Ämtern und den Jugendlichen bestünde.“

Wenn jetzt im Landkreistag, also von denjenigen, die zum größten Teil für die Kinder und Jugendlichen verantwortlich sind, geleugnet wird, dass ein Machtgefälle existiert, ist mir klar, dass sie sicherlich nicht dazu bereit sind. Jetzt will ich nicht auf alle schließen, auch wenn der Vertreter des Landkreistags gesagt hat, das sei einvernehmlich. Ich weiß, dass das in einigen Jugendämtern ganz anders gesehen wird. Es wird aber sicherlich Kommunen geben, die das so sehen.

Ich möchte nicht, dass irgendwelche Kinder und Jugendlichen in diese Kommunen kommen, ohne die Möglichkeit zu haben, in dem Verfahren einen Verfahrensbeistand zu erhalten. Solange das nicht geklärt ist, kann ich meiner Fraktion einfach nicht empfehlen, für diesen Gesetzentwurf zu stimmen.

Ich sehe allerdings auch die Notwendigkeit der Schnelligkeit. Das ist, wie gesagt, der Grund, warum wir uns an das verkürzte Verfahren halten. Ich habe Vertrauen in Sie, und ich habe Vertrauen in viele Jugendämter, allerdings nicht in alle. Deswegen kann ich meiner Fraktion nur empfehlen, sich bei diesem Gesetzentwurf zu enthalten. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Wegner. – Für die Landesregierung spricht nun Frau Ministerin Kampmann.

Christina Kampmann, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Wegener, ich habe die Zahlen bereits am Mittwoch bei der Einbringung genannt. Im Moment haben wir 60.000 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Deutschland, davon

über 10.000 in Nordrhein-Westfalen, und jede Woche kommen 2.000 neue dazu. Die sieben Jugendämter in Nordrhein-Westfalen, die bisher die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in Obhut genommen haben, liefen Gefahr, Jugendhilfestandards nicht mehr gewährleisten zu können.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn Sie sagen, das gehe Ihnen alles zu schnell, entgegne ich: Ich finde das angesichts dieser Situation gegenüber den Jugendämtern und gegenüber den Jugendlichen unverantwortlich und absolut inakzeptabel.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß nicht, ob Sie sich an ein Video erinnern können, das vor ein paar Wochen durch die sozialen Netzwerke ging. Da wurde ein kleiner Junge, Niklas, vier Jahre alt, gefragt, wie es bei ihm in der Kita im Moment so sei. Niklas wurde gefragt, ob es in seiner Kita auch Ausländer gebe. Niklas sagte: Da sind keine Ausländer, nur Kinder.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich finde, das zeigt genau, dass Kinder und Jugendliche mit der Situation, die wir im Moment haben, sehr viel selbstverständlicher umgehen als wir und dass Kinder und Jugendliche der rechten Hetze der AfD's und PEGIDA's dieser Welt etwas entgegensetzen, was sehr viel wichtiger ist als alles andere, nämlich die Selbstverständlichkeit des Zusammenlebens, des gemeinsamen Spielens und des gemeinsamen Lernens; denn Kinder unterscheiden nicht danach, woher jemand kommt, welcher Religion er angehört oder welche Sprache er spricht. Kinder und Jugendliche leben Integration wie selbstverständlich, und das jeden Tag.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Herrmann?

Christina Kampmann, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Ja. Ich kenne ihn zwar noch nicht, aber sehr gerne.

(Heiterkeit)

Vizepräsident Oliver Keymis: Er stellt sich jetzt vor. – Bitte schön, Herr Herrmann.

Frank Herrmann (PIRATEN): Frau Ministerin, sehr herzlichen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Es geht um Ihre Bemerkung eben, als Sie uns vorgeworfen haben, hier nicht schnell genug mitgearbeitet zu haben. Ich wollte Sie nur fragen, ob Sie registriert haben, dass wir dem verkürzten Bera-

tungsverfahren sehr wohl zugestimmt haben, damit es zu einem Ergebnis kommt.

Nur: Was die Detailfragen betrifft, gibt es noch wesentlich mehr Punkte zu klären, wofür wir ein längeres Verfahren gebraucht hätten. Dazu sind wir nicht gekommen. Deswegen haben wir uns enthalten. Aber es wird eine Entscheidung geben. Das wird auch gut für die Kinder sein.

Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass wir uns dem verkürzten Beratungsverfahren angeschlossen haben? Das war meine Frage.

Christina Kampmann, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Darauf werde ich im Laufe meiner Rede noch eingehen. Ich bin nämlich nicht nur Ihnen, sondern auch den anderen Oppositionsfractionen sehr dankbar dafür. Das weiß ich anzuerkennen. Aber ich finde es angesichts der Situation, die ich eben schon beschrieben habe, trotzdem nicht okay, zu sagen, das gehe jetzt alles viel zu schnell.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie uns gerade deshalb alles dafür tun, dass wir die Rahmenbedingungen für Integration tatsächlich auch so setzen, dass diese gut gelingt – und das von Anfang an.

Dieses Gesetz, das wir heute verabschieden wollen, ist eine wesentliche Grundlage dafür, dass wir denjenigen Jugendlichen die Integration ermöglichen, die unseren Schutz ganz besonders brauchen, weil sie alleine, ohne Eltern und Familie, meistens wochenlang auf der Flucht waren und den Start in ein neues Leben fernab von ihrem Zuhause meistern müssen.

Das Gesetz sorgt dafür, dass wir die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge besser verteilen können und die Integrationsmöglichkeiten im ganzen Land besser nutzen können.

Herr Hafke, Sie können damit rechnen, dass wir natürlich auch mit den Jugendämtern weiter im Dialog bleiben werden, gerade angesichts der hohen Zahlen von jungen Menschen, die im Moment jede Woche zu uns kommen.

Dass wir dieses Gesetz schon heute verabschieden können, verdanken wir der guten fraktionsübergreifenden Zusammenarbeit. Ganz herzlichen Dank noch einmal dafür – Frau Hanses hat es gerade schon gesagt –, auch den Mitarbeitern in meinem Haus, die in den letzten Wochen wirklich tolle Arbeit geleistet haben!

Ich finde, dass uns das wirklich gut gelungen ist. Ich habe am Mittwoch schon zu diesem Gesetzentwurf gesprochen. Deshalb möchte ich es heute kurz machen und Ihnen allen Danke sagen. Das ist uns gut gelungen, finde ich. Das ist auch wichtig – vor allem zum Wohle der Kinder und Jugendlichen, die in unser Land kommen.

Ich wünsche Ihnen allen ein schönes Wochenende und freue mich, Sie nächste Woche wiederzusehen. – Danke.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Kampmann. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend empfiehlt in Drucksache 16/10315, den Gesetzentwurf Drucksache 16/10309 in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wer stimmt dieser Beschlussempfehlung zu? – SPD und Grüne sowie die FDP-Fraktion und die CDU-Fraktion stimmen zu. Vier Fraktionen haben zugestimmt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Gibt es eine Fraktion, die dagegen gestimmt hat? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Ja. Da sehe ich die angekündigte Enthaltung der Piratenfraktion. Damit haben wir eine sehr breite Mehrheit. Die **Beschlussempfehlung Drucksache 16/10315 ist angenommen**, und der **Gesetzentwurf Drucksache 16/10309 ist in der Fassung der Beschlussempfehlung in zweiter Lesung verabschiedet**.

Damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung und dieser Sitzung.

Ich rufe das Plenum wieder ein für Mittwoch, den 16. Dezember 2015, 10:00 Uhr.

Ich wünsche Ihnen allen noch einen angenehmen Nachmittag und einen schönen Nikolaussonntag.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 16:10 Uhr

^{*)} Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.